

Jugend ermöglichen!

Wiesbadener Handlungsprogramm Jugend



Amt für Grundsicherung
und Flüchtlinge



Amt für Soziale Arbeit

Autorinnen:

Sabine Herrmann und Beate Hock

unter Mitwirkung von

Prozessbegleitungen der Arbeitsgruppen: Abschlussberichte zu den Arbeitsgruppen(vgl. dort)
und Fachkräften aus der Verwaltung der LHW und von Dritten: Kommentierungen

Impressum:

Herausgeber:

Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge
und
Amt für Soziale Arbeit

Abteilung Grundsatz und Planung
Konradinallee 11 | 65189 Wiesbaden
Tel.: 0611 31-3597 | Fax: 0611 31-3951
E-Mail: sozialplanung@wiesbaden.de

Druck: Druck-Center der Landeshauptstadt Wiesbaden

Titelfoto: © Julia Brennecke

1. Auflage: 300 Stück / 2. Auflage: 50 Stück

Download: <http://www.wiesbaden.de/sozialplanung>

Januar 2019



Amt für Grundsicherung
und Flüchtlinge



Amt für Soziale Arbeit

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
1 Zum Hintergrund/Einführung.....	5
2 Das Leitbild „Jugend ermöglichen“ und die Rolle der Kommune	7
3 Von der Jugendstudie zum Handlungsprogramm.....	11
4 Der Prozess des Wiesbadener Handlungsprogrammes Jugend - ein Gemeinschaftsprojekt in Wiesbaden.....	19
5 Handlungsfeld Freizeit.....	21
5.1 AG Freizeit, Freizeitorte, Ferien zur Jugendstudie.....	21
5.2 Übersicht zu den Handlungssträngen der AG Freizeit.....	24
5.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen	25
5.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld	33
5.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld	34
6 Mobilität und Sicherheit	35
6.1 AG Mobilität und Sicherheit zur Jugendstudie	35
6.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Sicherheit und Mobilität.....	37
6.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierung	37
6.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld	44
6.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld	45
7 Handlungsfeld Dazugehören.....	47
7.1 AG Dazugehören zur Jugendstudie	47
7.2 Übersicht zu den Handlungssträngen AG Dazugehören	52
7.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen	53
7.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld	64
7.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld	65
8 Handlungsfeld produktive Problembewältigung.....	67
8.1 AG Produktive Problembewältigung zur Jugendstudie	67
8.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Produktive Problembewältigung	71
8.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen	72
8.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld	75
8.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld	76
9 Handlungsfeld Partizipation	77
9.1 AG Partizipation zur Jugendstudie - Prozessbegleitung	77
9.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Partizipation	79
9.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen	79
9.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld	83
9.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld	84
10 Handlungsfeld Engagement.....	85
10.1 AG Engagement zur Jugendstudie.....	85
10.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Engagement	92

10.3	Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen	93
10.4	Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld	107
10.5	Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld	108
11	Handlungsfeld Informationsfluss	109
11.1	AG Informationsfluss zur Jugendstudie	109
11.2	Übersicht zu Handlungssträngen AG Informationsfluss	112
11.3	Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen	112
11.4	Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld	118
11.5	Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld	119
12	Schlussbemerkung	121
13	Tabellenübersicht Handlungsprogramm	122
14	Anhang	123
14.1	Vorlage für die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen	123
14.2	Vorlage Kommentierungen	124
14.3	Ausführliche Konzepte zu den Maßnahmen der AG „Engagement“	125
15	Literatur	133

Vorwort

Wiesbaden wird immer noch viel zu häufig als eine Stadt für Ältere oder der Älteren wahrgenommen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass sie nicht nur Regierungssitz und Standort wichtiger (Verwaltungs-)Institutionen ist, sondern nach wie vor als Kurstadt sichtbar ist. Jugendliche, die etwa ein Sechstel unserer Bevölkerung ausmachen, werden gerne übersehen oder gar als störend empfunden.

Die Wiesbadener Jugendlichen selbst sehen sich in ihren Bedürfnissen häufig nicht adäquat wahrgenommen und ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt. Dies hat die im Jahr 2017 veröffentlichte Wiesbadener Jugendstudie sehr deutlich gezeigt.

Dies war für uns Anlass Ende 2017 einen Prozess in Gang zu setzen, der sich mit den von Jugendlichen in der Wiesbadener Jugendstudie formulierten bzw. auf deren Basis formulierten Problem- und Handlungsfeldern vertieft auseinandersetzen sollte.

Herausgekommen ist dabei ein sehr umfassendes Handlungsprogramm, das Ihnen hier mit dem programmatischen Titel „Jugend ermöglichen!“ in schriftlicher Form vorliegt.

Eine Vielzahl von Fachkräften und Jugendlichen hat sich am Prozess der Erstellung des Handlungsprogramms mit viel Engagement beteiligt, so dass eine große Bandbreite von Interessen und auch viel Expertise eingeflossen ist. Für dieses Engagement wollen wir uns an dieser Stelle schon einmal ganz herzlich bedanken!

Damit ist ein Grundstein gelegt, um die Wiesbadener Jugendlichen in Zukunft besser bei ihren Entwicklungsaufgaben unterstützen zu können. Es geht darum, ihnen Raum für ihre Entfaltung zu geben, ihre Teilhabe zu sichern und ihnen wirkliche Beteiligung zu ermöglichen. Es geht nicht nur um „unsere Zukunft“ im Sinne gut ausgebildeter junger Menschen, die unsere Arbeitsplätze einmal übernehmen können. Es geht um viel mehr: es geht um junge Menschen, die für die Herausforderungen der Zukunft in einer globalisierten, immer komplexer werdenden und heterogeneren Welt gewappnet sein sollen. Gleichzeitig sollen sie dabei Jugend als Jugend leben können und nicht von den Erwartungen der Erwachsenen schon in dieser Phase überfrachtet werden.

Das Handlungsprogramm ist eine längerfristige Aufgabe für die ganze Stadt: für viele Bereiche der Stadtverwaltung und auch ihrer Gesellschaften, für die Schulen und nicht zuletzt alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie uns darüber diskutieren, uns damit auseinandersetzen und hoffentlich ganz viel davon gemeinsam umsetzen und so Jugend in Wiesbaden in Zukunft wirklich ermöglichen!

Sven Gerich
Oberbürgermeister

Christoph Manjura,
Dezernent für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration

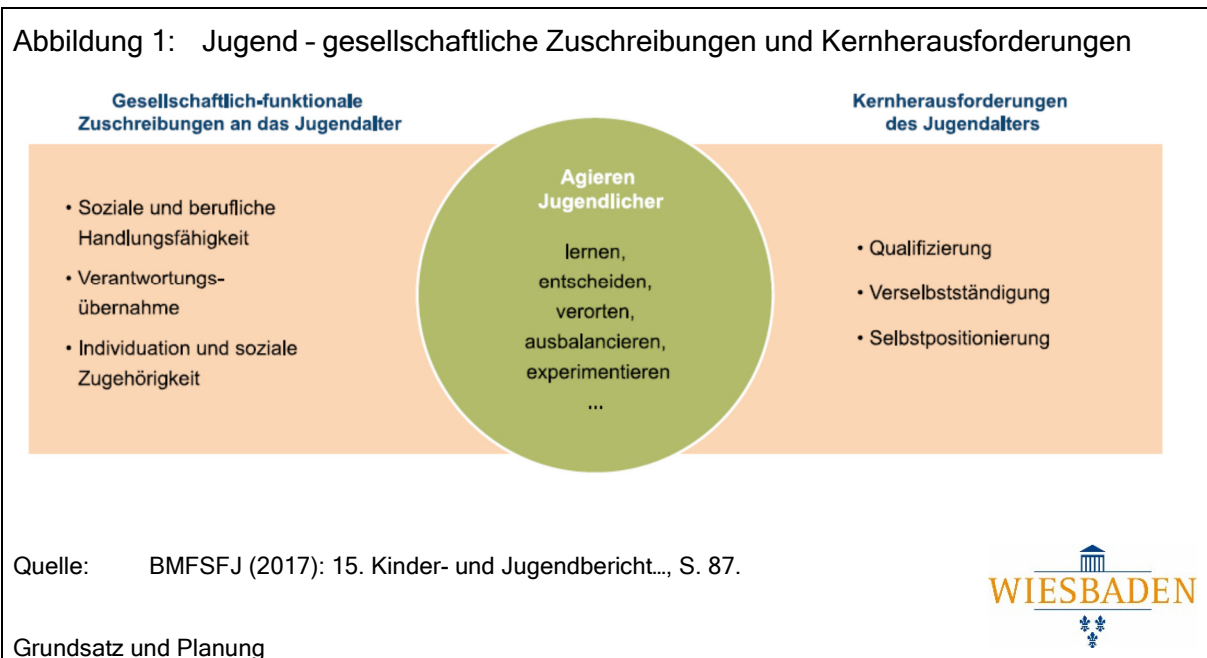
1 Zum Hintergrund/Einführung

Rahmenbedingungen für ein gelungenes Aufwachsen

„Jugend ermöglichen“ - das ist die zentrale sozialpolitische Forderung aus dem 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.¹

Im Mittelpunkt des Berichtes steht die **Jugendzeit** als eigenständige Lebensphase, deren „Gestalt“ sich in den letzten 20 Jahren erheblich - nicht zuletzt durch die Mediatisierung des Alltags und durch den Ausbau der Ganztagschule - verändert hat.

Junge Menschen müssen den unterschiedlichsten Anforderungen gerecht werden, um Teil der Gesellschaft und der generationalen Ordnung zu sein. Der 15. Kinder- und Jugendbericht aus dem Jahr 2017 beschreibt drei Kernherausforderungen des Jugendalters (vgl. rechte Seite der Abbildung 1), die wir hier nur ganz knapp skizzieren können.²



Qualifizierung

Mit Qualifizierung ist eine soziale und berufliche Handlungsfähigkeit gemeint. Jugendliche müssen sich zum einen für das Berufsleben qualifizieren, um für sich und nachfolgende Generationen sorgen zu können.

Zum anderen brauchen sie das Wissen und die Fähigkeiten, Gesellschaft mitgestalten zu können. Durch die industrielle Moderne und die globalisierte Wissensgesellschaft ändert sich der Qualifizierungsbedarf ständig - und findet Wiederklang in den Institutionen, die der Wissensvermittlung dienen.

¹ 15. Kinder- und Jugendbericht - Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Drucksache 18/11050, 2017

² Vgl. Fußnote 1, S. 97/98.

Verselbstständigung

Von Jugendlichen wird erwartet, dass sie sich sozial, politisch und ökonomisch verselbstständigen und Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen.

In der Jugendzeit müssen wichtige Entscheidungen getroffen werden - im Jetzt und Hier, aber auch für die Gestaltung der eigenen Zukunft: Wie sieht der eigene Lebensentwurf aus? Die Konsequenzen für die eigenen Entscheidungen trägt der junge Mensch selbst.

Verselbstständigung bedeutet auch, Beziehungen neu zu definieren. In den letzten Jahren wurde in Jugendforschungen beobachtet, dass in bestimmten Milieus Eltern und Familie als ein sicherer Ort wahrgenommen werden, von dem aus andere Lebensbereiche erschlossen werden. Gleichzeitig gibt es eine starke Orientierung an Gleichaltrige. Jugendliche haben die Aufgabe, eine Balance zu finden zwischen Abhängigkeiten und Unabhängigkeiten in Beziehungen und diese neu zu gestalten.

Selbstpositionierung

Junge Menschen müssen sich positionieren, das heißt, eine eigene Meinung, eine eigene Werthaltung entwickeln. Sie werden in ihrer sozialen und körperlichen Entwicklung herausgefordert - ohne dass es Initiationsriten gibt.

Dabei muss ständig zwischen der eigenen Freiheit und der gesellschaftlichen Zugehörigkeit ausbalanciert werden - zwischen dem individuellen Selbst und gesellschaftlichen Erwartungen und Zuschreibungen.

Gemeinsame Verantwortung für eine jugendgerechte Gesellschaft

Um diese Zeit mit den vielfältigen Lern- und Entwicklungsaufgaben eigenständig und erfolgreich meistern zu können, braucht es bestimmte politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Jugendliche brauchen den Raum, experimentieren zu können und eine Umgebung, die ihnen dieses Experimentieren zugesteht.

Zuständigkeiten und Ressorts sind dabei unerheblich, es geht um die Lebenslage junger Menschen und die gemeinsame Verantwortung für eine jugendgerechte Gesellschaft.

Die Europäische Union und die Bundesregierung fordern diesen ganzheitlichen jugendpolitischen Ansatz und unterstützen ihn mit der EU-Jugendstrategie (2015 - 2018 „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“) und der eigenständigen Jugendpolitik der Bundesregierung, die Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten eröffnen will.

2 Das Leitbild „Jugend ermöglichen“ und die Rolle der Kommune

Was in der Einführung dieses Berichtes nur kurz skizziert wurde, ist im sehr umfangreichen 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung³ (der Anfang 2017 passgenau für den Wiesbadener Zusammenhang „Jugendstudie“ erschien) ausführlicher nachzuvollziehen. Dort wird das heutige Verständnis der Jugendphase sowie die Lebenslagen der Jugendlichen und aktuelle gesellschaftliche Veränderungen mit Blick auf die Jugendphase beschrieben. Im hier vorliegenden Bericht und in diesem Kapitel geht es darum, die **Grundzüge der Herausforderungen so weit zu verstehen und nachzuvollziehen, so dass die mögliche Rolle der Kommune klar werden kann.**

Die zwei Dimensionen von „Jugend ermöglichen“

„Jugend ermöglichen“ zielt zum einen darauf, **die Bewältigung der jugendlichen Entwicklungsaufgaben** - Verselbstständigung, Qualifizierung und Selbstpositionierung - **zu unterstützen**. Denn wenn diese Entwicklungsaufgaben nicht im Laufe der Jugend bewältigt werden, dann scheitert auch „Jugend als Integrationsmodus“ (15. Kinder- und Jugendbericht, u. a. S. 97). Die Gefahr des Scheiterns besteht immer, vor allem aber durch sehr ungleich verteilte materielle und immaterielle Ressourcen und private Unterstützungssysteme - und damit auch Verwirklichungschancen. Das heißt, Jugend ist Chance und Risiko zugleich. (1)

„Jugend ermöglichen“ heißt aber auch, die oben genannten Entwicklungsaufgaben nicht im Sinne ständig zu optimierender Prozesse bzw. gar von stromlinienförmigen Selbstoptimierungsprozessen zu gestalten, sondern **das Ermöglichen von Freiräumen, Auszeiten und verzögerten Entwicklungen und das Gewähren (auch mehrfacher) neuer Chancen und Erprobungsmöglichkeiten ohne großen Druck.** (2)

Die räumlichen und sozialen Bedingungen des Aufwachsens von Jugendlichen in der Stadt sind vielfach erforscht worden: Der Sozialraum hat eine wichtige Funktion für das Aufwachsen. Junge Menschen finden in ihrer Stadt Räume, die sie sich aneignen können und somit für sie wichtige Erfahrungen sammeln - ein wichtiger Lern- und Bildungsraum außerhalb Familie und Schule.

Eine Stadt heute ist dadurch gekennzeichnet, dass durch zunehmende Verkehrsflächen, Verdichtung, aber auch kommerzieller Nutzung (z. B. Straßencafés, Einkaufsmalls) weniger Räume zum Ausprobieren und Experimentieren zur Verfügung stehen. „Die Lebensorte von jungen Menschen ... sind gekennzeichnet von Gefährdungen (insbesondere durch den fließenden Verkehr), Anregungsarmut, räumlicher Monofunktionalität, Verregelung, Beschränkung und Überwachung.“⁴

Das Aufwachsen Jugendlicher findet also weniger „auf der Straße“ statt, vielmehr treffen sich Jugendliche in Ersatzräumen wie Bolzplätzen, Skateanlagen o. ä. - die Verfügbarkeit von diesen Räumen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Öffentliche Räume werden in dem Bestreben der Aneignung aber auch umdefiniert, was zu regelmäßigen Nutzungskonflikten führt, etwa wenn der Parkplatz vor dem Supermarkt als geeigneter Treffpunkt jugendlicher Cliquen genutzt wird. Erwachsene erleben hier Jugendliche häufig als bedrohlich, störend oder laut.

³ Kostenloser download unter:

<https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>

⁴ Jugendhilfeplanung. Offene Kinder- und Jugendarbeit. Band 1 Fachliche Planung und Weiterentwicklung, Herausgeber: Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien - Jugendamt S.30ff, download unter: <https://www.nuernberg.de/internet/jugendhilfeplanung/>.

In diesem Sinne geht es bei „Jugend ermöglichen“...

... **zum einen um alle Jugendlichen ohne Ausnahme** und unabhängig davon, welchen Hintergrund (familiär, materiell und immateriell) sie haben. (1)

Es geht darum, die **Rahmenbedingungen** für die Bewältigung der Entwicklungsaufgaben ganz allgemein **zu schaffen**:

- **Frei-Räume** und zwar im wörtlichen bzw. räumlichen Sinne gemeint als freie Räume (draußen und drinnen), die den Jugendlichen ohne Stress und Ärger und große Einschränkungen zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden (a), aber auch im Sinne von Freiheiten oder auch Spielräumen oder Möglichkeiten zum Gestalten (b);
- **Information, Aufklärung, Bildung und Demokratiebildung** als Basis der Ermöglichung von eigenen gut fundierten (Lebens-)Entscheidungen;
- **Bewegungsspielräume** in dem Sinne, dass es den Jugendlichen ermöglicht wird, sich nicht nur in ihrem Nahraum, sondern auch (weit) darüber hinaus zu bewegen; gelingt dies in der Jugend nicht, bleibt der junge Mensch - auch in seinem Denken (!) - notwendigerweise „beschränkt“.
Bewegungsspielräume haben infrastrukturelle, aber auch materielle Voraussetzungen.

Es geht zum anderen darum, **darüber hinaus für Jugendliche mit (Herkunfts-)Benachteiligungen bzw. besonderen Risiken** zusätzlich im Sinne eines „**Nachteilsausgleichs**“ möglichst gleichwertige Entwicklungschancen zu bieten.

Hier darf es nicht nur darum gehen, die Entwicklungsaufgabe „Qualifizierung“ (Schule/Beruf) einseitig in den Fokus zu nehmen, sondern auch die Bereiche Verselbständigung und Selbstpositionierung.

Natürlich sind gerade hier kompensatorische Angebote von schulischer Seite, aber auch aus dem Bereich der Jugendhilfe und der Zivilgesellschaft wichtig, aber eben nicht nur.

Am Beispiel „internationaler Begegnungen“ lässt sich dies gut erläutern: Jugendliche aus materiell beengten Elternhäusern machen wenig oder keine Erfahrungen durch Auslandsreisen und damit auch der Begegnung mit „Fremden“ bzw. anderen kulturellen Praktiken. Diese fehlende Erfahrung wirkt sich nicht nur negativ auf die Motivation aus, Fremdsprachen (richtig) zu erlernen, sondern reduziert die Chancen auf neue Erfahrungen mit sich und anderen. Wird diesen Jugendlichen hingegen die Chance eröffnet, eine fachlich adäquat begleitete internationale Erfahrung zu machen, so profitieren sie nachgewiesenermaßen nachhaltig davon.

Und welche Rolle hat die Kommune dabei?

Durch die oben herausgearbeiteten Dimensionen sollte relativ schnell deutlich werden, dass die Kommune nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe oder gar der Kinder- und Jugendarbeit Aufgaben zufallen, wenn es um ein Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen“ geht. Ohne bereits an dieser Stelle auf Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen eingehen zu wollen, seien hier schon einmal einige Handlungsstränge benannt, die in die kommunale Zuständigkeit fallen und für Jugendliche und ihre Entwicklungsaufgaben (hoch) relevant sind:

- **Leitbilder**
Welches Leitbild vermittelt und lebt Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft? Fördert es Zugehörigkeitsgefühle bei Jugendlichen (auch gerade bei ausgrenzungsgefährdeten Jugendlichen)?
- **Infrastrukturplanung**
 - allgemeine Siedlungsplanung,
 - Planung von Sportstätten,

- Planung von Schulen,
- Planung und Anlage von Verkehrswegen,
- Planung und Anlage von Grünanlagen, öffentlichen Plätzen u. ä.,
- Planung von Bolz- und Tummelplätzen, Skateanlagen u. a.
- Planung von Bürgerhäusern, Gemeinschaftshäusern

Wird Raum für Jugendliche und deren entwicklungsgemäßen Bedürfnisse in ausreichendem Maße vorgesehen? Werden Jugendliche (und Expertinnen und Experten in Jugendfragen) an den Planungen beteiligt? Stehen Räume (z. B. in Bürgerhäusern) zur Verfügung, die jugendliche Gruppen selbst gestalten können? Können sie die Räume (günstig) anmieten? Stehen nicht-kommerzielle Treffpunkte umsonst und draußen zur Verfügung?

- **Angebote für Jugendliche** (außerhalb der Schule)

- Kulturangebote
Welcher Anteil an öffentlichen Geldern fließt in kulturelle Angebote, die für Jugendliche interessant sind? Für welche Gruppen von Jugendlichen sind die öffentlich (mit-) finanzierten Angebote interessant? Wen erreichen sie?
- Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
Erreichen diese in ausreichendem Maße die Jugendlichen, insbesondere in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen? Wie nehmen die Jugendlichen die Angebote wahr? Welche Struktur wird zur Verfügung gestellt und wo? Wie werden Jugendliche darin unterstützt, ihren Lebensraum zu gestalten?
- Sportangebote (von Vereinen und im öffentlichen Raum)
Welche Angebote kommen bei Jugendlichen an? Wenn sie nicht bei Jugendlichen ankommen, weiß man warum nicht? Wie fördert der öffentliche Raum die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten von Jugendlichen?
- Beratungs- und Informationsangebote (zu verschiedenen Fragen)
Welche Möglichkeiten werden Jugendlichen angeboten, sich -jenseits von Familie und Freundeskreis - „schlau“ zu machen zu verschiedenen Fragen? Wie geht man damit um, dass es Jugendliche gibt, die zwar Fragen haben, aber bestehende Strukturen nicht wahrnehmen?
- Jugendliches Engagement und Beteiligung an der Stadtgesellschaft
Werden Jugendliche bei sie betreffenden Entscheidungen der Kommunalpolitik gehört? Gibt es eine Struktur, wie sie ihre Ideen einbringen können? Wird jugendliches Engagement gefördert, z. B. indem Räume, Geld und Materialien zur Verfügung gestellt werden? Gibt es Gelegenheiten, demokratische Prozesse erfahrbar zu machen?

- **Schule und Angebote an Schulen** (jenseits des klassischen Unterrichts)

- Schulbau
Werden die schulischen Räume, deren Planung und Ausstattung kommunale Aufgabe ist, jugendgerecht gestaltet? Werden sie unter Beteiligung von Jugendlichen und Expertinnen und Experten in Jugendfragen geplant? Stehen Ressourcen in ausreichendem Maße zur Verfügung?
- Nutzung der schulischen Räumlichkeiten
Wer bestimmt über die Nutzung der Räume und der Schulhöfe außerhalb der Unterrichtszeiten?
- Demokratie und Demokratielernen an der Schule
Wer unterstützt die Jugendlichen darin, ihr schulisches Leben mitzugestalten? Wer fördert, dass die Jugendlichen etwas fürs gesellschaftliche Zusammenleben und den Zusammenhalt lernen?
- Probleme und Problembewältigung im Lebensraum Schule
Wie wird im schulischen Alltag mit Problemen umgegangen; wer steht als Ansprechpartnerin oder -partner der Schülerinnen und Schüler zur Verfügung? Wie gelingt die Vermittlung an Expertinnen und Experten? Wie funktioniert die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen in der Schule im Sinne der Schülerinnen und Schüler mit Problemen?

- **Mobilität und Verkehr**

- Ist der ÖPNV attraktiv für Jugendliche, z. B. direkte Wege zur Schule, Nachtbusse, etc.? Hat der ÖPNV für Jugendliche - vor allem für die von Armut Betroffenen - bezahlbare Preise?
- Sind die Schulwege sicher?

Die obige Auflistung, die nicht vollständig ist, macht deutlich, dass eine Vielzahl von Ämtern und Akteurinnen und Akteuren Aufgaben hat, die im Rahmen eines (kommunalen) Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen“ potentiell eine Rolle spielen. Wir werden im Folgenden sehen, was die Arbeitsgruppen an konkreten Handlungserfordernissen benannt haben und wen diese betreffen.

Darüber hinaus sind natürlich alle noch einmal und immer wieder für sich gefragt, inwieweit sie im hier skizzierten Sinne zur Bewältigung der jugendlichen Entwicklungsaufgaben und zur Ermöglichung von Jugend beitragen können.

3 Von der Jugendstudie zum Handlungsprogramm

„Wiesbaden ist eine schöne Stadt, jedoch wünsche ich mir, dass Wiesbaden etwas mehr auf die Jugendlichen eingeht“⁵

Mit dem Bericht „Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017“¹ wurde erstmals seit langer Zeit wieder der Fokus auf die Interessen und Lebenslagen jugendlicher Wiesbadener im Alter zwischen 14 bis 18 Jahren gelegt.

Ziel dabei war, eine solide Grundlage für ein jugendpolitisches Konzept zu haben, das die Interessen und Bedürfnisse dieser eigenständigen Lebensphase in den Mittelpunkt stellt und dazu beiträgt, dass alle jungen Menschen gute Rahmenbedingungen für ihr Aufwachsen erleben.



Die Jugendbefragung wurde Anfang 2017 unter der Federführung des Amtes für Soziale Arbeit in Kooperation mit dem Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik durchgeführt. Der Stadtjugendring Wiesbaden wirkte von Anfang an steuernd mit. Jugendliche und Fachkräfte der Jugendarbeit waren bei entscheidenden Schritten eingebunden.

⁵ Zitat eines an der Jugendbefragung 2017 teilnehmenden Jugendlichen

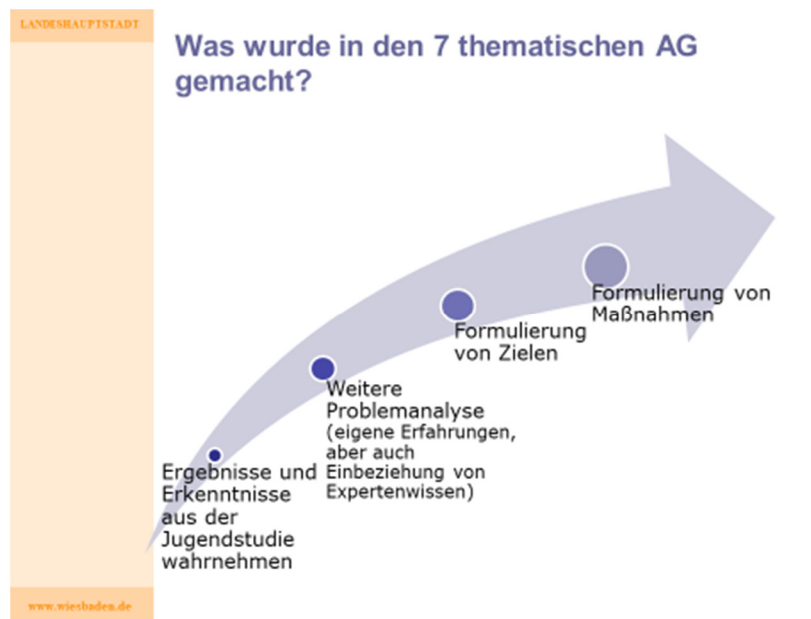
Aufgrund der Aussagen der über 1.000 repräsentativ und anonym befragten Jugendlichen konnten folgende Handlungsfelder identifiziert werden:

1. Freizeit, Freizeitorte, Ferien
2. Mobilität und Sicherheit
3. Dazugehören in der Gesellschaft
4. Produktive Problembewältigung
5. Partizipation von Jugendlichen
6. Engagement von Jugendlichen
7. Informationsfluss

Die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung gab im November 2017⁶ dem Amt für Soziale Arbeit / dem Sozialdezernat den Auftrag, Handlungsideen für ein Rahmenkonzept „Jugend in Wiesbaden“ vorzulegen.

Der Prozess, diese Handlungsideen unter Mitwirkung der unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteure zu entwickeln, wurde vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration durch das Jugendaktionsprogramm 2017 - 2019⁷, das besondere Modellprojekte auszeichnet, mit 50.000 € gefördert.

Ende 2017 wurden die Ergebnisse der Jugendbefragung in einem öffentlichen Fachtag vorgestellt und die **Arbeitsgruppen** zu den Schwerpunkten nahmen ihre Arbeit auf. Jede AG wurde von einem Prozessbegleiter bzw. einer Prozessbegleiterin organisiert, die auch den abschließenden Bericht (vgl. Kapitel 4ff) schrieben bzw. verantworteten.



Im Juli 2018 wurden die Ergebnisse und Handlungsvorschläge der sieben Arbeitsgruppen in einer vorstrukturierten Berichtsvorlage dem Amt für Soziale Arbeit vorgelegt. Die Maßnahmen-vorschläge wurden so aufbereitet, dass sie von den verschiedenen Ämtern und Abteilungen der Stadtverwaltung, stadtnahen Betrieben oder anderen Institutionen kommentiert werden konnten. Ziel dieser **Kommentierphase** war es, die AG-Ergebnisse einerseits so stehen zu lassen, aber

⁶ Beschluss-Nummer 0418 vom 16. November 2017.

⁷ „Gemeinsam Zukunft gestalten - 20 Partizipationsprojekte für Hessen. Partizipation junger Menschen durch Kinderrechte, Gleichberechtigung, Inklusion und neue Medien (JugendaktionsprogrammP)“

- die Maßnahmen bezüglich evtl. vorhandener Erfahrungen der zuständigen Arbeitsbereiche bzw. des zuständigen Amtes zu ergänzen,
- bei Bedarf die Maßnahmen in Richtung Umsetzungsvorschlägen zu konkretisieren,
- anzumerken, wie die fachlich Zuständigen die Priorität der konkreten Maßnahme sehen; hier wurden die Kategorien hoch/mittel/niedrig verwendet;
- eine Kostenabschätzung zu machen.

Ämter bzw. Institutionen, die nicht direkt am Gesamtprozess beteiligt waren, wurden im Rahmen eines eigenen Termins über den gesamten Prozess informiert und um ihre Kommentierung gebeten.

Um die Jugendlichen noch mehr im Prozess zu beteiligen, beschloss im Juni 2018 die Runde der Prozessbegleitungen und der Gesamtprozessverantwortlichen eine **Jugendkonferenz** einzuberufen, die - wie die Ämter und Zuständigen auch - die Aufgabe haben sollte, die **AG-Ergebnisse zu kommentieren**. Der Auftrag zur Organisation dieser Jugendkonferenz wurde an den Wiesbadener Jugendring vergeben. Idee war eine größere zentrale Veranstaltung, die möglichst viele Jugendliche erreichen und auch von Jugendlichen vorbereitet werden sollte. Sie fand dann mit ca. drei Monaten Vorlauf unter der Bezeichnung „**Youth Statement**“ Ende September 2018 statt. Sowohl Freitagvormittag (für Schulklassen gedacht) als auch Freitag-nachmittag und Samstag gab es die Möglichkeit am „Youth Statement“ im Palasthotel (am Wiesbadener Kochbrunnenplatz zentral gelegen) teilzunehmen. Für die Einladung/Werbung wurden die Verteiler des Jugendrings und des Amtes für Soziale Arbeit (v. a. die Einrichtungen der Jugendarbeit und Schulsozialarbeit) sowie vorhandene Kontaktdaten (u. a. einzelne Schulen, bislang Mitwirkende) genutzt.



Neben der Möglichkeit, die Maßnahmen zu kommentieren, gab es für die Jugendlichen im Rahmen des „Youth Statement“ die Gelegenheit, in zwei Diskussionsrunden mit dem Oberbürgermeister Herrn Sven Gerich und dem Dezernenten für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration, Herrn Christoph Manjura, teilzunehmen, was auch sehr guten Anklang fand: Sowohl Herrn Gerich (Freitagvormittag) als auch Herrn Manjura (Freitagnachmittag) gelang es sehr gut, die Jugendlichen ins Gespräch zu bringen und ihnen eine Idee davon zu vermitteln, was die Politik für sie tun kann (und was auch nicht) und was sie - mit welchen „Verbündeten“ auch immer - selber aktiv tun müssen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Die Jugendlichen nutzten die Gelegenheit, ihre Anliegen „an den Mann zu bringen“ rege: So wurde beim Oberbürgermeistergespräch u. a. konkret durchgespielt, wie es gelingen könnte, einen Platz in ihrem Stadtteil jugendgerechter zu gestalten. Der Dialog und das Betrachten der Bewertungen der Jugendlichen lösten auch bei den sehr dialogerfahrenen Politikern punktuell Erstaunen aus, so z. B. als Sven Gerich wahrnahm, dass den teilnehmenden Jugendlichen das Thema Mobilität per Fahrrad nicht so wichtig erschien.

Am Freitagnachmittag gab es mit dem Dezernenten für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration eine lange Diskussion darüber, dass zu Stoßzeiten die Busse Richtung Berufsschulzentrum so überfüllt sind, dass immer wieder Jugendlichen gezwungen sind, den nächsten Bus zu nehmen, der dann Verspätungen zum Unterricht nach sich zieht. Es gab eine Diskussion darum, was getan werden könnte - der Dezernent schlug dann vor, doch einmal eine Demonstration auf dem Ring auszurichten.



Jugendliche im „Youth Statement“ in Diskussion mit Christoph Manjura, Dezernent für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration.

Darüber hinaus wurde erneut beklagt, dass es viel zu wenige öffentliche Plätze gibt, auf denen sich Jugendliche treffen können. Auch das fehlende offene WLAN in der Stadt wurde thematisiert.

Außerdem gab es eine Diskussion darüber, dass Informationen - auch die, dass es „Youth Statement!“ gibt - bei Jugendlichen häufig nicht ankommen.

Die einen wünschten sich Aushänge am schwarzen Brett, die anderen persönliche Besuche von Akteurinnen und Akteuren der Jugendarbeit und Politik in der Schule und andere wiederum Infos über soziale Netzwerke.



Oberbürgermeister Sven Gerich mit Schülerinnen und Schülern beim „Youth Statement“



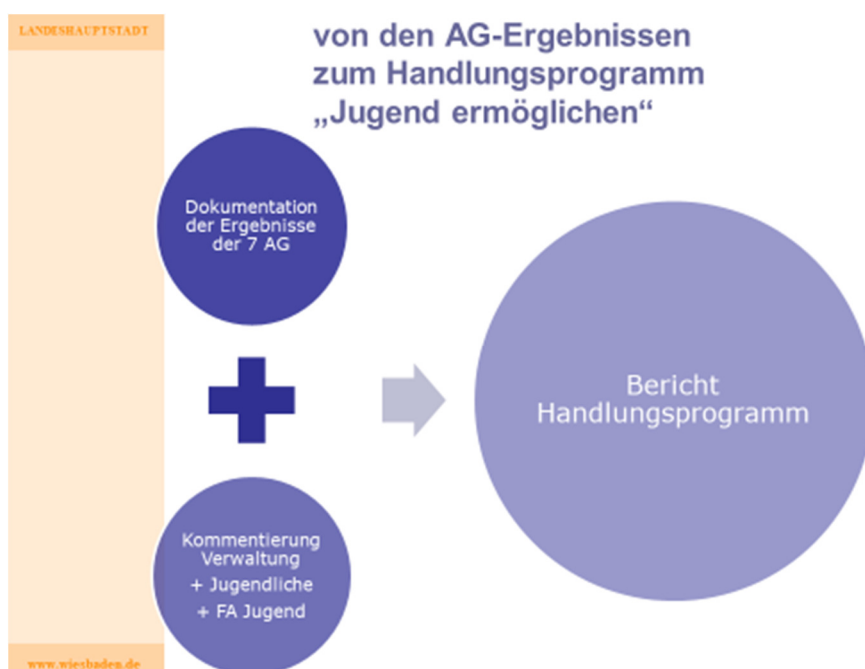
Im Anschluss an die Kommentierungen durch die Verwaltung und Jugendliche wurde der vorliegende Bericht im November 2018 im Entwurf an den Fachausschuss Jugend und Jugendhilfeplanung als Teil des Jugendhilfeausschusses (FA Jugend des JHA) zur abschließenden Beratung und Kommentierung gegeben.

Der Fachausschuss Jugend und Planung setzte sich zusammen aus 19 stimmberechtigten Vertreter/-innen folgender Bereiche:

- Parteien:
 - CDU (2 stimmberechtigte Mitglieder)
 - SPD (2 stimmberechtigte Mitglieder)
 - Bündnis 90/Die Grünen (1 stimmberechtigtes Mitglied)
 - FDP (1 stimmberechtigtes Mitglied)
 - Linke & Piraten (1 stimmberechtigtes Mitglied)
- AK Mädchenpolitik (1 stimmberechtigtes Mitglied)
- Stadtjugendring (4 stimmberechtigte Mitglieder, darunter Vorsitzender des FA)
- BauHaus Werkstätten (1 stimmberechtigtes Mitglied)
- Caritasverband (1 stimmberechtigtes Mitglied)
- Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft (1 stimmberechtigtes Mitglied)
- DGB (1 stimmberechtigtes Mitglied)
- Evangelisches Dekanat Wiesbaden (1 stimmberechtigtes Mitglied)
- DER PARITÄTISCHE (1 stimmberechtigtes Mitglied)

Daneben gibt es beratende Mitglieder (aus dem Amt für Soziale Arbeit, Abteilungen Jugendarbeit und Grundsatz und Planung, sowie StadtschülerInnenrat und Jugendparlament) sowie stellvertretende Mitglieder.

Alle Ausschussmitglieder (außer die städtischen Vertreterinnen) bekamen die Möglichkeit, ihre Prioritäten zu einzubringen. Dabei wurde folgendermaßen vorgegangen: Bewertete mehr als die Hälfte der Mitglieder, die sich beteiligten, eine Maßnahme als „hoch“, dann wurde sie für den Fachausschuss insgesamt als „hoch“ eingestuft; stimmten mehr als die Hälfte für „mittel“, dann galt die Priorität „mittel“ usw. Diese Ergebnisse der Bewertungen sind der Gesamtübersicht in Kapitel 13 nachzulesen.



Zusammen mit den Bewertungen der Jugendlichen und der Verwaltung bestimmten die Bewertungen des Fachausschusses die Sortierung in die Prioritätsstufen der Einzelmaßnahmen:

- A) besonders wichtig (von mindestens zwei Gruppen als „hoch/wichtig“ priorisiert),
- B) wichtig (von einer Gruppe als „hoch/wichtig“ priorisiert) und
- C) sonstige Priorität,

die jeweils am Ende jedes Handlungsfeldes zu finden sind.

Aus allen diesen Schritten entstand schließlich der vorliegende Gesamtbericht, der Ihnen hier vorliegt.

4 Der Prozess des Wiesbadener Handlungsprogrammes Jugend- ein Gemeinschaftsprojekt in Wiesbaden

Grundidee des Wiesbadener Handlungsprogrammes Jugend 2020 - Jugend ermöglichen! war von Anfang an, dass hier eine Aufgabe anzugehen ist, die nur gemeinsam gelingen kann. Deswegen steuerten im gesamten Prozess sehr viele Jugendliche und Fachkräfte ihr Wissen und ihre Kompetenzen bei.

Federführung: Amt für Soziale Arbeit - in Kooperation bei der Jugendbefragung 2017 mit dem Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik. Der Stadtjugendring wirkte von Anfang an steuernd mit.

Meilensteine	Zeitraum	Unter Mitwirkung von ...
Entwicklung der Fragen	Herbst 2016	Fachkräfte Offene Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Stadtjugendring, Jugendliche aus Jugendparlament, Stadtschülerrat
Durchführung der Jugendbefragung	11/2016 - 04/2017	Hospitantinnen und Hospitanten der Soziologie
Workshop mit Jugendlichen zu Auswertungsfragen und Interpretationen von Ergebnissen	05/2017	Jugendliche
Workshop Fachkräfte zu Auswertungsfragen und Interpretationen von Ergebnissen	05/2017	Fachkräfte unterschiedlicher Arbeitsbereiche ⁸
Erstellung des Berichtes „Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017“	06 - 09/2017	
Vorstellung des Berichtes „Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017“ in den politischen Gremien	10 - 11/2017	
Fachtag mit Präsentation der Jugendbefragung und Bildung von sieben Arbeitsgruppen, die die Handlungsfelder bearbeiteten	11/2017	Jugendliche, Fachkräfte unterschiedlichster Fachrichtungen ⁹ , Polizei, Politik
Arbeitsphase der sieben Arbeitsgruppen, die die Handlungsfelder bearbeiteten und Ideen zur Lösung vorlegten	11/2017 - 06/2018	Jugendliche ¹⁰ , Fachkräfte unterschiedlichster Fachrichtungen ¹¹ , Polizei, Politik, Expertinnen und Experten
Ressortübergreifende Kommentierung der Verwaltung zu den Ideen	07/2018-09/2018	Amt für Soziale Arbeit, Amt für Grundversicherung und Flüchtlinge, Personal- und Organisationsamt, Wiesbaden Marketing/City-Dialog Grünflächenamt, ESWE Versorgung, Tiefbau- und Vermessungsamt, städtisches Schulamt, Stabsstelle WIEB, Amt für Zuwanderung und Integration, Frauenreferat/Fachstelle LSBT*IQ, Freiwilligenzentrum

⁸ Dabei waren: Fachkräfte aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, der Jugendhilfeeinrichtungen, der Bezirkssozialarbeit, Polizei, Schulen, Jugendberufshilfe, Stadtjugendring, AG78 Erziehungshilfe, Sportkreis Wiesbaden, FA Jugend des Jugendhilfeausschusses

⁹ Siehe Fußnote 7

¹⁰ Leider waren Jugendliche in den Arbeitsgruppen nur vereinzelt vertreten. Deshalb befragten Fachkräfte, die in den Arbeitsgruppen mitwirkten, Jugendliche zu einzelnen Ideen.

¹¹ Siehe Fußnote 7

Meilensteine	Zeitraum	Unter Mitwirkung von ...
Youth Statement: Kommentierung durch Jugendliche, vorbereitet von Jugendlichen ¹²	09/2018	Jugendliche
Diskussion und Priorisierung durch den Fachausschuss Jugend und Planung (JHA)	12/2018	Mitglieder FA
Fertigstellung und Veröffentlichung des Berichtes „Jugend ermöglichen! Wiesbadener Handlungsprogramm Jugend“	12/2018 - 1/2019	

Ziel war es, Jugendlichen eine breite Mitwirkung zu ermöglichen. Das ist leider nicht immer so gut gelungen, wie wir es uns gewünscht hätten. Insgesamt waren 120 Jugendliche intensiver beteiligt, 1.060 wurden bei der Jugendbefragung 2017 befragt und etwa 80 Jugendliche zu den Handlungsideen interviewt.

Bei der Arbeitsphase der sieben Arbeitsgruppen, die die Handlungsfelder bearbeiteten und Ideen zur Lösung vorlegten, waren mit elf Jugendlichen nur wenige junge Menschen beteiligt. Das lag sicherlich am Format (direkt zusammen mit Fachkräften in der AG) und den abstrakten Überlegungen, die zwar mit dem jugendlichen Alltag zu tun haben, aber auf einer konzeptionellen Ebene liefen.

Die Beteiligten in den Arbeitsgruppen gingen daraufhin in offene oder strukturierte Gespräche mit jungen Menschen und stellten die Handlungsideen der Arbeitsgruppen zur Diskussion (mit ca. 80 Jugendlichen wurde diskutiert). Die Handlungsideen gewannen dadurch an Kontur und „lebenspraktischer“ Nähe.

Beim „Youth Statement“ wurden insgesamt rund 70 Jugendliche erreicht. Es wurde deutlich, dass das Gewinnen und Vorbereiten der Fachkräfte, die mit den Jugendlichen in direktem Kontakt stehen, zentral für den Erfolg von Jugendbeteiligung ist. Das zentrale Format des „Youth Statement“ müsste überdacht und verbessert werden, ebenso die Begleitung der die Veranstaltung vorbereitenden Jugendlichen.

Die Jugendbefragung und das daraus entwickelte Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen!“ stieß auf intensives Interesse der Fachkräfte. Über 100 Fachkräfte beteiligten sich intensiv an der Entwicklung der Fragen, der Auswertung, den Arbeitsgruppen, die die Ideen entwickelten und an der Kommentierung. Etwa 250 Menschen wurden die Ergebnisse der Jugendbefragung 2017 vorgestellt (Fachtag, politische Ausschüsse, Fachgruppen/Schulen auf Anfrage); die Auflage von 300 Stück ist inzwischen vergriffen.

¹² Begleitet durch den Stadtjugendring Wiesbaden

5 Handlungsfeld Freizeit

5.1 AG Freizeit, Freizeitorte, Ferien zur Jugendstudie

Prozessbegleitung: Daniela Karlowski; in Grau: Texte aus dem Bericht der AG

Relevante Ausgangsbefunde aus der Jugendstudie	• Weniger als die Hälfte der Jugendlichen (34 %) sind zufrieden mit der Freizeitsituation in Wiesbaden. Sie monieren die Kosten für Freizeitveranstaltungen und das Angebot an Konzerten und Musikveranstaltungen. • Besonders unzufrieden mit der Freizeit sind Jugendliche, die die finanzielle Situation der Familie als schlecht einstufen. Sie reisen in den Ferien deutlich seltener, der wichtigste Grund dafür ist Geldmangel. • Die befragten Jugendlichen wünschen sich, dass sie sich unkompliziert und ohne/mit geringen Kosten treffen können. Sie wünschen sich ein vielfältigeres Angebot in ihrer Stadt und teilweise auch in den Stadtteilen. Dazu gehören ein entsprechendes Nachtleben und Feiermöglichkeiten für Jugendliche. Dieses ist in mehrerer Hinsicht für die Jugendlichen mangelhaft; zu wenig Angebote für die Altersgruppe, zu teuer, teilweise schwer erreichbar. • Vermisst werden aber auch Angebote im Sport/Aktivbereich und Orte, an denen sich Jugendliche ungestört treffen können. Jugendliche haben konkrete Ideen zur Gestaltung Wiesbadens. • Die digitale Welt spielt für Kommunikation und Treffen mit Freunden eine wichtige Rolle, fast zwei Drittel der Jugendlichen treffen ihre Freunde täglich online. Weitere Infos vgl. Kapitel 3 der Jugendstudie.
Ausgangsfragen	• Welche kostengünstigen Möglichkeiten, sich zu treffen, Hobbys, Freizeit und Ferien zu gestalten, sollte eine Stadt wie Wiesbaden Jugendlichen in der Innenstadt und in den Stadtteilen anbieten? • Was bedeutet die zunehmende digitale Kommunikation für die (weiterhin bestehenden) Bedürfnisse nach realen Interaktionen? Wie verändern sich die Bedürfnisse hinsichtlich Treffpunkten und Mobilität? • Was brauchen Mädchen, was brauchen Jungen im öffentlichen Raum und in ihrer Freizeit? • Könnten die bestehenden Angebote der Stadt (z. B. Kultur- und Sportangebote) mehr auf die Bedürfnisse Jugendlicher zugeschnitten werden? • Passen die bestehenden kostengünstigen Angebote an Freizeitaktivitäten und Ferienprogrammen der Jugendorganisationen, Jugendzentren, Vereine, religiösen Institutionen etc. zu den Bedürfnissen der Jugendlichen in Wiesbaden oder müssen sie sich verändern? Wie sollte die Informationsvermittlung gestaltet werden?
Anzahl AG-Termine	fünf
Regelmäßig mitwirkende AG-Mitglieder	• Amt für Soziale Arbeit, Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren (2 Personen) • Amt für Soziale Arbeit, Schöne Ferien • Amt für Soziale Arbeit, Schulsozialarbeit (3 Personen) • Evangelische Jugend (2 Personen) • KANA Jugendkirche • MOJA e. V.
Schwerpunktsetzungen bei den Fragestellungen	1) Räume im öffentlichen Raum, die von den Jugendlichen (gerne) genutzt werden (18.12.) 2) Besserer Zuschnitt der Freizeitangebote - wie geht das? (22.01.)

(durch die Gruppe, mit Hilfe der Expertinnen und Experten, durch tiefergehende Analyse ...)	
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen	Nach Erstellung der Handlungsempfehlungen haben einzelne Gruppenmitglieder die Ergebnisse mit Jugendlichen der entsprechenden Einrichtungen diskutiert, um ein Stimmungsbild zu erfahren. Es gab Rückmeldungen von ca. 20 Jugendlichen.
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen	Besonders der „Schlemmerblock“ für Jugendliche und auch die Pop-Up-Angebote fanden großen Zuspruch bei den Jugendlichen. Bei den Pop-Up-Angeboten wurden besonders sportliche und kreative Ideen gewünscht. Wichtig ist auch, dass die Angebote zentral liegen.
Ergebnisse der weiteren Problemanalyse der AG	Zu 1) („öffentliche Orte“) Gründe, Voraussetzungen für die Nutzung von Orten, Plätzen durch Jugendliche: • Es gibt ein Dach und Sitzgelegenheiten. • (kostenfreies) WLAN • Licht • „gute“ Lage (nah an der Lebenswelt der Jugendlichen) • Einkaufsmöglichkeiten (von Vorteil) • Toiletten (von Vorteil) • Es gibt keinen „Stress“. • Es kostet nichts. • eigene Reglementierung, Entscheidungsfreiheit, Unverbindlichkeit Gründe, die eine Nutzung von öffentlichen Orten verhindern oder erschweren: • Es gibt „Stress“ (Konflikte mit Anwohnerinnen und Anwohnern und anderen Nutzerinnen und Nutzern, Jugendliche stören (Lärm), Jugendliche werden weggeschickt, Polizeikontrollen, Müllproblematik). • Verbote der Nutzung aufgrund von Alter (Spielplätze, Schulhöfe), „Öffnungszeiten“ (Spiel- und Bolzplätze, Schulhöfe), anderweitige Nutzerinnen und Nutzer (Schulhöfe der Grundschulen durch Nachmittagsbetreuung) • Junge Erwachsene (Alter 20+) nutzen ebenfalls vermehrt öffentliche Plätze und „vertreiben dadurch die Jugendlichen“. Gründe, warum Plätze für Jugendliche nicht mehr (oder nur noch eingeschränkt) als Treffpunkte zur Verfügung stehen: • Zustand der Plätze (Einige Bolzplätze sind in einem sehr schlechten Zustand, es fehlen Sitzgelegenheiten oder die Ausstattung ist nicht bedarfsgerecht.) • anderweitige Nutzung (Die Schulhöfe der Grundschulen sind durch die Nachmittagsbetreuung besetzt.) • Plätze werden abgeschlossen. • Kontrollen (Plätze, die „illegal“ genutzt wurden, werden häufiger kontrolliert - es gibt Beschwerden oder die Forderung von Kontrollen durch Polizei, Ordnungsamt etc.) • Es kommt vor, dass Sitzgelegenheiten abmontiert werden. Zu 2) (Beteiligung)

	Eine konkrete Beantwortung erscheint uns schwierig, da wir als Fachleute lediglich Kriterien wie • Niedrigschwelligkeit • Dezentralität • vielfältige Angebote für die Vielfalt der Jugendlichen • neue „Trends“ sollten berücksichtigt werden • effektive Informationen über die Angebote, die es schon gibt, nennen können. Die Weiterentwicklung der Freizeit- und Ferienangebote, die in der Jugendstudie verifiziert wurden, kann nicht alleine durch Fachleute geklärt bzw. beantwortet werden. Es bedarf verschiedener Methoden und Beteiligungsformen und zielgerichtete und bedarfsorientierte Angebote für Jugendliche. Gerade Vereine oder andere Angebote, die hauptsächlich über ehrenamtliche Tätigkeiten geleistet werden, stehen vor der Aufgabe, neue Angebote zu schaffen oder die bestehenden Angebote weiterzuentwickeln. Oft möchten die Beteiligten die Zielgruppe der Jugendlichen erweitern oder auch andere Zielgruppen ansprechen, um Nachwuchs zu sichern oder auch die Angebote besser auszulasten. Dies kann am besten gelingen, indem man Jugendliche an diesen Prozessen entsprechend beteiligt. Viele Jugendliche müssen allerdings an das Thema/Format „Beteiligung“ erst mal herangeführt werden. Die Methoden und Formen der Beteiligung sind jedoch so unterschiedlich und vielfältig, dass eine Beratung und Begleitung durch eine(n) Fachmann/-frau bei diesen Aufgaben sinnvoll ist. Die Empfehlung lautet deshalb: Partizipation von Jugendlichen muss ein Grundprinzip sein für alle, die Jugendarbeit machen, jugendspezifische Angebote bereitstellen oder Jugendliche als Mitglieder, Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder Nachwuchs haben möchten.
Auf Problemanalyse fußende Ziele	1. • Jugendliche werden in der Lebenswelt von Erwachsenen sichtbar und als Teil der Gesellschaft wahrgenommen. • Die Nutzung öffentlicher Plätze wird akzeptiert und mögliche Konflikte minimiert. • Jugendliche haben Treffpunkte/Plätze im öffentlichen Raum. 2. • Jugendliche mit geringen finanziellen Möglichkeiten können auch kommerzielle Angebote nutzen. 3. • Die Jugendlichen haben mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten, um Angebote für ihre Gruppe zu gestalten. • Die Angebote der Jugendarbeit sind auf die Bedarfe der Jugendlichen abgestimmt. • Die Einrichtungen der Jugendarbeit und Institutionen, die Angebote für Jugendliche anbieten, sind vernetzt, arbeiten ergänzend und kennen die Angebote für Jugendliche in Wiesbaden. • Beteiligung von Jugendlichen ist fester Bestandteil bei der (Weiter-) Entwicklung von (Freizeit-)Angeboten.

5.2 Übersicht zu den Handlungssträngen der AG Freizeit



5.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen

Block 1: Mehr Plätze für Jugendliche im öffentlichen Raum

Maßnahme 1: Zentrale Anlaufstelle Jugendplätze

Einrichtung einer zentralen Stelle, die für alle Belange (Pflege, Verwaltung, Reinigung, Instandhaltung, Neubau, Weiterentwicklung, Beteiligung von Jugendlichen, Begleitung/Entwicklung eines ehrenamtlichen „Platzpaten-Projektes“ (evtl. für Schulsportanlagen), Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für Jugendliche, Anwohnerinnen und Anwohner, Politik) von (Jugend)Freizeitorten¹³ im öffentlichen Raum zuständig ist.

Diese Stelle muss sowohl mit Personal¹⁴ als auch finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um die beschriebenen Zuständigkeiten wahrnehmen zu können.

Eventuell könnten dort auch ehrenamtliche Patenprojekte für Plätze angesiedelt werden.

Hintergrund:

Durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten für Plätze, die für Jugendliche eingerichtet werden sollen bzw. wurden kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Verzögerungen oder Problemen, da den zuständigen Stellen nicht klar war, was inhaltlich damit bezweckt werden soll.

Zudem wurden bei der Einrichtung von Plätzen Fehler gemacht, die durch mangelnde Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer entstanden sind wie bspw. ungeeigneter Bodenbelag (Schotter auf einem Basketballplatz) und Ausrichtung der Sportgegenstände (Korb steht so, dass zu Nutzungszeiten die Sonne die Spielerinnen und Spieler blendet).

Zudem ist es für Jugendliche nahezu unmöglich, mit den zuständigen Ämtern Kontakt aufzunehmen, um Verbesserungsvorschläge zu machen, Schäden zu melden oder sich anderweitig einzubringen.

Kommentar Grünflächenamt:

Siehe nach Maßnahme 6.

Maßnahme 2: Konfliktmoderatorinnen und -moderatoren öffentlicher Raum

Es gibt „Konfliktmoderatorinnen und -moderatoren“, die bei entsprechendem Bedarf zwischen Jugendlichen, Anwohnerinnen und Anwohnern, anderen Nutzerinnen und Nutzern oder Eigentümerinnen und Eigentümern/Vermieterinnen und Vermieterinnen moderieren.

Koordiniert und kontaktiert wird das Angebot über die Stadtjugendbeauftragten.

Ziel dabei ist Verständnis auf den jeweils anderen Seiten und Entwicklung eigener Lösungsstrategien für den Konflikt.

Hintergrund:

Jugendliche nutzen Plätze im öffentlichen Raum gerne als Treffpunkte. Sehr häufig kommt es dabei zu Konflikten mit Anwohnenden, Ladenbesitzerinnen und -besitzern und sonstigen Anliegern. Meistens wird die Polizei gerufen und/oder die Beschwerden werden im Ortsbeirat vorgetragen. Oftmals werden die Jugendlichen von den Plätzen verscheucht und tauchen an anderer Stelle wieder auf (meist mit den gleichen Beschwerden). Bei genauerer Betrachtung solcher Situationen fällt auf, dass es entweder keine Kommunikation zwischen den Konfliktparteien gibt oder eine Form der Kommunikation, die von Beleidigungen, Vorwürfen und Aggressivität geprägt ist.

¹³ Jugendfreizeitorte: Bolzplätze, Jugendplätze, Skate- oder andere Sportanlagen zur freien Nutzung durch Jugendliche (Basketballplätze, ...), Kulturpark, Wallufer Platz, Gummipplatz Klarenthal etc. (Spielplätze?)

¹⁴ Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Landschaftsgärtnerinnen und -gärtner, Architektinnen und Architekten, Verwaltungskräfte, Vorarbeiterinnen und -arbeiter, etc.

Kommentar Grünflächenamt:

Siehe nach Maßnahme 6.

Maßnahme 3: AG Plätze für Jugendliche im öffentlichen Raum

Plätze zur Nutzung durch Jugendliche:

Wir haben festgestellt, dass Schulhöfe der Grundschulen durch den Ausbau der Nachmittagsbetreuung kaum noch als Aufenthaltsorte für Jugendliche zur Verfügung stehen.

Eine Nachfrage beim Schulamt hat diesen Eindruck bestätigt und dahingehend konkretisiert, dass sowohl Schulhöfe von weiterführenden Schulen als auch die Sportstätten der Schulen nicht für eine Nutzung bzw. Öffnung für die Allgemeinheit vorgesehen sind.

Für die Schulhöfe der Grundschulen gilt seit 2014, dass eine öffentliche Nutzung von Schulhöfen nur noch standortorientiert und im Einzelfall durch das Schulamt der LHW geregelt wird. Dabei sind die zuständigen Ortsbeiräte zu beteiligen.

Die Tatsache, dass Schulsportanlagen nicht zur öffentlichen Nutzung freigegeben sind ist insofern verwunderlich, da Sportanlagen, die rein von Vereinen genutzt und verwaltet werden, im Regelfall nicht abgeschlossen werden und eine öffentlich Nutzung möglich ist, wenn die Plätze „frei“ sind.

Da auch im öffentlichen Raum immer wieder Sitzgelegenheiten entfernt werden, damit sie nicht durch Jugendliche genutzt werden können, schlagen wir vor, dass sich eine **Arbeitsgruppe** bildet, die sich mit der Thematik „Plätze für Jugendliche (im öffentlichen Raum)“ beschäftigt. Beteiligt werden sollten: die (Mobile) Jugendarbeit, Amt für Soziale Arbeit, Schulamt, Stadtplanung?, Ordnungsamt?, Ortsbeiräte (Stadtteiljugendbeauftragte), ...

Kommentar Sportamt:

Es gibt in Wiesbaden nur sehr wenige vereinseigene Anlagen, die außerhalb der eigenen Nutzungen eher verschlossen werden und der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung stehen. Die überwiegende Anzahl von Sport- und Fußballplätzen wird vom Sportamt verwaltet und in erster Linie von den Schulen und Vereinen für den offiziellen Trainings- und Spielbetrieb genutzt. Diese Plätze sind in der Regel offen - sofern nicht die jeweiligen Nutzer das Hausrecht ausüben. In den freien Zeiten stehen die Anlagen den Bürgerinnen und Bürgern zur individuellen Nutzung zur Verfügung.

Kommentar Grünflächenamt:

siehe nach Maßnahme 6

Kommentar Schulamt:**Evtl. Vorbemerkung zum Kommentar:**

Im Jahr 1972 wurde die Öffnung von Schulhöfen zum Spielen zu festgelegten Zeiten und für festgelegte Altersgruppen durch die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich beschlossen. Durch veränderte Lehrpläne und nicht zuletzt durch die (weitgehende) Abschaffung des Samstagunterrichts erstreckte sich seit Mitte der achtziger Jahre der Unterricht mehr und mehr in die Nachmittagsstunden. Seither signalisieren Schulen, dass die öffentliche Nutzung der Schulhöfe an Nachmittagen den Unterrichtsbetrieb stört. Der Trend zur Ganztagschule und die deutliche Erweiterung von Betreuungsangeboten an Schulen rückt zusätzlich die Aufsichtsproblematik in den Fokus. Lehrkräfte im Ganztagschulbetrieb und die Träger von Betreuungsangeboten sehen sich gleichermaßen dem Problem der Aufsichtsführung ausgesetzt, wenn sich Schüler- und Betreuungsgruppen mit schulfremden Nutzerinnen und Nutzern mischen. Die Entscheidung über die Ausnahmen von der grundsätzlichen Schulhoföffnung wurde durch die Stadtverordnetenversammlung der Schulkommission übertragen. Diese hat die Entscheidung inzwischen auf das Schulamt delegiert.

Inzwischen muss man feststellen, dass nur noch wenige Schulhöfe für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Die Chancen sind im Ergebnisbericht hinreichend beschrieben. Allerdings hat die Ausdehnung des Schultags auch zur Folge, dass Kinder und Jugendliche zunehmend auch nachmittags schulische Angebote nutzen, daher letztlich der Bedarf an offen zugänglichen Aufenthaltsmöglichkeiten sinken müsste.

Risiken: Schulnutzung/Betreuung und öffentlichen Nutzung stehen hier in einem nicht auflösbaren Zielkonflikt. Viele Schulen bzw. Betreuungsträger bitten - insbesondere aufgrund des oben beschriebenen Aufsichtsproblems - sehr nachdrücklich um eine strikte Trennung der Nutzergruppen.

Auch eine zusätzliche Verschmutzung der Schulgelände stellt ein (aus unserer Sicht oftmals akzeptables) Risiko dar.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Ja! Die Grundsatzentscheidung sah zunächst eine Öffnung aller Schulhöfe vor. Aufgrund der Erfahrungen kam es im Laufe der Zeit zu mehr und mehr Schließungen.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Mit Zustimmung der jeweiligen Ortsbeiräte und unter der Voraussetzung, dass das Amt für Soziale Arbeit den Schließdienst und eine Reinigung rechtzeitig vor Schulbeginn sicherstellt, könnte sich die Schulverwaltung eine zeitlich eingeschränkte Öffnung der Schulgelände an Wochenenden vorstellen.

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Niedrig

5. Kostenabschätzung

Keine - bei Umsetzung der Alternative abhängig von der Anzahl der zu öffnenden Schulhöfe. Würde man einen Schließdienst einsetzen, der auch gefährlichen Müll beseitigt (Glasscherben etc.), entstünden Kosten von 28,50 € (netto) pro Kontrollgang. Würde man alle 40 Standorte der Wiesbadener Grundschulen an sieben Tagen pro Woche mit einem Schließdienst ausstatten, wären das jährliche Kosten von ca. 495.000 €. Kämen dazu noch alle 24 weiteren Schulen (ohne Berufsschulen), müssten weitere ca. 296.300 € zur Verfügung gestellt werden - insgesamt also 791.300 €.

Maßnahme 4: Festes Budget für Bolzplätze

Für Bolzplätze muss ein festes Budget beim zuständigen Amt zur Verfügung stehen (Instandsetzung, Verwaltung, Pflege, Erweiterung).

Einige Bolzplätze in Wiesbaden sind für ihre eigentliche Bestimmung nicht nutzbar oder die Sportgeräte kaputt, in schlechtem Zustand oder es fehlt an Ausstattung (Bänke, Tische, Tore etc.). Das für die Bolzplätze zuständige Sportamt hat mitgeteilt, dass kein Budget für die Instandsetzung der Plätze oder Erweiterung der Ausstattung zur Verfügung steht.

Kommentar Grünflächenamt:

s. nach Maßnahme 6

Maßnahme 5: Plätze in Neubaugebieten

Es sollte eine Auflage geben, dass in Neubaugebieten pro XX Einwohnerinnen und Einwohner ein Bolzplatz/Treffpunkt für Jugendliche eingeplant bzw. gebaut wird (analog zu Spielplätzen); Abteilung Grundsatz Amt 51 ist zu beteiligen.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Der aktuell bestehende Standard für soziale Infrastruktur für Neubaugebiete sieht ab ca. 500 neuen Wohneinheiten einen Jugendtreff mit angrenzendem kleinem Außengelände vor. Dies wird vom Amt für Soziale Arbeit, Abteilung Grundsatz und Planung, im Ämterbeteiligungsverfahren eingebracht.

Maßnahme 6: Reinigung der Plätze

Die Reinigung bzw. Verantwortung für diese Plätze sollte nicht alleine bei den Jugendlichen liegen. Oftmals werden Verunreinigungen auch durch Erwachsene oder andere Nutzerinnen und Nutzer verursacht. Eventuell sollten die Reinigungsintervalle erhöht und nach Nutzungszeiten angepasst werden (Unterschiede Sommer/Winter), was durch geringeren Zeitaufwand und eine bedarfsgerechtere Verteilung keine bis wenig zusätzliche Kosten verursacht.

Kommentar Grünflächenamt zu Maßnahmen 1 - 6:**Vorbemerkung zum Kommentar:**

Für alle Flächen, die vom Grünflächenamt zur Freizeitnutzung von Jugendlichen geplant werden, gilt auch schon seit der Vergangenheit ein entsprechendes Beteiligungsverfahren mit den entsprechenden Nutzergruppen durchzuführen. Angesprochene angebliche Fehler durch den Einbau sogenannter „falscher Materialien“ sind so zu erklären, dass auf Grund notwendiger Mehrfachnutzungen von Flächen Kompromisse zur Ausübung aller Funktionen eingegangen werden müssen und dass Einrichtungen mehr zur Freizeit- denn zur professionellen Nutzung angeboten werden, deren Standards natürlich niedriger liegen. Für die Planung und Errichtung von Freizeitflächen gibt es im Grünflächenamt eine hohe fachliche Kompetenz bzw. wird im Einzelfall extern vergeben.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Es besteht die Chance, durch verbindliche Vorgaben von Flächengrößen für Jugendliche im Rahmen der städtebaulichen Bauleitplanung bei der Entwicklung von Neubaugebieten entsprechende Jugendplätze vorzuhalten. Kritisch dazu ist jedoch die politische Vorgabe, zur Verfügung stehende Flächen für die Wohnbebauung zu verdichten, so dass 1. schon jetzt nicht genügend Freiflächen zur Verfügung stehen und 2. die Abstände von geplanten Freiflächen zur Wohnbebauung in Bezug auf Lärmproblematiken zu gering sind. Gleiches gilt für Altbestände, die nachzuverdichten sind und somit weiterer Freiraum entfällt. Hier ist eine politische Entscheidung erforderlich.

Weiterhin wird als Chance gesehen, dass auf Grund der jetzigen Diskussion finanzielle und personelle Ressourcen, die für eine erfolgreiche Umsetzung zwingend notwendig sind, nicht nur für die Errichtung, sondern auch für die dauerhafte und nachhaltige Unterhaltung der Flächen bereitgestellt werden.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Gute Erfahrungen gibt es hierzu aktuell für die Flächen im Kulturpark oder KranSand am Rheinufer, aber bereits auch schon in der Vergangenheit wie z. B. Wallufer Platz und im Wohngebiet Sauerland.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Multifunktionale - bzw. Mehrgenerationsangebote auf entsprechend großen Freiflächen mit Vorteilen in der sozialen Vernetzung bzw. sozialen Kontrolle.

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Hoch: Um dem hohen Nutzungsdruck einzelner Freiflächen und den damit verbundenen Konflikten in öffentlichen Freiflächen zu begegnen, hat eine zielorientierte Freiraumplanung für diese bisher vernachlässigte Nutzungsgruppe eine hohe Priorität für das Grünflächenamt.

5. Kostenabschätzung

Einmalig: ab 250.000 € je Maßnahme, je nach Größe und Umfang für Jugendfreizeitangebote (zusätzliche Ressource notwendig)

Einmalig: ab 100.000 € je Maßnahme, je nach Größe und Umfang für Jugendtreffpunkte (zusätzliche Ressource notwendig)

sowie zusätzlich mind. zwei Stellen Planung und Bauleitung bei 3 - 4 Maßnahmen/Jahr bzw. zusätzliche Ressourcen zur externen Vergabe (auch hier ist eine zusätzliche Stelle zur Begleitung und Bauherrenvertretung (Oberbauleitung ca. 35 % Eigenaufwand) notwendig.

Laufend: ab 65.000 € je Maßnahme, je nach Größe und Umfang, für Reinigung, Kontrolle, Wartung, Reparaturen, Vandalismus, Grünpflege etc. (zusätzliche Ressource notwendig).

Zusätzlich wären Stellen für die Flächenunterhaltung und Wartung/Kontrolle des Inventars notwendig, der genaue Zusetzungsbedarf ergibt sich aus der Grundfläche der zu unterhaltenden Anlage. Die Kennzahlen der Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) arbeiten dabei mit Werten von 3 bis 6 min/m² im Jahr. Aufgrund der Erfahrung mit der Unterhaltung ähnlicher Anlagen muss in Wiesbaden von ca. 5 bis 6 min/m² pro Jahr ausgegangen werden. Rechnerisch ergibt sich daraus ein Personalbedarf pro Jahr von 1 Vollzeitäquivalent je 14.000 m² zu unterhaltender Fläche.

Da es sich um zusätzliche Flächen und qualitativ hochwertigen Ausstattungen mit erhöhtem Wartungs-, Instandsetzungs- und Reinigungsbedarf sowie Unfallverhütungsmaßnahmen handeln wird, sind zusätzliche Ressourcen zwingend erforderlich.

Anmerkung/Idee Amt für Soziale Arbeit zu obiger Kalkulation sowie Kalkulation des Schulamtes zu Schulhofkontrolle und Reinigung (vgl. Kommentar nach Maßnahme 3):

Um erste Maßnahmen angehen zu können und dabei Erfahrungen zu sammeln, schlagen wir ein Gesamtbudget für die Umsetzung der o. g. Maßnahmen 1 bis 6 in Höhe von zunächst 1,5 Millionen Euro per anno für mindestens zwei Jahre vor. Diese Summe¹⁵ lässt es zu, erste Erfahrungen mit den oben genannten zum Teil sehr kostenintensiven Maßnahmen zu sammeln. Die Umsetzung ist im Rahmen einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe (mind. Grünflächenamt, Schulamt und Amt für Soziale Arbeit, evtl. auch Sportamt und andere Ämter) - unter Beteiligung von Jugendlichen - näher zu spezifizieren und dort auch zu klären, ob und inwieweit eine zentrale Anlaufstelle (vgl. Maßnahme 1), die in den obigen Kommentaren bislang nicht ausreichend erörtert wurde, sinnvollerweise umgesetzt werden könnte.

¹⁵ Diese Summe sollte es zulassen, dass alle von der AG genannten Maßnahmenstränge (also sowohl Plätze für Jugendfreizeitangebote und Jugendtreffpunkte inkl. Planung und Wartung und Pflege sowie die Öffnung von Schulhöfen inkl. Reinigung/Pflege) gemäß der Grobkalkulationen des Grünflächen- und Schulamtes erprobt werden können. Die Mischung lässt sich dann im Prozess auch nach Dringlichkeit und Umsetzbarkeit festlegen.

Block 2: Pop-up-Jugendräume

Veranstaltungsreihe „Pop-up-Jugendraum“ (zeitlich begrenztes Angebot der Jugendarbeit, das an verschiedenen Plätzen oder Räumen stattfindet)

Um bestehende Angebote der Jugendarbeit zu bewerben und Interessen an neuen (bedarfsgerechten) Angeboten für Jugendliche zu eruieren, sollte eine Art „Pop-up-Jugendraum“ entstehen.

Dieses Angebot kann in leerstehenden Räumlichkeiten in der Innenstadt, in den Sommermonaten aber auch draußen an zentralen Plätzen stattfinden.

(Ebenso wäre die Teilnahme an Projektwochen von 2 - 3 Schulen im Jahr möglich.)

Es ist kostenlos und ohne Anmeldung nutzbar und soll durch die wechselnden Orte und zeitliche Begrenzung viele unterschiedliche Jugendliche im Alter von 14 - 18 Jahren ansprechen (wenn die Jugendlichen nicht zu den Angeboten kommen, dann kommen die Angebote zu den Jugendlichen).

Inhaltlich sollten jugendkulturelle Aktionen und Projekte stattfinden, die sowohl im sportlichen und kreativen Bereich liegen, aber auch digitale Medien und neue Trends im Jugendbereich berücksichtigen.

Das Programm sollte für ca. vier Monate geplant werden und über vier unterschiedliche Angebote in der Woche für ca. vier Stunden verfügen.

Der „Pop-up-Jugendraum“ sollte (im Winter, wenn Räumlichkeiten genutzt werden) 4 - 6 Wochen an einem Ort bleiben. Im Sommer, wenn die Angebote an öffentlichen Plätzen stattfinden, kann der Wechsel im wöchentlichen Turnus erfolgen. (Zeitangaben sind nur Vorschläge - können an Gegebenheiten angepasst werden).

Die Standorte sollten vier Monate im Vorfeld bekannt sein und auch auf verschiedenen Ebenen beworben und veröffentlicht werden.

Dazu wird eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter benötigt, um die Tour zu planen, Standorte zu organisieren und einzurichten, das Programm zu planen, freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu suchen und zu begleiten, die Finanzen zu verwalten und abzurechnen, Öffentlichkeitsarbeit zu machen und das Projekt weiterzuentwickeln und zu evaluieren.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:**1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:**

Die Chance wäre, ein breites Kultur- und Freizeitangebot für Jugendliche zu implementieren und dabei auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit für ähnliche Veranstaltungen (z. B. Kulturpark, Flutlicht, Sommer in der Reduit, etc.) und für Jugendzentren/Jugendverbände zu machen.

Stolpersteine wären: Jugendarbeit lebt von Beziehungen und Begegnungen, die aufgebaut werden. Das ist beim Pop-up-Jugendraum nicht der Fall, da der Standort wechselt. Wichtig wäre hier, das Angebot in Kooperation mit bestehenden Einrichtungen/Organisationen der Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit aufzubauen.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Die Kunstwerker e. V. und Kunstkoffer e. V. machen in Wiesbaden an unterschiedlichen Plätzen wöchentlich ein Kunstangebot für Kinder. Der Standort bleibt über Jahre gleich, das Angebot wird gewechselt.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Systematischer Ausbau der Aufsuchenden Jugendarbeit auch in Stadtteilen, die bisher kein solches Angebot haben.

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:
Mittel

5. Kostenabschätzung:

Laufend: 60.000 € als zusätzliche Ressource, für ½ Stelle Fachkraft, Honorarkräfte und Materialien.

Block 3: Infomessen zu Angeboten

Vernetzungstreffen der Akteure in der Jugendarbeit/Angebote für Jugendliche - „Minimesse“
Diese Messe soll dazu dienen, die Fachkräfte untereinander über die Angebote für Jugendliche in Wiesbaden zu informieren, persönlich Kontakt aufzunehmen und gezielt nach Angeboten zu suchen.

Die Varianten für die Jugendlichen könnten an die Ausbildungsmessen angegliedert werden, da diese oft mit der Klasse besucht werden.

- Ausbildungsmesse der IHK im RMCC
 - Ausbildungsmesse „Handwerk live“ (Handwerkskammer)
- Beide Messen finden einmal jährlich statt.

Damit der Aufwand für die Einrichtungen und Institutionen nicht zu hoch ist, findet eine Messe im Jahr statt (in einem Jahr auf der Ausbildungsmesse der IHK, im darauffolgenden Jahr auf der Ausbildungsmesse „Handwerk live“). Die Fachkräfte können sich dort ebenfalls über die Angebote informieren.

Auch für dieses Ziel empfehlen wir die Pop-Up-Angebote.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Es macht Sinn, dass sowohl Fachkräfte als auch Jugendliche gut informiert werden über Angebote, die es gibt.

Eine Infomesse zu organisieren, bedeutet einen hohen Arbeitsaufwand für die Organisation, aber auch für die Fachkräfte, die dort vertreten sind.

Die Ausbildungsmessen besuchen viele Jugendliche, aber auch Lehrkräfte, deshalb ist es sinnvoll, hier Angebote der Offenen Jugendarbeit zu präsentieren, vor allem, wenn die Präsentation noch einen Mitmach-Charakter (Pop-up-Jugendraum) hat. Die Abteilung Jugendarbeit wird sich mit dieser Idee näher auseinandersetzen und Formate überprüfen.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Keine bekannt.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Einmal im Jahr ist eine trägerübergreifende Fortbildung für Fachkräfte geplant. Hier wird es ab 2019 Standard, dass es eine Infomesse für Fachkräfte gibt.

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Infomesse für Angebote der Jugendarbeit: niedrig

Angebote der Jugendarbeit auf Ausbildungsmessen präsentieren: mittel

5. Kostenabschätzung

Infomesse für Angebote der Jugendarbeit: Laufend: 20.000 € als zusätzliche Ressource für Personal, Organisation, Raummiete, Werbung.

Infomesse bei trägerübergreifender Fortbildung für Fachkräfte: innerhalb Budgets machbar

Ausbildungsmessen Angebote der Jugendarbeit präsentieren: innerhalb Budgets machbar

Block 4: **Jugendlichen mit geringen finanziellen Mitteln Zugang zu (kommerziellen) Angeboten eröffnen**

Um Jugendlichen, die finanziell nicht so gut ausgestattet sind, auch den Zugang zu kommerziellen Angeboten zu ermöglichen, schlagen wir eine Art „Schlemmerblock“ für Jugendliche vor. Der Block sollte gegen einen geringen Betrag (ca. 10 - 15 €) erhältlich sein und verschiedenste Angebote abdecken:

Kino, Theater, sportliche Angebote (Billard, Bowling, Klettern, Minigolf, Skatehalle etc.), Fitnessstudios, Sportkurse (Kampfsport bspw. Angebot für Selbstverteidigung, Tanzschulen bspw. Tanzkurs für den Schul-Abschlussball), Fahrschulen, vhs-Kurse, Eintrittskarten für Sportevents (VCW, SVWW etc.), Eisdisco Kunsteisbahn, Fotostudios (bspw. Angebot für Bewerbungsfotos), aber auch Restaurants, Cafés, Eisdiensten.

Mit der Nutzung der Angebote könnten Jugendliche Bewertungen oder Fragen der teilnehmenden Angebote beantworten, was zum Bewerben oder zur Weiterentwicklung der Angebote beitragen kann.

Der Block ist personalisiert und für Jugendliche von 14 - 18/20 Jahren gültig.

Ausgabe mit der Familienkarte?! Vergünstigung?

Klären, was mit der Familienkarte der Stadt bereits enthalten ist. Angebote, die mit der Ferienkarte abgedeckt werden könnten, sollten bspw. nur außerhalb der Sommerferien nutzbar sein.

Der Block ist für alle Wiesbadener Jugendlichen gedacht, eventuell können Jugendliche mit geringen finanziellen Möglichkeiten den Block vergünstigt erhalten.

Eventuell einen Kooperationspartner (bspw. Stadtleben.de) suchen, der die Gespräche mit den potentiell teilnehmenden Geschäften und Einrichtungen führt.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

a. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Vergünstigte Angebote im kulturellen Bereich, beim Sport, bei Restaurants, Volkshochschule usw. sind sinnvoll - vor allem für Jugendliche mit geringen finanziellen Möglichkeiten.

Eine eigene Struktur für einen Schlemmerblock zu entwickeln, wäre strukturell, aber auch personell sehr aufwändig.

Deshalb schlagen wir vor, die Familienkarte Wiesbaden mit mehr Angeboten für Jugendliche zu bereichern. Hierzu bräuchte es ein Konzept, auf welche kommerziellen/kulturellen Anbieter wie zugegangen wird, und eine personelle Ressource, um laufend Gespräche zu führen und zur Teilnahme an der Familienkarte zu werben.

Die Familienkarte Wiesbaden kann bezogen werden mit folgenden Voraussetzungen:

Erster Wohnsitz in Wiesbaden, Familien mit drei Kindern und mehr bis 18 Jahre, Alleinerziehende mit Kindern bis 18 Jahre, ALG II-Empfänger mit Kindern bis 18 Jahren.

Die Familienkarte kostet 25 € pro Jahr. Sie bietet bis zu 50 % Ermäßigung z. B. bei Ferienangeboten der Abteilung Jugendarbeit, der vhs Wiesbaden, Schauspielschule „Scaramouche Academy“, bei Familienaufführungen im Galli Theater Wiesbaden, der Kreativfabrik-Skatehalle, Henkell Kunsteisbahn, Schwimmbäder: Kleinfeldchen, Kallebad, Freizeitbad Mainzer Straße, Kostheim und Maaraue, kostenlose Jahreskarte in der Stadtbibliothek, Ticket-Gutschein für ein Heimspiel des SV Wehen Wiesbaden u. a.

b. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Die Familienkarte wird gut angenommen.

c. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

-

d. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Hoch

e. Kostenabschätzung:

Laufend: 20.000 € für Personal

Weitere Empfehlungen der AG

(hier ohne Kommentierung, da Kommentare bereits Gegenstand anderer AG):

- Partizipationskonzept (vgl. AG Partizipation)
- Ausbau des freien WLAN an öffentlichen Plätzen (vgl. AG Infofluss)
- Schaffung von Outdoor-Fitness-Plätzen/Freizeit-Plätzen (Beispiel Kulturpark)

Fast bei allen Empfehlungen und Überlegungen spielt das Thema „Information“ eine große Rolle. Deshalb unterstützen wir das Konzept der AG Information, mit dem sich Jugendliche in Wiesbaden auf jugendgerechte Art und Weise informieren können.

5.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld

Mehr Plätze für Jugendliche im öffentlichen Raum:	
Zentrale Stelle, die für Belange von „Jugendplätzen“ zuständig ist	wichtig
Arbeitsgruppe Plätze für Jugendliche im öffentlichen Raum	wichtig
Konflikt-Moderatoren für Konflikte im öffentlichen Raum	nicht so wichtig
Erhöhung des Reinigungsintervalls bei öffentlichen Plätzen	wichtig
Festes Budget für Bolzplätze	wichtig
Plätze für Jugendliche in Neubaugebieten	wichtig
Jugendlichen mit geringen finanziellen Möglichkeiten Zugang zu kommerziellen Angeboten ermöglichen	wichtig
Veranstaltungsreihe „Pop up Jugendraum“	wichtig
Infomesse für Angebote der Jugendarbeit (Fachkräfte, Jugendliche)	wichtig
Angebote der Jugendarbeit auf Ausbildungsmessen präsentieren	wichtig

N = 70; Jugendliche vergaben diese Bewertungen im Rahmen des „Youth Statement“.

5.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld

Übersicht Handlungsfeld Freizeit			Summe A + B 1,6 Mio
Ausgangspunkt(e)	Ziele	Maßnahmen (M = Zeilennummer Übersichtsliste Kap. 13) (Kostenübersicht vgl. dort)	
Geringe Zufriedenheit mit Freizeitmöglichkeiten in Wiesbaden (vor allem bei finanziell schlechter gestellten Jugendlichen)	Jugendliche werden in der Lebenswelt von Erwachsenen sichtbar und als Teil der Gesellschaft wahrgenommen. Die Nutzung öffentlicher Plätze wird akzeptiert und mögliche Konflikte minimiert. Jugendliche haben Treffpunkte/Plätze im öffentlichen Raum.	A) als besonders wichtig priorisiert*: - Mehr Plätze für Jugendliche im öffentlichen Raum (M 1-6) - Jugendlichen mit geringen finanziellen Möglichkeiten Zugang zu (kommerziellen) Angeboten ermöglichen (M 7)	
	Jugendliche mit geringen finanziellen Möglichkeiten können auch kommerzielle Angebote nutzen. Beteiligung von Jugendlichen ist fester Bestandteil bei der (Weiter-) Entwicklung von (Freizeit-) Angeboten.	B) als wichtig priorisiert*: - Veranstaltungsreihe Pop-up Jugendraum (M 8) - Infomesse für Angebote der Jugendarbeit (M 9) - Angebote der Jugendarbeit auf Ausbildungsmessen präsentieren (M 10)	
		C) sonstige Prioritäten*: (keine)	

* „besonders wichtig“: von mindestens zwei Gruppen als hoch bzw. wichtig priorisiert;

„wichtig“: von einer Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert;

sonstige Prioritäten: wenn von keiner Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert (also höchstens mittlere Priorität)

6 Mobilität und Sicherheit

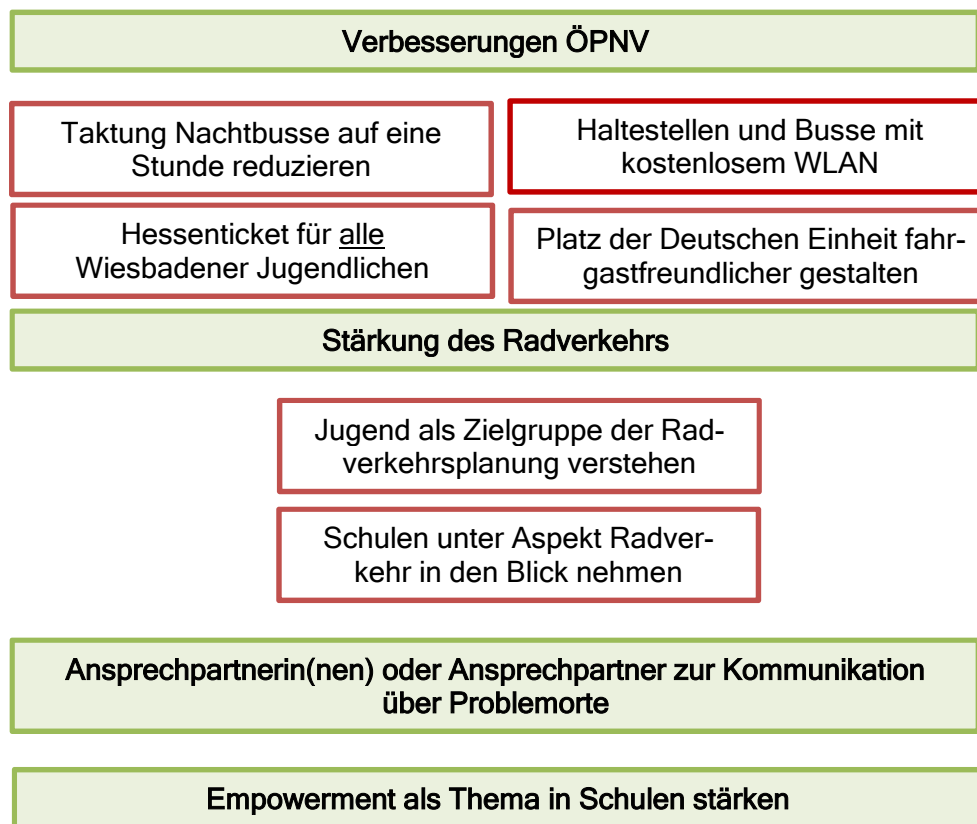
6.1 AG Mobilität und Sicherheit zur Jugendstudie

Prozessbegleitung: Boris Seel; in Grau: Texte aus dem Bericht der AG

Relevante Ausgangsbefunde aus der Jugendstu- die	Sicherheit: • Schlechte Noten vergeben die Wiesbadener Jugendlichen der öffentli- chen Sicherheit abends und nachts. Besonders Mädchen fühlen sich unsicher. Bestimmte Stadtviertel und Straßen, aber auch öffentliche Plätze werden als nicht sicher wahrgenommen. Mobilität: • Jugendliche wünschen sich bessere Busverbindungen abends und nachts, da längere Wartezeiten das Gefühl der Unsicherheit verstär- ken. • Mit dem öffentlichen Nahverkehr sind ein Viertel der Jugendlichen un- zufrieden; am unzufriedensten sind Jugendliche aus den Wiesbadener Vororten. • Mit der Volljährigkeit steigen viele auf das Auto um. • Mit der Fahrradsituation ist etwa jede/r Dritte unzufrieden. Nur 3 % der Jugendlichen nutzen das Rad im Alltag. Damit liegt der Anteil noch niedriger als bei Erwachsenen, obwohl der Radius etwa beim Schul- weg häufiger auf die Stadt begrenzt ist im Vergleich zu erwachsenen Erwerbstätigen, von denen viele weitere Wege zur Arbeit pendeln. • Da die Verkehrsmittelwahl viel mit langfristig geprägten Gewohnheiten zu tun hat, ist jugendliche Mobilität für eine zukunftsfähige Verkehrsge- staltung in der Stadt ein wichtiges Thema. Vgl. mehr u. a. in Kapitel 3.4 der Jugendstudie.
Ausgangsfragen	Fragen, die sich aus Sicht der Autorinnen und Autoren stellen: Sicherheit: • Worauf basiert das Unsicherheitsgefühl? Welche Maßnahmen passen, damit sich Jugendliche nachts sicherer fühlen? Mobilität: • Wie kann die Zufriedenheit mit dem ÖPNV verbessert werden, z. B. durch bessere Busverbindungen, besonders am Abend und in die Vo- rorte? • Könnte die Situation für Fahrradfahrende in Wiesbaden verbessert wer- den? Wie kann Radfahren für Jugendliche attraktiver werden?
Anzahl der Sitzun- gen/ AG-Termine	drei
Regelmäßig mitwir- kende AG-Mitglie- der	• Amt für Soziale Arbeit, Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentrum • Jugendkoordinatorin Polizei Westhessen • Evangelischer Jugending • drei Schülerinnen und Schüler der Albrecht-Dürer-Schule • ein Schüler der Alexej-von-Jawlensky-Schule
Einbezogene Ex- pertinnen und Ex- perten	ESWE Verkehr Radverkehrsbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW)
Schwerpunktset- zungen bei den	Wie kann das subjektive Sicherheitsempfinden bei Jugendlichen verbes- sert werden?

Fragestellungen (durch die Gruppe, mit Hilfe der Expertinnen und Experten, durch tiefergehende Analyse ...)	Wie kann ein jugendgerechter ÖPNV aussehen?
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen	Bei allen Treffen waren Jugendliche (als Expertinnen und Experten in eigener Sache) maßgeblich involviert/beteiligt.
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen	Die Jugendlichen haben ein großes Interesse, ihre Kompetenz einzubringen und sind Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen kann nur mit Beteiligung von Jugendlichen gelingen.
Weitere relevante Forschungsbefunde zu den Ausgangsfragen	Laut Statistiken der Polizei: • Wiesbaden ist rein statistisch gesehen eine sichere Stadt. • Jugendliche benennen die gleichen Orte wie Erwachsene, an denen sie sich unwohl fühlen. • Die Angstorte, die es in Wiesbaden gibt, sind der Polizei bekannt. • Die Straßenkriminalität ist in den letzten Jahren nicht angestiegen. • Die Polizei Wiesbaden ist gerade dabei, ein Konzept zu erarbeiten, um das Sicherheitsempfinden in Wiesbaden zu steigern. Hierbei wird nicht nur auf polizeiliche oder ordnungspolitische Maßnahmen gesetzt, sondern umfassend und vernetzt mit anderen Ämtern/Institutionen kommuniziert. Die Ergebnisse der Jugendbefragung werden hier miteinbezogen. • Am Platz der Deutschen Einheit, der in der Jugendbefragung von einigen Jugendlichen als Problemort geschildert wird, wird ab 1.00 Uhr nachts vermehrt Streife gelaufen. Interessanterweise würden 60 - 70 % der gemeldeten Straftaten nicht Passantinnen und Passanten betreffen, sondern die Gruppen, die sich dort aufhielten.
Ergebnisse der weiteren Problemanalyse der AG	• Es ist unklar, an wen die Jugendlichen ihr Unsicherheitsempfinden kommunizieren können.
Auf Problemanalyse fußende Ziele oder: Was ist der zu verändernde Zustand?	Sicherheit: Es muss an mindestens folgenden Strängen angesetzt werden: 1) Kommunikation 2) Empowerment Mobilität: 1) mehr Nachtbusse 2) pro CityBahn
Handlungsvorschläge und Handlungsschritte der AG	Vgl. Abschnitt 6.3

6.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Sicherheit und Mobilität



6.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierung

Block 1: Verbesserungen ÖPNV

Maßnahme 1: Taktung der Nachtbusse auf eine Stunde reduzieren

Derzeit fahren die Nachtbusse mit einer Taktung von 1,5 Stunden, d. h. u. U. muss man bis zu 1,5 Std. auf den nächsten Bus warten. Hier ist zu prüfen, mit welchem finanziellen Mehraufwand eine Taktung von einer Stunde in der Nachtzeit zu realisieren ist. In einer Testphase können die Busse öfter in der Nacht fahren und anschließend evaluiert werden. (Auch aus Sicherheitsaspekten ist eine engere Taktung sinnig, da hier lange Wartezeiten verkürzt werden.)

Kommentar ESWE:

Die Einführung eines 60-Minuten-Taktes auf allen Nachtbuslinien würde durch den zusätzlichen Fahrzeugbedarf und Personalaufwand mit Zusatzkosten von ca. 300.000 € pro Jahr verbunden sein.

Priorität: mittel

Maßnahme 2: Haltestellen und Busse mit kostenlosem WLAN

Eine Empfehlung ist die Ausstattung der Haltestellen und Busse mit kostenlosem WLAN.

Kommentar ESWE:

ESWE Verkehr untersucht derzeit die technischen Rahmenbedingungen für einen attraktiven WLAN-Einsatz in den Bussen der ESWE Verkehr. Es ist aus Sicht der ESWE Verkehr wichtig, dass die Nutzungsbedingungen ein gutes und leistungsstarkes Angebot darstellen.

Es ist zu betonen, dass für ein attraktives Angebot erhebliche technische Voraussetzungen einzurichten sind. Neben der im Fahrzeug einzubauenden Technik sind dabei auch die erforderlichen Hintergrundsysteme, Datenschutz-Themen und eine beständige Übertragungsqualität zu prüfen.

Eine Kalkulation zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht möglich.

Ergänzung Amt für Soziale Arbeit:

Zum aktuellen Stand der Ausstattung von Haltestellen und Plätzen mit freiem WLAN vgl. <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/stadtportrait/welan/index.php>. Die Wall GmbH wird danach im Auftrag der Stadt noch in 2018 im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen insgesamt an 15 Standorten in Wiesbaden kostenfreies und zeitlich unbegrenztes WLAN installieren, darunter am Platz der Deutschen Einheit, am Mauritiusplatz und am Wiesbadener Hauptbahnhof.

Die Stadt ist da also aktuell auf einem guten Weg. Aus unserer Sicht muss dieser Handlungsstrang also nicht im Rahmen des Handlungsprogramms Jugend weiterverfolgt werden. Deshalb wird diese Maßnahme in diesem Rahmen von uns nicht priorisiert.

Maßnahme 3: Hessenticket für alle Wiesbadener Jugendlichen

Der Kauf des Schülerticket Hessen soll allen Wiesbadener Jugendlichen ermöglicht werden, nicht nur denjenigen, die weiter als 3.000 m von ihrer Schule entfernt wohnen.

Kommentar ESWE:

Die obige Aussage ist so nicht (ganz) korrekt. Es gibt keine Einschränkungen für den Erwerb eines Schülerticket Hessen. Unabhängig von der Entfernung zwischen Wohn- und Schulort kann das Ticket bei ESWE Verkehr (für 365 € pro Jahr) erworben werden.

Nachtrag Amt für Soziale Arbeit:¹⁶

Es gibt für einen Teil der Schülerinnen und Schüler eine nachträgliche Erstattung des Fahrpreises durch die zuständige Schulbehörde. Schülerinnen und Schüler, die mehr als 3 Kilometer von der nächstgelegenen Schule eines bestimmten Typs (also z. B. Gymnasium, IGS) weg wohnen, bekommen die 365 €, die das Schülerticket Hessen kostet, ersetzt.

Es wäre zu überlegen, ob im Sinne der Diskussion in der AG (vgl. Fußnote 16) und im Sinne einer Mobilitätsförderung der Jugendlichen die Kommune für alle oder einen zu definierenden Teil der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler diese Summe übernehmen sollte.

¹⁶ Nach dem obigen Kommentar durch die ESWE wurde noch einmal beim Prozessbegleiter der AG nachgehakt, wie genau die Forderung aus der AG gemeint war; es wurde deutlich, dass es den Jugendlichen in der AG um die Möglichkeit eines kostenfreien Schülerticket Hessen ging und zwar unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort.

Wir haben dazu (auf Basis von Daten des Schulamtes aus dem Jahr 2015/16, wonach rund 4.800 Schülerinnen und Schüler aus Wiesbaden bereits ihre Beförderungskosten übernommen bekommen haben) eine stark vereinfachte Überschlagsrechnung gemacht, die allerdings noch nicht anderweitig eingesparte Kosten (z. B. im SGB II, bei der Prüfung der Anspruchsberechtigung) berücksichtigt: Danach würde (unter der Annahme, dass nur 50 % der Berufsschüler/-innen Wiesbadener/-innen sind) eine Übernahme der 365 € fürs Schülerticket Hessen für alle ab Klasse 5 rund 6,5 Mio Euro pro Jahr kosten (Variante A), eine Übernahme nur für die „jugendlichen“ Schüler/-innen ab Klasse 8 rund 3,5 Mio Euro pro Jahr (Variante B) und die Übernahme der 365 € nur für die Wiesbadener Jugendlichen, die aus einkommensschwächeren Familien kommen (Annahme: das sind rund ein Drittel der SuS) (Variante C) rund 1,2 Mio Euro pro Jahr.

Der im **Jugendhilfeausschuss** für das Handlungsprogramm Jugend zuständige **Fachausschuss Jugend und Planung** hat sich dafür ausgesprochen,

- a. Dass die Kostenfreistellung durch die Stadt Wiesbaden sich auf Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Haushalten beschränken sollte.
Es sollen nicht nur Kinder und Jugendliche mit Bezug von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II / XII oder Asylbewerberleistungsgesetz freigestellt werden, sondern auch solche, deren Familien ein etwas höheres Einkommen haben. Inwieweit ein Bezug auf die Gruppe der BuT-Berechtigten hier sinnvoll ist, sollte geprüft werden, wenn klar ist, wie genau die derzeit vom Bund geplante Reform des Kinderzuschlags aussehen wird.
- b. Der Fachausschuss spricht sich dafür aus, das Ticket ab der 5. Klasse für die unter a) genannte Gruppe zu finanzieren.
- c. Die Finanzierung soll unabhängig von der Entfernung Wohnort - Schule (also unabhängig von der 3-Kilometer-Grenze) erfolgen.

Zunächst gehen wir auf Basis einer sehr groben Vorabkalkulation von einer möglichen Summe von rund 2 Millionen Euro pro Jahr für diese Art der Umsetzung aus. Genauere Berechnungen sollten erfolgen, wenn a) die politischen Prioritäten geklärt sind und b) klar ist, wie die Auswirkungen des „Starke-Familien-Gesetzes“ (Reform Kinderzuschlag und BuT) ab 1.8.2019 für die Kosten der Schülerbeförderung sein werden.

Maßnahme 4: Platz der Deutschen Einheit fahrgastfreundlicher gestalten

Der Platz der Deutschen Einheit wurde als problematische Bushaltestelle erkannt - hier muss sowohl aus Sicherheitsaspekten als auch aus „Fahrgast- und Jugendfreundlichkeitsgründen“ nachgebessert werden.

Kommentar ESWE:

Seitens ESWE Verkehr wird die derzeitige Gehwegbreite im Haltestellenbereich bereits seit Planungsstadium als zu schmal dimensioniert angesehen mit all den nun bestehenden Problemen wie Konflikte zwischen wartenden Fahrgästen und Passanten entlang der Bleichstraße sowie unbefriedigender Sitzplatzsituation für Fahrgäste.

Unser schon mehrfach geäußelter und auch dem Ortsbeirat Westend kommunizierter Lösungsvorschlag lautet:

Eliminieren des ruhenden Verkehrs in der Bleichstraße in Fahrtrichtung links (am Gebäude Sporthalle), Verschieben des fließenden Verkehrs und der haltenden Busse um eine Spur nach links, Verbreiterung des Gehwegs/Haltestellenbereichs um eine Fahrspurbreite.

Zuständig für eine Kostenkalkulation wäre das Tiefbau- und Vermessungsamt.

Ergänzender Hinweis Amt für Soziale Arbeit:

Zurzeit gibt es eine stadtweite Arbeitsgruppe mit den verschiedensten Akteurinnen und Akteuren unter Leitung des Wiesbadener Präventionsrates, die sich mit dem Sicherheitsaspekt einiger Plätze, so auch dem Platz der Deutschen Einheit, auseinandersetzt und Lösungsvorschläge erarbeitet. Zudem beschäftigt sich der Präventionsrat intensiv mit dem Thema Gefühl

der Unsicherheit - vor allem bei Mädchen - und plant eine repräsentative Umfrage zur Ursachenforschung, um auch hier Handlungsideen zu entwickeln.

Nach Rücksprache mit dem Tiefbauamt empfehlen wir diesen Handlungsstrang, da es ja auch kein Jugendthema, sondern ein allgemeines Thema ist, und in vielfältiger Weise (u. a. auch im Kontakt Fachamt/Ortsbeirat) bearbeitet wird, im Kontext des Handlungsprogramms Jugend außen vor zu lassen. Deshalb wird diese Maßnahme von uns auch nicht priorisiert.

Block 2: Stärkung des Radverkehrs

Maßnahme 1: Jugendliche als Zielgruppe der Radverkehrsplanung verstehen

Die Gründe für den seltenen Gebrauch des Rades bei Jugendlichen sind die gleichen wie bei den Erwachsenen: „Die Radwege sind wenig vorhanden und schlecht nutzbar, das Radfahren in Wiesbaden ist gefährlich.“

Die Stärkung des Radverkehrs im Allgemeinen, insbesondere aber unter Jugendlichen ist eine Handlungsempfehlung an die Stadtgesellschaft.

Die Radverkehrsbeauftragte der LHW wird in 2019 mit zusätzlichem Personal unterstützt.

Hier sind neue Wege denkbar:

- Jugend als Zielgruppe von Radverkehrsplanung in Wiesbaden begreifen und verstehen (bspw. wo halten sich Jugendliche auf, welche Wege nutzen sie?!)
- zielgruppenspezifisches Angebot an Fahrradverleihsystemen

Kommentar: siehe unter Maßnahme 2

Maßnahme 2: Schulen unter Aspekt Radverkehr in den Blick nehmen

Eine konkrete Handlungsempfehlung ist, dass jede Schule in Wiesbaden unter dem Gesichtspunkt „Radverkehr“ betrachtet und analysiert wird.

Hier kann eine Kooperation bspw. aus Schulsozialarbeit, der Schülerschaft und der Abteilung Verkehrs- und Straßenplanung im Tiefbau- und Vermessungsamt gute Ergebnisse auf die Fragen geben:

- Gibt es ausreichend Abstellplätze für Räder - gerne auch überdacht?
- Ist ein Fahrradweg vorhanden?
- Welcher Bürgersteig ist „zu hoch“, um ihn bequem mit dem Rad queren zu können?
- Was sind die meistgenutzten Wege zur und von der Schule, wie sind diese Wege mit dem Rad befahrbar?

Kommentar „Dein Radbüro“/Tiefbau- und Vermessungsamt:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Schülerinnen und Schüler zum Radfahren zu motivieren ist uns ein wichtiges Anliegen. Je früher im Leben Menschen regelmäßig Rad fahren, desto wahrscheinlicher, dass sie auch später das Rad als Verkehrsmittel nutzen. Leider ist die Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel bei Wiesbadener Schülerinnen und Schülern unterdurchschnittlich. Bei der Pressekonferenz für „Dein Radbüro Wiesbaden“ (www.wiesbaden.de/radbuero) wies Dr. Conrad, Leiter der Verkehrsplanung, explizit auf die Bedeutung der Förderung des Radfahrens für Kinder und Jugendliche hin. Bis Ende des Jahres soll das Radbüro vollständig besetzt sein, eine engere Zusammenarbeit mit den Schulen wäre dann personell eher darstellbar.

Die Frage nach sicheren Radverkehrsverbindungen ist sicherlich essentiell und sollte mit Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern für jede Schule individuell betrachtet werden. Ansprechpartnerinnen und -partner an den Schulen für Radverkehrsbelange könnten hilfreich sein. Der Aufbau von Rad AGs an Schulen sollte beworben und unterstützt werden. Für Abstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen läuft gerade ein umfangreiches Förderprogramm des Landes. Das Dezernat wird die fehlenden Restbeträge aufstocken, so dass viele

Schulen, Kitas, Schwimmbäder und andere öffentliche Einrichtungen die Möglichkeit haben, kostenlos Fahrradabstellanlagen zu erhalten.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

„Dein Radbüro“ hat in den letzten zwei Jahren die Projektwoche der Diltheyschule unterstützt. Ein Lehrer der Diltheyschule, der „Radfahren“ im Rahmen der Projektwoche thematisierte, fragte das Radbüro an, um beispielsweise den Schülerinnen und Schülern das Radverkehrskonzept zu erläutern. Das Jugendparlament war im Tiefbau- und Vermessungsamt, um sich das Radverkehrskonzept erklären zu lassen. Im Rahmen von STADTRADELN bewerben wir das SCHULRADELN. Der Schülerradkorso wird vom Bürgeramt unterstützt, aber extern organisiert und beworben.¹⁷

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Radverkehrsförderung für Kinder, Schülerinnen und Schüler und Jugendliche hat eine sehr **hohe** Priorität, denn „was Hänschen nicht lernt, lernt Hans oft nur unter Schwierigkeiten“. Die Nutzung des Fahrrads bei Kindern, Schülerinnen und Schülern und Jugendlichen ist unterdurchschnittlich.

4. Kostenabschätzung:

Es werden keine zusätzlichen Mittel benötigt.

Zusätzlicher Kommentar des Schulamtes zu Fahrradstellplätzen an Schulen:

Zuletzt hat das Schulamt im Jahr 2016 den Bestand und den Bedarf an Fahrradabstellplätzen an den Wiesbadener Schulen umfassend abgefragt. Aufgrund der aktuellen Information des Verkehrsdezernates über die kurzfristige Fördermöglichkeit für Fahrradabstellbügel an öffentlichen Gebäuden vom 3. August 2018 wurde nochmals eine Abfrage an die Schulen gerichtet mit der Bitte um sehr kurzfristige Rückmeldung. Resultierend aus diesen beiden Erhebungen wurden dem Verkehrsdezernat nun 24 Schulen mit einem Bedarf an zusätzlichen Fahrradbügeln gemeldet.

Die Fahrradabstellplätze an den Wiesbadener Schulen werden sehr unterschiedlich genutzt. An einigen Schulen sind zu wenige, an anderen gerade ausreichend viele und an manchen Schulen zu viele vorhanden. Wir freuen uns, dass wir nun dort nachrüsten können, wo Defizite vorhanden sind.

Kosten: Keine zusätzlichen - die Kosten sind durch Fördermittel und die Beteiligung des Verkehrsdezernates gedeckt!

„Sicherheit in der Stadt“:

Die Handlungsempfehlungen gliedern sich in die Themen:

„Kommunikation“ und „Empowerment“.

Block 3: Ansprechpartnerin(nen) oder Ansprechpartner zur Kommunikation über Problemorte

Wie und an wen können Jugendliche ihr Unsicherheitsempfinden kommunizieren?

- Es wird ein digitaler Kummerkasten benötigt (stadtweit), bspw. die Möglichkeit, Fotos von Problemorten/Situationen hochzuladen. Ein digitaler Kummerkasten/Mitteilungsformular muss zentral gesichtet werden und dann auf die lokalen Akteure vor Ort (bspw. Jugendzentren, Mobile Jugendarbeit, aber auch Polizei) verweisen.

¹⁷ Weitere Aktionen/Hinweise:

<https://www.vcd.org/themen/mobilitaetsbildung/vcd-laufbus/> : Eine Gruppe von Kindern geht zusammen zur Schule und wird dabei von einem oder mehreren Erwachsenen begleitet, bis die Gruppe sicher genug ist, um alleine zu laufen. (Könnte man evtl. auch für Rad fahrende Kinder organisieren.)

https://www.freising.de/service/neuigkeiten-chronologisch/specialdetail/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=16794&cHash=dcff192e7baff45ebb65e0455fada35f : Schulwege farbig markieren. Das gibt es nicht nur in Freising, sondern auch in der Nachbarstadt Mainz (Vororte).

<http://www.bessierzurschule.de/>: Hier gibt es einige Tipps für den sicheren Schulweg, ob zu Fuß oder per Fahrrad.
<https://schulweg-safari.de/aktion/>: Alternativen zum „Elterntaxi“.

- Es braucht eine Kommunikationsstrategie, die sich explizit an Jugendliche wendet.
- Es wird ein analoger Kummerkasten in den Stadtteilen benötigt.
- Den Jugendlichen ist keine Ansprechperson bekannt, der sie ihr Empfinden schildern können.
- Es gibt Themen, für die die Polizei nicht als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht, welche aber für die Jugendlichen von Relevanz sind: Bsp.: Auf dem Spielplatz fehlt nachts eine Beleuchtung, deswegen ist dieser Ort auf dem Heimweg abends ein Problem.

Wie erhalten Jugendliche Informationen/Beratung zum Thema „(Un-)Sicherheit“

Hier gibt es eine Schnittstelle zum Handlungsfeld „Informationsfluss“: Es fehlt eine zentrale Anlaufstelle in WI, bei der sich Jugendliche zu allen Themen aus ihrer Lebenswelt informieren können und bei der sie auch ein Problem in WI „melden“ können (bspw. fehlende/defekte Beleuchtung auf dem Heimweg). Es gibt kein innerstädtisches Jugendzentrum als zentralen Anlaufpunkt für alle Wiesbadener Jugendlichen. (Kommentierung vgl. dort / Kapitel 11)

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren eignen sich als Anlaufstelle in den Stadtteilen. Bisher ist es für Jugendliche, die ein Jugendzentrum nicht besuchen, schlecht ersichtlich, dass es hier Ansprechpartnerinnen und -partner zu diesem Thema gibt; das wird bei der Konzeptentwicklung der Zentren miteinfließen; die Öffentlichkeitsarbeit wird überarbeitet.

Es gibt eine enge Schnittmenge zur Idee „Informationszentrum“ und müsste dort in die Konzeptentwicklung miteinfließen.

Eine zentrale Anlaufstelle in Wiesbaden könnte „Echt und Stark“ sein. „Echt und Stark“ e. V. ist ein Zusammenschluss von Fachkräften mit den Angeboten Wendo, Konflikttraining und Selbstbehauptung, Elterntrainings und Fortbildungen, z. B. zum Thema Mobbing. Koordiniert wird der Zusammenschluss beim Kinder- und Jugendzentrum Georg-Buch-Haus in der Innenstadt. Das Kinder- und Jugendzentrum Georg-Buch-Haus hat die Kenntnisse, die Anliegen Jugendlicher digital oder über ein Mitteilungsformular - wie z. B. fehlende Beleuchtung auf dem Spielplatz - an die richtigen Stellen weiterzuleiten.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Außerschulische Angebote wie z. B. Selbstverteidigungskurse, Wendo, etc.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Jugendinformationszentrum

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Mittel

5. Kostenabschätzung:

Sinnvoll wäre, in einem ersten Schritt „Echt und Stark“ zunächst für zwei Jahre 10.000 € (Honorare für Kurse und Ansprechpartnerinnen und -partner für Unsicherheitsempfinden, Öffentlichkeitsarbeit) zur Verfügung zu stellen und zu evaluieren, ob das Angebot in ausreichendem Maß genutzt wird.

Block 4: Empowerment als Thema in Schulen stärken

- Voraussetzung ist Informationsfluss - nur wenn Jugendliche und Akteure, die zu einem Empowerment beitragen, zueinander kommen, kann Empowerment gelingen - Schnittstelle Handlungsfeld „Informationsfluss“. Banal aber wichtig: Es muss ein Angebot geben, und die Jugendlichen müssen von dem Angebot erfahren.

- Empowerment ist auch ein schulisches Thema. Es gibt ein Landesprogramm PIT (Prävention im Team), welches für Schulen konzipiert ist (<https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/programme/pit-pr%C3%A4vention-im-team>). Es nimmt aber KEINE (sic!) Schule aus Wiesbaden teil (Aktuell nehmen 98 Schulen aus Hessen an dem Angebot teil.). Handlungsempfehlung: Konzipieren und Durchführen eines an die Wiesbadener Begebenheiten angepassten Präventionsprogramms.
- Aus unserer Sicht gibt es viele Angebote/Anbieter - es fehlt an Geld in den Schulen und die Bereitschaft der Schulen, an dem Thema zu arbeiten. Handlungsempfehlung: Schule so ausstatten, dass dort Empowerment-Programme stattfinden können.
- Um existierende außerschulische Programme bekannt zu machen, könnten aufsuchende Jugendarbeiterinnen und -arbeiter fungieren.
- Handlungsempfehlung: Schulsozialarbeit soll mehr Budget bekommen, um Empowerment flächendeckend anbieten zu lassen.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

An Wiesbadener Schulen mit Schulsozialarbeit findet in der täglichen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen fortlaufend über die gesamte Schulzeit die Förderung von Empowerment mit unterschiedlichen Methoden und Maßnahmen statt. Eine regelmäßig konzeptionelle Weiterentwicklung des Wiesbadener 3-Stufen-Modells der Schulsozialarbeit¹⁸ ist wichtig, um sich beständig mit den Veränderungen in Schule und Jugendhilfe auseinander zu setzen, sich an den aktuellen Bedürfnissen und fachlichen Standards wie auch an einer sich verändernden Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler zu orientieren. Auf dieser Grundlage arbeitet die Abteilung Schulsozialarbeit mit einem Rahmenplan für die Arbeit mit den Klassen ab Jahrgang 5. Der Rahmenplan soll dazu beitragen, die jungen Menschen systematisch bei ihren Entwicklungsaufgaben zu unterstützen und die geforderte Ausbildungsreife zu erreichen. In bestimmten Themenbereichen werden sozialpädagogische Angebote standardisiert und stehen jeder Schule mit Schulsozialarbeit zur Umsetzung zur Verfügung, je nachdem, was in das Curriculum der einzelnen Schule passt. Jede Schulsozialarbeitseinrichtung erstellt somit nach den Standards der Schulsozialarbeit ihren Rahmenplan vor Ort.

Denkbar wäre, innerhalb des Rahmenplans die Entwicklung eines weiteren Bausteins Empowerment mit dem Schwerpunkt Gewaltprävention einzuführen. Mit dieser Schwerpunktsetzung müsste die Umsetzung mit einem externen Anbieter erfolgen. Tendenziell wäre es ein Baustein an Sekundarschulen im Klassenverband in Klasse 6. Zusätzlich könnte ein Baustein modifiziert in den Berufsvorbereitungsklassen in der Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf entwickelt werden. Hierfür wäre die Kooperation mit einem externen spezialisierten Partner sinnvoll, eine Prüfung, wer auf diesem Gebiet der synergetischste Partner (inhaltlich kompatibel, Kapazität, etc.), wäre, müsste noch vorgenommen werden.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Insgesamt werden die angesprochenen Landesprogramme in Wiesbaden weniger an Schulen mit Schulsozialarbeit abgerufen, da sie zum einen Teil die Angebote der Schulsozialarbeit doppeln, zum anderen der Kooperationspartner Polizei eher in der Interventionsebene als Kooperationspartner gesehen wird. Außerdem erfordern diese Landesprogramme häufig einen hohen Personalaufwand, der tendenziell nicht in einem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Das Landesprogramm PIT („Prävention im Team“) zum Beispiel ist in Wiesbaden an einer Schule mit Schulsozialarbeit abgebrochen worden. Im Ergebnis konnte das Programm nicht das gewünschte „Mehr“ erzielen, über das hinaus was die Schule über die Schulsozialarbeit schon hat(te). Das Landesprogramm „Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD)“ soll im Herbst 2018 den Schulleitungen aus Schulen mit Schulsozialarbeit vorgestellt werden.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

¹⁸ Zu Details vgl. die Veröffentlichung „40 Jahre Schulsozialarbeit“ unter <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/soziale-dienste-hilfen/content/schulsozialarbeit.php>

Sofern man die Notwendigkeit sieht, das Thema Empowerment nicht nur als Querschnittsthema, sondern zusätzlich prominent mit einem eigenen Baustein zu würdigen, würde das Angebotsspektrum der Schulsozialarbeit damit sinnvoll ergänzt werden.

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:
Mittel, da es schon Angebote gibt.

5. Kostenabschätzung:

Laufend: 72.000 € durch zusätzliche Ressource notwendig

Berechnungsgrundlage:

Schulen mit Schulsozialarbeit: 16

Im Durchschnitt Anzahl der Angebote pro Schule: 3

Gemäß Erfahrungswert pro Baustein 1.500 € pro Klasse

16 Schulen * 3 Angebote * 1500 € = 72.000 €/Jahr

6.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld

Verbesserungen ÖPNV:	
Taktung Nachtbusse auf eine Stunde reduzieren	wichtig
Haltestellen und Busse mit kostenlosem W-Lan	wichtig
Hessenticket für alle Wi Jugendlichen	wichtig
Platz der Deutschen Einheit fahrgastfreundlicher gestalten	wichtig
Stärkung des Radverkehrs	
Jugend als Zielgruppe der Radverkehrsplanung verstehen	nicht so wichtig
Fahrradverleihsystem attraktiv für Jugendliche gestalten	nicht so wichtig
Schulen unter Aspekt Radverkehr in den Blick nehmen	nicht so wichtig
Ansprechpersonen zur Kommunikation über Problemorte	wichtig
Empowerment als Thema in Schulen stärken	nicht wichtig

Weitere Ideen der Jugendlichen beim Youth Statement:

Handyladestation (an Bushaltestellen), kostenlose Wasserstation für alle, freundlicheres Personal, mehr Busse aufgrund von Schule, Busse sollen einfach nicht während der Schulzeit streiken, eventuell Rufbusse für Stadtteile, wo nicht viele hin müssen, kürzere Wartezeiten, Überland-Busse, größere Busse -> mehr Platz, Rufbusse zu später Stunde, Anbindung der Vororte an Bahnverbindungen, Busverbindung nach Frauenstein auch nachts.

6.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld

Summe A + B
ca. 2,3 Mio

Übersicht Handlungsfeld Mobilität und Sicherheit		
Ausgangspunkt(e)	Ziele	Maßnahmen (M = Zeilennummer Übersichtsliste Kap. 13) (Kostenübersicht vgl. dort)
Mobilität: Jugendliche wünschen sich bessere Busverbindungen abends und nachts, da längere Wartezeiten das Gefühl der Unsicherheit verstärken. Mit dem öffentlichen Nahverkehr sind ein Viertel der Jugendlichen unzufrieden; am unzufriedensten sind Jugendliche aus den Wiesbadener Vororten. Mit der Fahrradsituation ist etwa jede/r Dritte unzufrieden. Nur 3 % der Jugendlichen nutzen das Rad im Alltag. Damit liegt der Anteil noch niedriger als bei Erwachsenen. Sicherheit: Schlechte Noten vergeben die Wiesbadener Jugendlichen der öffentlichen Sicherheit abends und nachts. Besonders Mädchen fühlen sich unsicher. Bestimmte Stadtviertel und Straßen, aber auch öffentliche Plätze werden als nicht sicher wahrgenommen.	Mobilität: Ziel ist die Stärkung des ÖPNV und die Förderung des Radfahrens. Sicherheit: Es muss an mindestens folgenden Strängen angesetzt werden, um das Sicherheitsgefühl der Jugendlichen zu verbessern: 1) Kommunikation 2) Empowerment	A) als besonders wichtig priorisiert*: keine B) als wichtig priorisiert; - Taktung Nachtbusse auf eine Stunde reduzieren (M 11) - (kostenloses) Schülerticket Hessen für alle Jugendlichen (M 13) - Stärkung des Radverkehrs (M 15-17) - Ansprechperson zur Kommunikation über Problemorte (M 18) - C) sonstige Prioritäten*: - Empowerment als Thema in Schulen stärken (M 19) Haltestellen und Busse mit kostenlosem WLAN (M 12) sowie Platz der Deutschen Einheit fahrgastfreundlicher gestalten (M 14): wurden von Verwaltung nicht bewertet, da die Themen in anderen Kontexten bearbeitet werden

* „besonders wichtig“: von mindestens zwei Gruppen als hoch bzw. wichtig priorisiert;

„wichtig“: von einer Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert;

sonstige Prioritäten: wenn von keiner Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert (also höchstens mittlere Priorität)

7 Handlungsfeld Dazugehören

7.1 AG Dazugehören zur Jugendstudie

Prozessbegleitung: Gabi Reiter/Hendrik Harteman; in Grau: Texte aus dem Bericht der AG

Relevante Ausgangsbefunde aus der Jugendstu- die	Vgl. v. a. Kapitel 3.6 „Jugend in Wiesbaden“ Jugendliche möchten gute Leistungen erbringen: 63 % der befragten Wiesbadener Jugendlichen machen sich Sorgen um Prüfungen in der Schule bzw. der Ausbildung. Mit ihrer finanziellen Situation, damit wie es in der Schule läuft und mit der ihnen zur freien Verfügung stehenden Zeit sind weniger als die Hälfte der befragten Jugendlichen zufrieden. Ist die subjektive Einkommenssituation der Familie eher schlecht oder besuchen die Jugendlichen kein Gymnasium, so machen sie sich zudem häufiger Sorgen um die wirtschaftliche Lage und darum, einen Arbeits-/ Ausbildungsplatz zu bekommen. Diese Ergebnisse geben einen Hinweis darauf, dass junge Menschen unter Druck stehen, das gesellschaftliche Ideal eines optimierten Lebens zu erreichen und ideal zu funktionieren - und nicht immer daran glauben, dass sie das auch schaffen können, trotz sehr guter wirtschaftlicher Lage und guten Arbeitsmarktprognosen. Die Kehrseite des Wunsches, gesellschaftliche Ansprüche erfüllen zu wollen, ist Abwertung jener, die anscheinend „anders sind“. Gut ein Drittel der Wiesbadener Jugendlichen nimmt in irgendeiner Form persönliche Diskriminierung wahr. Besonders fühlen sich junge Menschen mit Migrationshintergrund und Jugendliche mit ökonomisch beengten Lebensverhältnissen diskriminiert. Diskriminierung findet im Alltag statt - in der Schule und in der Öffentlichkeit. Jugendliche fühlen sich nicht nur von anderen diskriminiert, sie diskriminieren auch selbst: Etwa ein Viertel lehnt Hartz IV-Empfänger als Nachbarn ab.
Ausgangsfragen	Folgende Fragen stellen sich aus Sicht der Autorinnen und Autoren: • Es hilft für die Entwicklung eines gesunden Selbstwertes, sich dazugehörig und akzeptiert zu fühlen - unabhängig vom ökonomischen oder kulturellen Hintergrund. Was kann eine Stadtgesellschaft dazu beitragen? • Welche Faktoren tragen dazu bei, eine stabile innere Stärke zu entwickeln, so dass ein junger Mensch sich selbst wertschätzen kann und andere nicht zu diskriminieren braucht? Was bringt ihn in eine Handlungsfähigkeit? • Brauchen Jugendliche in Wiesbaden mehr Freiräume zur selbstbestimmten Gestaltung in ihrem Alltag, damit sie (unabhängig vom schulischen Erfolg) Bestätigung erfahren oder einfach entspannen können? • Was und wer befördern den Leistungsdruck in Wiesbaden, den Jugendliche empfinden, was würde zur Entspannung beitragen? • Braucht es (zusätzlich zu den bestehenden) weitere Maßnahmen in Wiesbaden gegen Diskriminierung und Rassismus?
Anzahl der Sitzungen/ AG-Termine	Sieben Sitzungen
Regelmäßig mitwirkende AG-Mitglieder	• Stadtjugendring/Spiegelbild (Jugendliche) • Jugendparlament (Jugendliche) • Ausbildungsagentur

	• CASA • Xenia/KinderElternZentrum (KiEZ) • Amt für Soziale Arbeit, Schulsozialarbeit • Amt für Soziale Arbeit, Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentrum
Einbezogene Expertinnen und Experten	Prof. Hochschule RheinMain, Soziale Arbeit, INTEA Koordinatorin für Geflüchtete an den Berufsschulen in Wiesbaden, Jugendhilfeplanerin per E-Mail
Schwerpunktsetzungen bei den Fragestellungen (durch die Gruppe, mit Hilfe der Expertinnen und Experten, durch tiefergehende Analyse ...) inkl. Begründung!	Diskriminierung ist strukturell bedingt. Sie sollte ein Querschnittsthema in den Maßnahmen der Jugendpolitik sein. Dies lässt sich nur erreichen, indem strukturelle Diskriminierung, beispielsweise an Schulen und in der Jugendarbeit, abgebaut wird. Die Voraussetzung für eine Jugendpolitik, die alle teilhaben lassen möchte, ist es, Ausschluss und Diskriminierung in Wiesbaden sichtbar zu machen und anzuerkennen, dass sie in den Sozialräumen existiert. Frauen und Mädchen sind davon besonders betroffen. Junge Menschen/Menschen erleben Diskriminierung in unterschiedlichen Lebensbereichen - beispielsweise in der Schule, auf der Straße, in der Behörde oder im öffentlichen Nahverkehr. Von Diskriminierung sprechen wir, wenn Benachteiligungen, Ausgrenzung oder Belästigungen wegen grundlegender Zugehörigkeiten oder Zuschreibungen geschehen. Dazu gehören zum Beispiel: rassistische Zuschreibungen, Sprache, Herkunft, sexuelle Identität, aber auch das Lebensalter, Geschlecht, Religion/Weltanschauung sowie körperliche, geistige und seelische Fähigkeiten und der soziale Status. Kinder und Jugendliche beginnen früh, sich an Gruppenzugehörigkeiten wie z. B. Geschlechts- und/oder ethnischer Zugehörigkeit zu orientieren. Dabei lernen sie, sich mit Blick auf „Andere“ aufgrund unterschiedlicher Merkmale zu unterscheiden. Die Unterscheidungen haben mit gesellschaftlich anerkannten und praktizierten Zuschreibungen über Gruppen (z. B. Frauen, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderung) zu tun, die von Eltern/Bezugspersonen erlernt und aktiv selbst weiterentwickelt werden und Zugehörigkeitsfragen negativ oder positiv beeinflussen. Die Empfehlungen der Expertinnen und Experten richtet sich an verschiedene Zielgruppen, die eine Veränderung für die Lebensumstände von jungen Menschen in Wiesbaden erreichen können: Politik und Öffentlichkeit, Träger der Jugendarbeit und Fachkräfte, Eltern bzw. Elternarbeit, Schule, Schulsozialarbeit und Jugendliche selbst.
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen	Verschiedene Kontakte der Projektgruppenmitglieder mit Jugendlichen wurden genutzt, um bestimmte Interpretationen zu hinterfragen, u. a. auch die Frage, warum „Hartz-IV-Familien“ abgewertet werden. Leitfragen waren/sind: • Was macht für dich Dazugehören aus? • Fühlst du dich dazugehörig? • Was fehlt dir/was hättest du gerne, damit du dich zugehörig fühlst? Wenn wir unsere Maßnahmen/Empfehlungen formuliert haben, sollen Jugendliche nochmals in den Prozess einbezogen werden, um die angedachten Maßnahmen zu prüfen. Wir denken an Gremien wie das Jugendparlament und den Stadtschülerrat. Die Entscheidung eine Jugendkonferenz einzuberufen, die das Maßnahmenpaket kommentiert, begrüßen wir ausdrücklich.
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen	• Die mediale Vermittlung von Armut (RTL u. a.) spielt wohl eine wichtige Rolle für die „Diskriminierung der Armen“: Mit so jemandem möchte man nicht unter einem Dach leben. • Das Positive hervorheben:

	▪ Dort, wo ich für meinen Charakter geschätzt werde, nicht für das Drumherum (Äußerlichkeiten, Status, Symbole) fühle ich mich dazugehörig. Jugendliche wünschen sich eine Haltung, dass Menschen nicht nach Differenz, sondern nach Gemeinsamkeiten angesehen werden. = Orte der Akzeptanz! ▪ Wenn Selbstbestimmung möglich ist, dann fühlt man sich auch zugehörig, mitarbeiten, selbst machen, Aufgaben haben ist für diese Jugendlichen sehr entscheidend. Wo sie nicht mitmachen können, fühlen sie sich weniger dazugehörig. ▪ Politik wird dadurch unzugänglich bzw. uninteressant. ▪ Wenn mehr auf Gemeinsamkeiten als auf Differenz geachtet wird, dann ist auch das Gefühl dazuzugehören größer. • Es gibt das Erleben von Rassismus, bspw. durch Ältere im Bus gegenüber Schwarzen und gegenüber Muslimen. • Gegenrede ist wichtig; also wenn jemand andere diskriminiert oder rassistisch beleidigt, dann aufzustehen und etwas dagegen zu sagen, auch mal Menschen in Schutz zu nehmen. Dazu brauchen Jugendliche Handlungsfähigkeit, ▪ um den vielen Klischees und Bildern (Ressentiments) die richtigen Bilder entgegenzusetzen, ▪ um zu verstehen, dass Gruppen ein Stempel aufgedrückt wird (wie bspw. Geflüchteten), ▪ um ihre Meinung sagen zu können, Haltung zeigen zu können. • Selbstorganisation ist in jeglicher Form zu stärken.
Weitere relevante Forschungsbe- funde zu den Aus- gangsfragen	• Strukturelle Diskriminierung ist das Problem, nicht eine individuelle Vorurteilsstruktur. Strukturelle Hürden und Alltagsdiskriminierung führen dazu, dass junge Menschen sich nicht dazugehörig fühlen oder auch nicht dazu gehören. • Soziale Schicht und Abwertung von Homosexualität hängen zusammen. • Shell-Studie stellt fest, dass Jugendliche zunehmend Angst vor Feindseligkeiten an Schulen haben • Jungen werden doppelt so häufig ab als Mädchen. • Klassismus hat Konjunktur http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/12716.pdf • Sexismus hat Konjunktur http://www.bpb.de/apuz/178670/die-sexismus-debatte-im-spiegel-wissenschaftlicher-erkenntnisse?p=all
Ergebnisse der weiteren Problem- analyse der AG	Neben den Fragen und Ergebnissen der Autorinnen und Autoren der Wiesbadener Jugendstudie ist es uns wichtig, eigene Kernergebnisse zu formulieren, die für unser Handlungsfeld „Dazugehören in der Gesellschaft“ wichtig sind: • Ein Drittel der Befragten hat eigene Diskriminierungserfahrungen gemacht. • ALG II-Empfängerinnen und Empfänger werden am stärksten abgewertet. • Es gibt zu wenig politische Bildung, zu wenig Auseinandersetzungsmöglichkeiten mit Demokratie. • Abwertung über ethnische und kulturelle Herkunft macht Menschen zu „anderen“ und erschweren das Dazugehören. • Geschlechterrollen stehen auch im Zusammenhang mit Dazugehören. Dies sollte bei den Maßnahmen beachtet werden. • Schule als Ort der Umfrage auch als Ort von Angst (und Leistungsdruck)

	Nicht alle Schulen sind mit Schulsozialarbeit versorgt; aber auch dort (Gymnasien, Berufsschulen, Realschulen) gibt es Probleme mit Diskriminierung; werden diese Schulen bzw. die Jugendlichen dort mit ihren Problemen alleine gelassen?!
Auf Problemanalyse fußende Ziele oder: Was ist der zu verändernde Zustand?	<i>Ziele werden hier entlang der identifizierten Zielgruppen formuliert:</i> Politik und Öffentlichkeit Es gilt, politisch Verantwortliche für die Themen Zugehörigkeit und Ausschluss zu sensibilisieren. Ziel sollte sein, den Abbau von Diskriminierung und die Erhöhung von Teilhabechancen als Querschnittsaufgabe von Jugendpolitik zu verstehen. Voraussetzung hierfür ist es, Ausschluss und Diskriminierung in Wiesbaden sichtbar zu machen. Dazugehörigkeit entsteht, wenn Jugendliche selbst (mit)bestimmen und gestalten können. Gerade daher hat es höchste Priorität, für Formen der Selbstorganisation zu werben und die Handlungsfelder Engagement und Partizipation dabei zu unterstützen, bereits bestehende Formen anzuerkennen und wertzuschätzen sowie neue Formen der Selbstorganisation zu stärken. Träger der Jugendarbeit und Fachkräfte Da Fachkräfte in der Sozialen Arbeit ebenfalls den Beeinflussungen von gesellschaftlich anerkannten und praktizierten Zuschreibungen über Gruppen unterliegen, übernehmen sie eine besondere Verantwortung, um stigmatisierende Zuschreibungen und diskriminierende Handlungen im Alltag in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu erkennen und zu unterbinden. Dies schließt die Reflexion von sich selbst als handelnde Personen mit ein. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu ermutigen, Vielfalt als spannende Normalität zu sehen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede wahrzunehmen und anzuerkennen sowie Handlungsspielräume im Umgang mit Ausgrenzung und Diskriminierung aufzubauen. Zielgruppe Eltern In der Elternbildung soll „Dazugehören in der Gesellschaft“ als Thema gesetzt werden. Das schließt mit ein, auch Eltern für Diskriminierung zu sensibilisieren. Hier besteht die Chance, gezielt mit Vätern (und Jungen) zu arbeiten, um konstruktive Männlichkeiten leben zu können. Schule und Schulsozialarbeit Jugendliche formulieren starke Betroffenheit im Zusammenhang mit Schule. Gerade im Lebensraum Schule, welcher ein wichtiger Ort für Jugendliche ist, lassen sich tagtäglich unterschiedliche Diskriminierungsformen finden. An diesem Ort sollte das Thema Diskriminierung sowohl von Schule, Schulsozialarbeit und Jugendarbeit sensibel behandelt werden, um ein besseres Klima an Schulen positiv zu beeinflussen. Ziele sind vor allem Schulsozialarbeit für ALLE! und die bessere Vernetzung aller an Schulen tätigen Akteure mit der politischen Bildung/der Jugendarbeit vor Ort und gemeinsame Demokratiebildung. Jugendliche Jugendliche erleben tagtäglich Diskriminierung in ihrem Umfeld. Sie sind aber auch Teil des Engagements gegen Abwertung, Ausgrenzung und Diskriminierung. Grundsätzlich möchten wir festhalten, dass Jugendliche sich dann zugehörig fühlen, wenn sie sich als Personen anerkannt und respektiert fühlen. Es müssen folglich Räume und Gelegenheiten geschaffen werden, in denen

	sich Jugendliche gleich ihrer Unterschiedlichkeit angenommen und nicht bewertet fühlen. Ein weiteres wesentliches Ziel ist der Schutz vor Ausgrenzung, Abwertung und Diskriminierung . Dies ist natürlich vornehmlich die Aufgabe von Erwachsenen, muss aber hier ausdrücklich als Ziel für Jugendliche formuliert werden.
Handlungsvorschläge und Handlungsschritte der AG	Vgl. Abschnitt 7.3
Noch nicht geklärt/ Was bleibt zu tun?	Wer bietet wem was an in Wiesbaden? Es sollte unter der Schwerpunktsetzung von „Dazugehören“ und Dimensionen des gesellschaftlichen Ausschlusses analysiert werden, wer in Wiesbaden sowohl für Jugendliche als auch für die anderen hier genannten Zielgruppen Bildungsangebote und andere Auseinandersetzungsmöglichkeiten anbietet. Unsere Vermutung ist, dass es relativ wenige Fachstellen dieser Art in Wiesbaden gibt.
Anmerkungen (zum Verlauf ...)	Die Arbeit der Expertinnen und Experten war sehr produktiv und konstruktiv. Häufig glich die gemeinsame Arbeit einer informellen Weiterbildung. Die Teilnehmenden lernten zusammen und bisweilen interdisziplinär. Das führte zu einem übereinstimmenden Verständnis der Problematik und klaren Forderungen nach Veränderungen der gesellschaftlichen und fachlichen Praxis.

7.2 Übersicht zu den Handlungssträngen AG Dazugehören

Maßnahmen im Bereich der Politik und Öffentlichkeitsarbeit

Bewusste und unbewusste Diskriminierung im Fortbildungskatalog LHW Wiesbaden

Workshops für politisch Verantwortliche zum Thema Klassismus

Zusammenarbeit LSBT*IQ und Jugendarbeit am Thema Homosexuellenfeindlichkeit

Stadtweite Kampagnen zum Thema Vielfalt; Vielfalt sichtbarer machen

Maßnahmen für Träger Jugendarbeit und Fachkräfte

Vielfalt und diskriminierungskritische Arbeit in Leistungsvereinbarungen verankern

Fortbildungen für Fachkräfte zum Thema Rassismus etc.

Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren als Anlaufstellen für von Diskriminierung Betroffene

Dazugehören als Thema auch in der Elternbildung

Antidiskriminierungsberatung für Fachkräfte und Bürgerinnen und Bürger

Maßnahmen für Schule, Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit für alle

Diskriminierung im Rahmenplan

Kooperation der Akteurinnen und Akteure, um gemeinsame Bildungsräume zur Verfügung zu stellen

Kommunale Koordinationsstelle für „Schulen ohne Rassismus“

Maßnahmen von, für und mit Jugendlichen

Bildungsangebote zur Sensibilisierung

Programme für respektvolles Miteinander

Raum für Selbstorganisation und Mitgestaltung in Schule und Jugendarbeit

7.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen

Block 1: Maßnahmen im Bereich Politik und Öffentlichkeit

Maßnahme 1: Bewusste und unbewusste Diskriminierung im Fortbildungskatalog LHW

Aufnahme der Themen „bewusste und unbewusste Ausgrenzung und Diskriminierung“ in den Fortbildungskatalog für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Kommentar Personal- und Organisationsamt:

Vgl. in Block 2 unter Fortbildungen für Fachkräfte.

Kommentar Amt für Zuwanderung und Integration:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Die Idee, das städtische Fortbildungsprogramm um die o. g. Handlungsempfehlungen/Maßnahmen zu ergänzen, ist grundsätzlich begrüßenswert. Auch im Hinblick auf die verschiedenen Arbeitsbereiche innerhalb der Stadtverwaltung (Verwaltungsberufe, technische Berufe, sozialpädagogische Berufe) sind die o.g. Themen und Inhalte wichtig, da diese z. B. sowohl im Miteinander zwischen den Beschäftigten als auch im Verhältnis zwischen den Führungskräften und den Beschäftigten eine Rolle spielen können.

Es sollte jedoch im Vorfeld berücksichtigt werden, dass Themen wie z. B. Antisemitismus, Rassismus, Intersektionalität, Verschränkung von Ausgrenzungsfaktoren und Dimensionen von Diskriminierung zwischenzeitlich bei aller Brisanz und Wichtigkeit auch das Image „links-grün-versifft“ bzw. „Gutmenschentum“ verpasst bekommen haben.

Um mit einer Seminarbeschreibung möglichst viele interessierte Teilnehmende abzuholen und die Inhalte möglichst attraktiv zu präsentieren, wäre es ggf. hilfreich, die Titel und Themen einer solchen Fortbildung nicht als Antihaltung zu formulieren. Stattdessen sollte klar werden, welche positiven Normen, Werte und Haltungen denn durch den Besuch einer solchen Fortbildung geweckt und gestärkt werden können. Mögliche Titel könnten z. B. „Haltung zeigen - Was hat der öffentliche Dienst mit Demokratie und Vielfalt zu tun?“ oder „Dazugehören in der Gesellschaft - Dazugehören im Job: Mein Arbeitsplatz als Ort der Akzeptanz“.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Die Themenschwerpunkte „Umgang mit Stereotypen/Vorurteilen“ und insbesondere „Leben in Vielfalt - Differenz-sensibles professionelles Arbeiten in der Einwanderungsgesellschaft“ sowie „Respekt“ nehmen sich den oben erwähnten Handlungsempfehlungen/Maßnahmen in geringem Maß bereits an. Eine Vertiefung der Themen mit einer entsprechenden Fortbildung erscheint sinnvoll.

In Wiesbaden ist in diesem Zusammenhang als langjähriger, erfahrener und zuverlässiger Träger die Jugendinitiative Spiegelbild zu nennen. Die Fortbildungsangebote „Herausforderung Vielfalt“ sowie „X-DREAM“ bearbeiten die o. g. Herausforderungen und Maßnahmen.

Auf Bundesebene sind die Amadeu-Antonio-Stiftung (www.amadeu-antonio-stiftung.de/) oder der Verein „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“ (www.gesichtzeigen.de) mit ihren verschiedenen Trainingsangeboten geeignete Träger zur Durchführung einer solchen Fortbildung.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden als großer Arbeitgeber übernimmt im Hinblick auf ihre Haltung zu den Themen Antirassismus, Toleranz und Vielfalt Vorbildfunktion. Sie erlässt bzw. überarbeitet in diesem Zusammenhang dementsprechend ihr Leitbild. Der Besuch von „In-house“-Schulungen zu den o. g. Themen in jedem Amt könnte darin z. B. geregelt werden.

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Mittel (da das Themenfeld derzeit bereits in einem Seminar niedrigschwellig behandelt wird).

5. Kostenabschätzung:

Einmalig: 5.000,00 € zur Seminarkonzeption als zusätzliche Ressource

Laufend: 1.500,00 € - 3.000,00 € zur Durchführung eines ein- bis zweitägigen Seminars (kann aber aus dem laufenden Budget finanziert werden)

Maßnahme 2: Workshops für politisch Verantwortliche zum Thema Klassismus**Maßnahme 3: Stadtweite Kampagnen zum Thema Vielfalt; Vielfalt sichtbar machen**

- Anbieten von Workshops für politisch Verantwortliche und Bürgerinnen und Bürger, um Sensibilität für das Thema Klassismus zu schaffen sowie Abwertungen aufgrund von ökonomischen Verhältnissen zu verringern
- Sichtbarer Machen der Vielfalt des Zusammenlebens in Wiesbaden

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:**Vorbemerkung:**

Insgesamt sollte in diesem Maßnahmenblock bedacht werden, dass das Thema Diskriminierung und Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Regel nicht durch einmalige Kampagnen, Fortbildungen oder Workshops erfolgreich bearbeitet werden kann. Haltungen und Grundeinstellungen von Personen oder Gruppen (seien es Politikerinnen und Politiker, Bürgerinnen und Bürger oder Fachkräfte) lassen sich nur sehr schwer verändern. Gleiches gilt für aktuelle Tendenzen in der öffentlichen Meinung, die gerade ganz aktuell eine besonders intensive Beschäftigung mit dem Thema „Dazugehören“ nahe legen. Um in diesem Feld etwas zu erreichen, müssen also zum einen vielfältige Handlungsstränge verfolgt werden und zwar langfristig und mit sehr viel Überzeugung und Glaubwürdigkeit. Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung (materiell und kulturell!), die aber oftmals politisch und medial vor allem über Zuwanderung und ihre Folgen diskursiv bearbeitet wird, erscheint es notwendig, auch in der Wiesbadener Stadtgesellschaft - noch viel stärker als bislang - Gegenstrategien zu entwickeln, um die Ursachen sozialer Spaltung zu thematisieren. Dies legt auch und gerade das Ergebnis der Jugendstudie nahe, dass insbesondere Arme „abgewehrt“ werden. Soziale Ungleichheit ist als Thema - neben Rassismus, Sexismus u. a. - in der Stadtgesellschaft noch stärker zu bearbeiten.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Die Chance in diesem „Maßnahmenpaket“ besteht darin, dass durch die Jugendstudie den verschiedensten Akteurinnen und Akteuren innerhalb der Stadtgesellschaft noch einmal gemeinsames Nachdenken und Handeln nahe gelegt wird.

Zu Risiken und Stolpersteinen vgl. Vorbemerkung.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Wiesbaden verfügt über die Teilnahme am Bundesprojekt „Demokratie leben“ und die dazugehörige Koordinationsstelle seit einigen Jahren über bereits vielfältige Erfahrungen mit Maßnahmen in diesem Handlungsfeld. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ ist befristet angelegt. Es ist zu prüfen, in welcher Struktur eine inhaltliche Weiterarbeit möglich sein kann.

„Wir in Wiesbaden“ - Veranstaltungen im Zeitraum von 4 Wochen im November/Dezember jedes Jahres zum Leben in Vielfalt und Demokratie, seit 10 Jahren aufgebautes Netzwerk mit mehr als 40 unterschiedlichsten Trägern, Organisationen und Institutionen, die das Thema bearbeiten.

Auch an anderen Stellen gibt es Fachkräfte, die in ihrer Zuständigkeit und Fachlichkeit das Thema Diskriminierung in verschiedenen Facetten bearbeiten (u. a. Fachstelle LSBT*IQ¹⁹, Stabsstelle Identität, Verein Spiegelbild).

Es wird vorgeschlagen, die o. g. Akteurinnen und Akteure inkl. evtl. weiterer Expertinnen und Experten (z. B. zum Thema soziale Spaltung) zum Zwecke einer detaillierteren Konzepterstellung im Sinne der AG Dazugehören zusammenzubringen und u. a. die Ressourcen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ für die Umsetzung von konkreten Projekten zu nutzen.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet Hoch

4. Kostenabschätzung:

Laufend: 10.000 € als zusätzliche Ressource zunächst für zwei Jahre, um zusätzlich zu den vorhandenen Mitteln der Institutionen und des Programms „Demokratie leben“ Veranstaltungen, Medienkampagnen u. ä. zu finanzieren.

Nach Auslaufen des Bundesprojektes ist eine Verstetigung sicherzustellen.

Maßnahme 4: Zusammenarbeit mit LSBT*IQ und Jugendarbeit am Thema Homosexuellenfeindlichkeit

- Fördern von Projekten zum Abbau von Homosexuellenfeindlichkeit; da es zukünftig in Wiesbaden eine LSBT*IQ-Koordinationsstelle gibt, fordern wir, dass diese mit der Jugendarbeit zusammen arbeiten muss.
- Stärken, Fördern und Anerkennen von selbstorganisierter Jugendarbeit (beispielsweise in Jugendorganisationen) und im Stadtjugendring
- Starten von Kampagnen, die weit über die Jugendarbeit hinausgehen, Bsp.: RESPEKT!, „Achten statt Ächten“, „Entspannte Männlichkeiten“ etc.
- Einrichten einer niedrigschwelligen Infostelle für Jugendliche (vgl. Empfehlung des Handlungsfeld Informationsfluss)

Kommentar LQBT*IQ-Stelle:

Vorbemerkung zum Kommentar:

3 % der befragten Jugendlichen haben angegeben, in den letzten zwölf Monaten Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung/Identität erlebt zu haben (S. 127, Bild 51). Daraus ist abzuleiten, dass ein Großteil der LSBT*IQ-Jugendlichen Diskriminierung erfährt. Bei den befragten Jugendlichen wurden sexuelle Orientierung oder Zugehörigkeit zu den Gruppen trans* bzw. intersexuell nicht erhoben. Der Anteil von LGBT* in der Bevölkerung beträgt 7,4 %²⁰. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil von Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren, die sich als LSBT*IQ definieren, geringer ist: Das Durchschnittsalter beim Coming Out

¹⁹ Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer

²⁰ Dalia Research (2016): Counting the LGBT population: 6 % of Europeans identify as LGBT. <https://daliaresearch.com/counting-the-lgbt-population-6-of-europeans-identify-as-lgbt/>

beträgt etwa 17 bzw. 18 Jahre²¹. Daraus lässt sich schließen, dass LSBT*IQ-Jugendliche eine besonders von Diskriminierung betroffene Gruppe darstellen. 80 % der von Krell/Oldemeyer befragten LGBT* Jugendlichen berichten von Diskriminierung.²²

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

- Eine Zusammenarbeit von LSBT*IQ-Koordinierungsstelle mit verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit ist zu befürworten. Die Jugendarbeit ist ein wichtiger Ort sowohl für Antidiskriminierungsarbeit/Akzeptanzförderung bei Heranwachsenden als auch für Empowerment und Unterstützung von jungen LSBT*IQ.
- Sichtbarkeit in Form von Kampagnen ist ebenfalls eine gute Möglichkeit, ablehnenden Einstellungen gegenüber sexuellen Minderheiten zu begegnen.
- Eine Infostelle, die insbesondere Jugendliche anspricht, ist zu befürworten. Grundsätzlich können sich Jugendliche auch an die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle wenden und je nach Fragestellung beraten oder weitervermittelt werden.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

In München wurde unter Mitarbeit der Koordinierungsstelle „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ sowohl eine LGBT-Jugendstudie umgesetzt als auch eine Sichtbarkeitskampagne und ein LSBT*IQ-Jugendordner²³ für alle Jugendzentren entwickelt. Auch in anderen Städten sind kommunale LSBT*IQ-Fachstellen in engem Austausch mit der städtischen Jugendarbeit.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

- Fortbildung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt für pädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit.²⁴
- Bekanntmachen von möglichen Antidiskriminierungs-Workshops für Jugendliche in Jugendzentren (Projekttag des Netzwerks für Demokratie Courage (NDC)²⁵; SCHLAU Wiesbaden²⁶ adressiert eigentlich Schulklassen kann aber auch für Workshops von Jugendgruppen angefragt werden.)
- Direkte Stärkung von LSBT*IQ-Jugendlichen: geschützte Räume und Gemeinschaft schaffen
- Zusammenarbeit mit Warmes Wiesbaden e. V. (LSBT*IQ-Jugendgruppe im Aufbau)

²¹ Krell/Oldemeyer (2015): Coming Out - und dann...?!, Deutsches Jugendinstitut, S. 15

²² ebd., S. 29

²³ Der Ordner liefert: Informationen zu LSBT*, Anregungen zum Umgang mit LSBT*-Feindlichkeit bei Jugendlichen, methodische Tipps und Materialien der städtischen Jugendkampagne. Die 300 Ordner kosteten 9.500 €, davon 3.850 € für die Grafik. <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Koordinierungsstelle-fuer-gleichgeschlechtliche-Lebensweisen/Jugendliche-Lesben-und-Schwule/Jugendstudie/LGBT-Jugendordner.html>

²⁴ Die 6-stündige Inhouse-Fortbildung „Sexuelle Vielfalt“ der Pro Familia Hessen kostet für ein Team 250 €. https://www.profamilia.de/fileadmin/landesverband/lv_hessen/Sexuelle_Vielfalt_DIN_lang_RZ_web.pdf

²⁵ <https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>

²⁶ <http://wiesbaden.schlau-hessen.de/>

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Hoch

LSBT*IQ-Jugendliche sind in hohem Maße von Diskriminierung betroffen, leiden unter Minoritätenstress²⁷ und weisen eine signifikant höhere Suizidalität auf als die übrigen Jugendlichen.²⁸

5. Kostenabschätzung:

Laufend: zunächst 1.500 € pro Jahr

Die Projekttag des NDC und die SCHLAU-Besuche sind kostenlos.

Die Fortbildung „Sexuelle Vielfalt“ der Pro Familia richtet sich u. a. an Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Jugendleiterinnen und -leiter, Tageseltern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern und kostet für eine Inhouse-Schulung 250 €. Leider fehlt derzeit noch der Überblick, wie viele Teams eine solche Fortbildung in Anspruch nehmen würden.

Deshalb wird zunächst ein Pilotprojekt mit sechs Fortbildungstagen vorgeschlagen.

(6 * 250 € = 1.500 €)

Block 2: Maßnahmen für Träger der Jugendarbeit und für Fachkräfte

Maßnahme 1: Vielfalt und diskriminierungskritische Arbeit in Leistungsvereinbarungen verankern

In den Konzepten kommunaler und freier Träger der Sozialen Arbeit wird die Anerkennung von Vielfalt und diskriminierungskritischer Arbeit verankert. Dies wird in den Leistungsvereinbarungen und Leitbildern mit aufgenommen.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

In 2019 soll die Entwicklung eines „Qualitätsdialoges“ mit den freien Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit angegangen werden, in dem das Thema diskriminierungskritisches Arbeiten ein Qualitätsmerkmal bildet und in die Leistungsverträge aufgenommen wird.

Maßnahme 2: Fortbildungen für Fachkräfte zum Thema Rassismus etc.

In der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte werden die Themen Antisemitismus, Rassismus, Intersektionalität, Verschränkung von Ausgrenzungsfaktoren und Dimensionen von Diskriminierung bspw. Gender, Sexualität, Hautfarbe, Herkunft, Religion, Handicap und sozialer Statuts implementiert. Es gilt, Wissen und Kompetenz im Umgang mit diesen Mechanismen zu erwerben.

Vorbemerkung Amt für Soziale Arbeit:

Um mit Kindern und Jugendlichen demokratische Prozesse gestalten zu können, sind - neben der persönlichen Bereitschaft und Haltung von Fachkräften und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren - begleitende und ergänzende Qualifizierungsangebote für die Fachkräfte von hoher Wichtigkeit. Fortbildungen für den Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Querschnittsaufgaben sowohl für die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung als auch die Mitarbeitenden bei freien Trägern.

Die Einbindung solcher Fortbildungen in das städtische Fortbildungsprogramm und Öffnung des städtischen Fortbildungsprogrammes - evtl. auch für freie Träger - wäre sinnvoll. Möglicherweise braucht es hier eine Arbeitsgruppe oder Koordinierungsstelle, um diese Idee umzusetzen.

Sinnvoll wären gezielte Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für bestimmte Berufsgruppen (z. B. Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Verwaltungs-

²⁷ Hessischer Jugendring 2017, „Dass sich etwas ändert und sich was ändern kann“, S. 12.

²⁸ Meurer 2003: „Zur Lebenssituation junger Lesben und Schwuler - Homosexualität und Suizidalität“.

und Lehrkräfte) und/oder bestimmte Arbeitsbereiche (z. B. KiEZ) zu definierten Themen (z. B. Elternarbeit in der Einwanderungsgesellschaft).

Kommentar Personalamt:

(vgl. auch Kommentar Amt für Zuwanderung und Integration oben in Block 1)

Vorbemerkung:

Ist bisher nicht Thema der internen Fortbildungen, sollte Thema bei den Schulungen der Vorgesetzten sein. Thema wird im Bereich Ausbildung gerade mit der Jugendausbildungsververtretung besprochen.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Thema kann in eine extra Fortbildung eingebettet werden, Referentinnen bzw. Referenten müssen gesucht werden.

2. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Vortrag im Rahmen der Impulswoche Ende 2019

Wir planen eine Sommerakademie zu etablieren, d. h. verschiedene Vorträge in den Sommerferien vielleicht in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Hoch; wenn eine geeignete Referentin bzw. ein geeigneter Referent gefunden wird, kann Thema in einer ein- bis zweitägigen Schulung eingebettet werden.

4. Kostenabschätzung:

Laufend: Kosten Referentin/Referent zwischen 800 € und 1.200 €/ Tag (innerhalb des Budgets umsetzbar).

Maßnahme 3: Antidiskriminierungsberatung für Fachkräfte und Bürgerinnen und Bürger

Eine zu gründende Antidiskriminierungsstelle unterstützt Fachkräfte und Bürgerinnen und Bürger im Themenfeld:

- Beratung, Begleitung und Bildung
- Beratung von von Diskriminierung und Ausgrenzung Betroffener
- Öffentlichkeitsarbeit
- **d. h. Antidiskriminierungsberatung** unterstützt dabei, sich gegen Diskriminierung zu wehren und Rechte einzufordern. Sie bietet einen geschützten Raum, um über das Erlebte zu sprechen und Klarheit über weitere Anliegen zu gewinnen. Auf Wunsch entwickeln die Ansprechpartnerinnen und -partner Handlungsmöglichkeiten und unterstützen bei der Umsetzung.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Eine zu gründende Antidiskriminierungsstelle kann zunächst am „grünen Tisch“ von ihrem Bedarf, Umfang und Aufgabenvolumen nicht eingeschätzt werden. Zum Teil werden ähnliche Inhalte von anderen Stellen schon bedient, und es müsste sondiert werden, welche Aufgaben nicht bearbeitet werden - vor allem in Hinblick auf jugendliche Fragen. Auch ist gegenwärtig noch nicht klar, wo eine solche Stelle angesiedelt werden könnte. Die Empfehlung ist deshalb, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die das Thema näher bearbeitet.

2. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Mittel, da hohe Schnittstellen.

3. Kostenabschätzung:

Momentan nicht kalkulierbar.

Maßnahme 4: Kinder- und Jugendzentren als Anlaufstellen für von Diskriminierung Betroffener

Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren bieten eine niederschwellige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, die von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind. Dies wird in Form von persönlichen und telefonischen Sprechzeiten sowie gegebenenfalls der Vermittlung in andere Fachstellen umgesetzt.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren eignen sich als Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene. Bisher ist es für Jugendliche, die ein Jugendzentrum nicht besuchen, jedoch schlecht ersichtlich, dass es hier Ansprechpartnerinnen und -partner zu diesem Thema gibt; das wird bei der Konzeptentwicklung der Zentren mit einfließen; die Öffentlichkeitsarbeit wird überarbeitet.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Wenn Jugendliche ein Kinder-, Jugend-, und Stadtteilzentrum kennen, wenden sie sich häufig an die Mitarbeitenden mit den verschiedensten Fragestellungen.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Hoch

4. Kostenabschätzung:

Im Budget enthalten.

Maßnahme 5: Dazugehören auch als Thema in der Elternbildung

Die Fachstelle Elternbildung hat den Auftrag „Dazugehören in der Gesellschaft“ als Thema zu setzen.

Neben den bestehenden gesetzten Erziehungsthemen werden die Themen Diskriminierung und Ausgrenzung aufgenommen.

Bestehende Strukturen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (z. B. Offene Kinder- und Jugendarbeit und Schulsozialarbeit) erweitern ihr Angebot durch persönliche und telefonische Beratungszeiten für Eltern und durch entsprechende themenbezogene Bildungsangebote.

Träger der Elternbildung entwickeln Strategien zur Beteiligung von Vätern speziell zum Thema „Dazugehören in der Gesellschaft“.

Entwicklung einer Strategie zum Empowerment für von Diskriminierung betroffener Eltern und ihre Kinder.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:**1. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:**

Eines der Hauptziele der Elternbildungsangebote ist die Integration von herkunftsbenachteiligten Menschen. Dies schließt somit die Bereiche „Dazugehören in der Gesellschaft“ ebenso ein wie die Themenschwerpunkte Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die Angebote der zielgruppenorientierten Elternbildung und KiEZ greifen diese Schwerpunkte teilweise auf und bearbeiten sie in unterschiedlicher Weise mit den Teilnehmenden. Zielsetzung ist es, auch in Zukunft diesen Themenkomplex weiter auszubauen.

Für das Sachgebiet Elternbildung und frühe Hilfen wäre in diesem Zusammenhang eine Zusammenarbeit mit einer Antidiskriminierungsstelle, wie sie unter dem Punkt „Maßnahmen für Träger der Jugendarbeit und für Fachkräfte“ gefordert wird, hilfreich. Es mangelt häufig an geeigneten Referenten hinsichtlich des genannten Themenbereichs.

Ähnliches gilt für das Thema „Beteiligung von Vätern in der Elternbildung“. Selbstverständlich werden durch die Angebote der Elternbildung auch Väter angesprochen. Die Resonanz ist jedoch vergleichsweise gering. Angebotsverschiebungen in den Abendbereich oder auf Wochenenden sind Maßnahmen, die vereinzelt zu Erfolgen führen.

Weitere konkrete „Väterangebote“ scheitern derzeit häufig auch an fehlenden, männlichen Sozialpädagogen, die entsprechende Veranstaltungen anbieten können.

In den Angeboten der Elternbildung ist auch Empowerment, also die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung im Leben der Teilnehmenden, ein großes Anliegen. Es besteht jedoch immer wieder Bedarf, diesen Bereich weiter in den Fokus zu setzen und zu verstärken.

Eine Überlegung des Sachgebietes Elternbildung hierzu ist es, ggf. eine Fachtagung bzw. Fortbildungen für die Kursleitungen/Kooperationspartnerinnen und -partner zu diesem Thema anzubieten.

2. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:
Mittel**3. Kosten:**

Eine Kostenabschätzung kann derzeit nicht vorgenommen werden, da die genannten Punkte bereits in der Elternbildung platziert sind. Ausbau und Kooperationen sind geplant und somit bereits im Budget vorhanden.

Block 3: Maßnahmen für Schule und Schulsozialarbeit

Maßnahme 1: Schulsozialarbeit für alle

Maßnahme 2: Diskriminierung im Rahmenplan

Maßnahme 3: Kooperation der Akteurinnen und Akteure, um gemeinsame Bildungsräume zur Verfügung zu stellen

Maßnahme 4: Kommunale Koordinationsstelle für „Schulen ohne Rassismus“

- Schulsozialarbeit für ALLE! Gymnasien haben keine Schulsozialarbeit, berufliche Schulen nur bedingt. Dort ist die Abwertung aber genauso hoch, an beruflichen Schulen zum Teil sogar höher. Beide Schultypen brauchen mehr Schulsozialarbeit, denn diese kann präventiv wirken.
- Die Schulsozialarbeit hat einen Rahmenplan zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen durch sozialpädagogische Angebote entwickelt. In diesem Rahmenplan werden bereits folgende Themenbereiche abgedeckt: Bewegung, Ernährung, Gesundheit, Mobilität, Toleranz, Medienprävention, Suchtprävention, Schuldenprävention, Liebe/Sexualität und die Berufsorientierung/Kompetenz-Entwicklungs-Programm (KEP). Wir fordern, dass das Themenfeld Diskriminierung in den Rahmenplan der Schulsozialarbeit verpflichtend aufgenommen wird. Hier soll es um Bewusstmachung von Betroffenheit und Handlungsstrategien gegen Diskriminierung gehen. Durch die konzeptionelle Arbeit der Schulsozialarbeit wie beispielsweise Klassenbetreuung, Gruppenarbeit, Einzel- und Beziehungsarbeit ist sie ein guter Vermittler für das Themenfeld Diskriminierung.
- VERNETZUNG: Die Kooperation von Schulsozialarbeit und Jugendarbeit, insbesondere der Jugendbildungsarbeit (kommunaler und freier Träger), muss intensiviert werden. Diskriminierungskritische Bildungsarbeit soll angeboten werden und hierfür Ressourcen bereitgestellt werden, um gemeinsame Bildungsräume zu öffnen. „Dazugehören“ ist Thema an und in Schule sowie von Jugendarbeit. Gerade im Bereich der Ganztagsschule wird deutlich, dass in Kooperationen viel Potenzial für die Entwicklung von jungen Menschen liegt. Jugendarbeit (kommunaler und freier Träger) sollte auf Schulsozialarbeit und auf Schulen zugehen und umgekehrt, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Dazu sollen bestehende Strukturen der Gemeinwesenarbeit genutzt werden, bspw. Stadtteilkonferenzen, Projektverbünde etc.
- Wir fordern eine kommunale Koordinationsstelle für „Schulen ohne Rassismus“. Dieses Label ist eine Selbstverpflichtung und funktioniert gut. Die Schulen erhalten Unterstützung und Ressourcen durch einen externen Partner, um sich mit weiteren Akteuren aus Stadt und Stadtteilen zu vernetzen. Das Konzept der Bundeskoordinationsstelle sieht vor, dass es zukünftig lokale Koordinationsstellen gibt.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Vorbemerkung zum Kommentar:

Ausgehend von den Ausgangsfragen fällt auf, dass die AG in der Bearbeitung der Themen sowie den Handlungsempfehlungen überwiegend auf die Kausalität „Nicht-Dazugehören aufgrund von Diskriminierung“ eingegangen ist. Andere Fragestellungen wie zum Beispiel, was kann die Stadtgesellschaft zur Entwicklung eines gesunden Selbstwertes beitragen, sich dazugehörig und akzeptiert zu fühlen, unabhängig vom ökonomischen oder kulturellen Hintergrund, sind weniger akzentuiert behandelt worden und zeigen eher unkonkrete Handlungsempfehlungen.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Die Handlungsempfehlungen beschreiben, dass Gymnasien und berufliche Schulen nicht frei von „Abwertungen der Jugendlichen“ sind. Auszuschließen ist das nicht, valide Statistiken liegen aber zu dieser Aussage nicht vor. Es besteht ebenso kein Wissen darüber, welche sozialpädagogischen Angebote (Jugendbildungsangebote, Seelsorge, etc.) an diesen Schulen schon bestehen und in welcher Größenordnung ein zusätzlicher Bedarf notwendig wäre. Die Notwendigkeit, das komplette Leistungsspektrum der Schulsozialarbeit Wiesbaden auch hier zu installieren, lässt sich gegenwärtig fachlich nicht begründen. Die Wiesbadener Schulsozialarbeit ist an Sekundarschulen sowie beruflichen Schulen verortet, an denen tendenziell eine Häufung von besonders benachteiligten Jugendlichen angenommen wird. Grundlage als Angebot der Jugendhilfe ist § 13 (SGB VIII), der mit dem Ziel der beruflichen Integration die Benachteiligung von Jugendlichen auflösen/mindern soll.

In der Schulsozialarbeit wird in der täglichen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen fortlaufend über die gesamte Schulzeit das Thema Antidiskriminierung mit unterschiedlichen Methoden und Maßnahmen pädagogisch aufgegriffen. An Schulen mit Schulsozialarbeit kann das Thema Antidiskriminierung schulkonzeptionell nicht federführend bei der Schulsozialarbeit verortet werden. Um zu gewährleisten, dass das Thema von der gesamten Schulgemeinde gewollt und mitgetragen wird, muss es von der Schulleitung moderiert werden. Somit ist die Fokussierung des Themas Antidiskriminierung an allen Wiesbadener Schulen als Aufgabengebiet der Schulsozialarbeit zu kurz gegriffen und damit an dieser Stelle auch das Thema Schulsozialarbeit für ALLE aus unserer Sicht falsch.

Aufgrund dieser Tatsache wäre dann der Vorschlag der AG, das Thema Antidiskriminierung über eine kommunale **Koordinationsstelle für „Schule OHNE Rassismus“** an alle Schulen zu transportieren, schlüssig. Diese müsste ein Angebotsspektrum in dieser Thematik für Schulen vorhalten. Hierfür braucht es mindestens eine Sozialarbeiter-Stelle und Honorarstellen in Größenordnung einer weiteren Vollzeitstelle. Zu diskutieren wäre dann die Verortung einer solchen Koordinationsstelle für „Schule OHNE Rassismus“ wie zum Beispiel bei:

- Jugendinitiative Spiegelbild aufgrund der expliziten Fachkompetenz in der Thematik
- Evangelisches Jugendpfarramt aufgrund der expliziten Fachkompetenz in der Thematik
- Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft, da es sich neben der Kompetenz, das Thema Antidiskriminierung kompetent aufzugreifen, um einen sehr erfahrenen schulnahen Bildungsträger handelt
- Amt für Soziale Arbeit

Flankierend dazu könnte zusätzlich wie von der AG DAZUGEHÖREN empfohlen an Wiesbadener Schulen mit Schulsozialarbeit der **Baustein Toleranz** im Rahmenplan das Thema Antidiskriminierung intensiviert aufgreifen. Der Rahmenplan soll dazu beitragen, die jungen Menschen systematisch bei ihren Entwicklungsaufgaben zu unterstützen und die geforderte Ausbildungsreife zu erreichen. Die Erweiterung des Bausteins Toleranz könnte für betreute Klassen mit einem externen Kooperationspartner (siehe oben) nachhaltig verankert werden. Ungeachtet der Trägerschaft o. g. Koordinationsstelle für „Schule OHNE Rassismus“ können hier **die Jugendzentren der Jugendarbeit** in das Konzept einbezogen werden. Dies ist in der Kooperationsabsprache zwischen der Schulsozialarbeit und den Jugendzentren schon geregelt.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Die Erfahrung zeigt, bestimmte Themen, (oftmals außerhalb von Schule) von spezialisierten pädagogischen Fachkräften vorgetragen, die nicht in der Rolle der Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter stehen, zeigen oftmals eine nachhaltigere Wirkung bei den Jugendlichen.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Mittel (Sofern man die Notwendigkeit sieht, das Thema Antidiskriminierung nicht nur als Querschnittsthema, sondern zusätzlich prominent mehr an Schule zu verorten, ist die Einrichtung einer Koordinationsstelle für „Schule OHNE Rassismus“ für alle Wiesbadener Schulen und ebenso die Weiterentwicklung des Bausteins Toleranz für Schulen mit Schulsozialarbeit sinnvoll.)

4. Kostenabschätzung:

Laufend: 190.000,00 € als zusätzliche Ressource notwendig.

Koordinationsstelle für „Schule OHNE Rassismus“ (potentielle Träger s. o.):

Personalkosten analog 1 VZÄ TVöD S12:	65.000,00 €
Honorarstellen in Größenordnung einer Stelle TVÖD S8:	50.000,00 €
Sachkosten „Schule OHNE Rassismus“	15.000,00 €

Schulsozialarbeit

Baustein Toleranz:

40 Angebote/Jahr x 1.500 € pro Klasse = 60.000,00 €

gesamt: 190.000,00 €

Block 4: Maßnahmen von, für und mit Jugendlichen

Im Folgenden werden grundlegende Erkenntnisse und Forderungen von Jugendlichen zusammengefasst, die wir als Gruppe von Expertinnen und Experten unterstützen möchten.

- Wir fordern Angebote für Jugendliche, die sie für Diskriminierung und verschiedene Formen der Abwertung wie Sexismus, Antisemitismus und Rassismus sensibilisieren. Sie müssen gestärkt werden und sich Handlungsmöglichkeiten für den Umgang mit Abwertung im Alltag erarbeiten können. Dafür braucht es Begleitung und die passenden Angebote.
- Wir fordern, dass mehr für das respektvolle Miteinander von Jugendlichen untereinander und zwischen Erwachsenen und Jugendlichen getan wird. Dazu gehören bspw. auch Aktionen und Programme, die den Stereotypen und Ressentiments etwas entgegensetzen, sie entkräften. Ebenso gehört die Anerkennung von Betroffenheit zum respektvollen Miteinander. Erwachsene können häufig nicht verstehen, wie Jugendliche unter Diskriminierung leiden. Sie sollten es aber akzeptieren.
- Jugendliche müssen an allen Orten in ihrer Selbstorganisation gestärkt werden. In Schulen, Jugendeinrichtungen und vor allem in selbstbestimmten Jugendgruppen kann Selbstorganisation eingeübt werden. So können sich junge Menschen selbst den Ort der Wirksamkeit und Akzeptanz schaffen. Aktuelle Institutionen der Selbstorganisation wie der Stadtjugendring sowie seine Mitgliedsorganisationen, das Jugendparlament und der Stadtschülerrat, müssen gestärkt und unterstützt werden.

Wir fordern Mitgestaltung durch Jugendliche. In vielen Lebensbereichen können Jugendliche noch mehr mitbestimmen und mitgestalten. Dies fördert die eigene Haltung zu bestimmten Dingen, den Meinungsaustausch und auch die Identifikation. „Wo man selber was machen kann“ fühlen sich Jugendliche zugehörig.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken und Stolpersteine werden gesehen:

Zunächst müsste geprüft werden, welche Angebote es schon gibt - und welches wen erreicht und wen nicht. Daraufhin müssten zielgenaue Angebote je nach Arbeitsbereich entwickelt werden, z. B. Baustein in der Schulsozialarbeit, Qualifizierungsangebote für Teamerinnen und Teamer der internationalen Projekte sowie eine Peer-Education-Ausbildung für „Reise-Peers“, z.B. Angebote zur Unterstützung und Förderung von Selbstorganisation

(sowohl in der verbandlichen Jugendarbeit als auch für Jugendliche, die nicht organisiert sind)

- Denkbar ist es, vorhandene Angebote besser bekannt zu machen, zu vernetzen und zu nutzen, wie z. B. die Ausstellung „Mensch, Du hast Rechte“ oder die Angebote, die jugendliche Selbstorganisation unterstützen, wie z.B. Förderungen von Projekten und Förderrichtlinien.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

„Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“

In einem kooperativen Prozess „Schule gemeinsam gestalten“ arbeiten IGS Rheingauviertel (ehemals Heinrich-von-Kleist-Schule), Jugendarbeit und Schulsozialarbeit. Dieser Prozess kann eine Grundlage für ein systematisches Vorgehen in der Anbahnung, „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ zu werden, sein.

3. Die Priorität wird in den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Hoch

4. Kostenabschätzung:

Koordinierungsstelle mit Personalkosten (½ Stelle TVöD S12 inkl. Arbeitsplatz, Nebenkosten): 42.000,00 €.

Mögliche Verortung: kann im Amt für Soziale Arbeit oder bei einem qualifizierten freien Träger verortet werden.

7.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld

Maßnahmen im Bereich der Politik und Öffentlichkeitsarbeit:	
Bewusste und unbewusste Diskriminierung im Fortbildungskatalog LHW Wiesbaden	wichtig
Workshops für politisch Verantwortliche zum Thema Klassismus	wichtig
Stadtweite Kampagnen zum Thema Vielfalt	nicht so wichtig
Zusammenarbeit LSBT*IQ und Jugendarbeit am Thema Homosexuellenfeindlichkeit	wichtig
Maßnahmen für Träger Jugendarbeit und Fachkräfte	
Vielfalt und diskriminierungskritische Arbeit in Leistungsvereinbarungen verankern	wichtig
Fortbildungen für Fachkräfte zum Thema Rassismus etc.	wichtig
Antidiskriminierungsberatung für Fachkräfte	wichtig
Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren als Anlaufstellen für von Diskriminierung Betroffene	wichtig
Dazugehören als Thema auch in der Elternbildung	wichtig
Maßnahmen für Schule, Schulsozialarbeit	
Schulsozialarbeit für alle	wichtig
Diskriminierung im Rahmenplan	wichtig
Kooperation der Akteure, um gemeinsame Bildungsräume zur Verfügung zu stellen	wichtig
Kommunale Koordinationsstelle für "Schulen ohne Rassismus"	wichtig
Maßnahmen von, für und mit Jugendlichen	
Bildungsangebote zur Sensibilisierung	wichtig
Programme für respektvolles Miteinander	wichtig

Weitere Ideen der Jugendlichen beim Youth Statement:

Vielfalt zeigen, aber nicht durch komische Demos gegen Rechte, die ohne die Gegendemos keine Aufmerksamkeit kriegen -> Bsp. „Bus der Meinungsfreiheit“, wer kümmert sich um Inklusion (von Behinderten)?

7.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld

Summe A + B
Rd. 304.000 €

Übersicht Handlungsfeld Dazugehören

Ausgangspunkt(e)	Ziele	Maßnahmen (M = Zeilennummer Übersichtsliste Kap. 13) (Kostenübersicht vgl. dort)
63 % der befragten Wiesbadener Jugendlichen machen sich Sorgen um Prüfungen in der Schule bzw. der Ausbildung. Diese und weitere Ergebnisse geben einen Hinweis darauf, dass junge Menschen unter Druck stehen, das gesellschaftliche Ideal eines optimierten Lebens zu erreichen und ideal zu funktionieren - und nicht immer daran glauben, dass sie das auch schaffen können, trotz sehr guter wirtschaftlicher Lage und guten Arbeitsmarktprognosen. Die Kehrseite des Wunsches, gesellschaftliche Ansprüche erfüllen zu wollen, ist Abwertung jener, die anscheinend „anders sind“. Gut ein Drittel der Wiesbadener Jugendlichen nimmt in irgendeiner Form persönliche Diskriminierung wahr. Besonders fühlen sich junge Menschen mit Migrationshintergrund und Jugendliche mit ökonomisch beengten Lebensverhältnissen diskriminiert. Diskriminierung findet im Alltag statt - in der Schule und in der Öffentlichkeit. Jugendliche fühlen sich nicht nur von anderen diskriminiert, sie diskriminieren auch selbst: Etwa ein Viertel lehnt Hartz IV-Empfänger als Nachbarn ab.	Es müssen Räume und Gelegenheiten geschaffen werden, in denen sich Jugendliche in ihrer Unterschiedlichkeit angenommen und nicht bewertet fühlen. Politik und Öffentlichkeit Ziel sollte sein, den Abbau von Diskriminierung und die Erhöhung von Teilhabechancen als Querschnittsaufgabe von (Jugend-)Politik zu verstehen. Träger der Jugendarbeit und Fachkräfte Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu ermutigen, Vielfalt als spannende Normalität zu sehen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede wahrzunehmen und anzuerkennen sowie Handlungsspielräume im Umgang mit Ausgrenzung und Diskriminierung aufzubauen. In der Elternbildung soll „Dazugehören in der Gesellschaft“ als Thema gesetzt werden. Das schließt mit ein, auch Eltern für Diskriminierung zu sensibilisieren. Schule und Schulsozialarbeit An diesem Ort sollte das Thema Diskriminierung sowohl von Schule, Schulsozialarbeit und Jugendarbeit sensibel behandelt werden, um ein besseres Klima an Schulen positiv zu beeinflussen.	A) als <u>besonders wichtig</u> priorisiert: - Stadtweite Kampagne zum Thema Vielfalt (M 22) - Zusammenarbeit Jugendarbeit und LSBT*IQ-Stelle zum Thema Homosexualität (M 23) - Vielfalt und diskriminierungskritische Arbeit in Leistungsverträgen verankern (M 24) - Fortbildungen Fachkräfte zum Thema Rassismus (M 25) - Kinder-/Jugendzentren als Anlaufstellen für von Diskriminierung betroffenen Jugendlichen (M 27) - Maßnahmen von für und mit Jugendlichen (M 33 und 34)
		B) als <u>wichtig</u> priorisiert: - Fortbildungen zum Thema im Fortbildungskatalog LHW erweitern (M 20) - Antidiskriminierungsberatung für Fachkräfte (M 26) - Dazugehören auch als Thema in der Elternbildung (M 28) - Maßnahmen für Schule und Schulsozialarbeit (M 29-32)
		C) sonstige Prioritäten: keine

8 Handlungsfeld produktive Problembewältigung

8.1 AG Produktive Problembewältigung zur Jugendstudie

Prozessbegleitung: Claudia Eichenberg; in Grau: Texte aus dem Bericht der AG

Relevante Ausgangsbe- funde aus der Ju- gendstudie	- Das Jugendalter ist eine Zeit des Umbruchs und häufig verbunden mit vielen Fragen; aber immerhin ein Fünftel der Jugendlichen erklärt, dass sie sich bei Ärger und Problemen an niemanden wenden, was bedeutet, dass sie auf kein stützendes soziales System zurückgreifen können oder wollen. Profis (wie z. B. Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Jugendleiterinnen und -leiter oder Trainerinnen und Trainer) bzw. andere Erwachsene außerhalb der Familie spielen in der Wahrnehmung der befragten Jugendlichen nur eine sehr geringe Rolle als relevante Ansprechpersonen. - Etwa ein Zehntel der Jugendlichen fühlt sich „subjektiv benachteiligt“ bzw. mit Blick auf ihr Leben und ihre Zukunftsaussichten (sehr) unzufrieden, was allerdings - im Gegensatz zu dem, was man vermuten könnte - kaum an die Schulform gekoppelt ist. - Mehr als jede/r vierte Jugendliche in Wiesbaden verbringt seine Freizeit überwiegend alleine, bei den Jugendlichen, die mit ihrem Leben derzeit unzufrieden sind, sind es 46 %. Weitere Ergebnisse vgl. Kapitel 3.6 der Studie.
Ausgangsfragen	- Was hindert Mädchen und Jungen daran, andere Erwachsene oder Profis bei Problemen anzusprechen? - Brauchen Jugendliche, die sich unzufrieden fühlen, Unterstützung oder Angebote? Von wem können diese wo geleistet werden? - Für Jugendliche spielt in ihrer Problembewältigung die Gleichaltrigen-gruppe eine wichtige Rolle. Was bedeutet das, wenn jeder vierte seine Freizeit überwiegend alleine verbringt (oder sich „nur“ online trifft)?
Anzahl der Sit- zungen/ AG-Termine	vier AG-Treffen plus ein Sondertermin mit Sozialwissenschaftlerin, Uni Frankfurt
Regelmäßig mit- wirkende AG-Mit- glieder	- Evangelische Jugend, Jugendpastor - Amt für Soziale Arbeit, Schulsozialarbeit - Amt für Soziale Arbeit, Bezirkssozialarbeit - Amt für Soziale Arbeit, Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren - FRESKO, Qualifizierte Ausbildungsbegleitung, in Betriebe und Berufsschule (QuABB) - Stadt-Jugendpfarramt
Einbezogene Ex- pertinnen und Ex- perten	Stv. Klinikleiter Kinder- und Jugendpsychiatrie, Vitos Sozialwissenschaftlerin, „WoKi“-Studie ²⁹ , Uni Frankfurt Psychologin „Nummer gegen Kummer“ Berater „Connect“
Schwerpunktset- zungen bei den Fragestellungen (durch die Gruppe, mit Hilfe der Expertinnen und Experten,	Ein Schwerpunkt des Handlungskonzeptes soll sich auf „sozial isolierte Jugendliche“ beziehen und dies unabhängig von Alter und Schulform. Die zentrale Frage lautet: „Wo und wie können wir diese erreichen“?

²⁹ Studie zur Frage „Wohin Kinder sich wenden“.

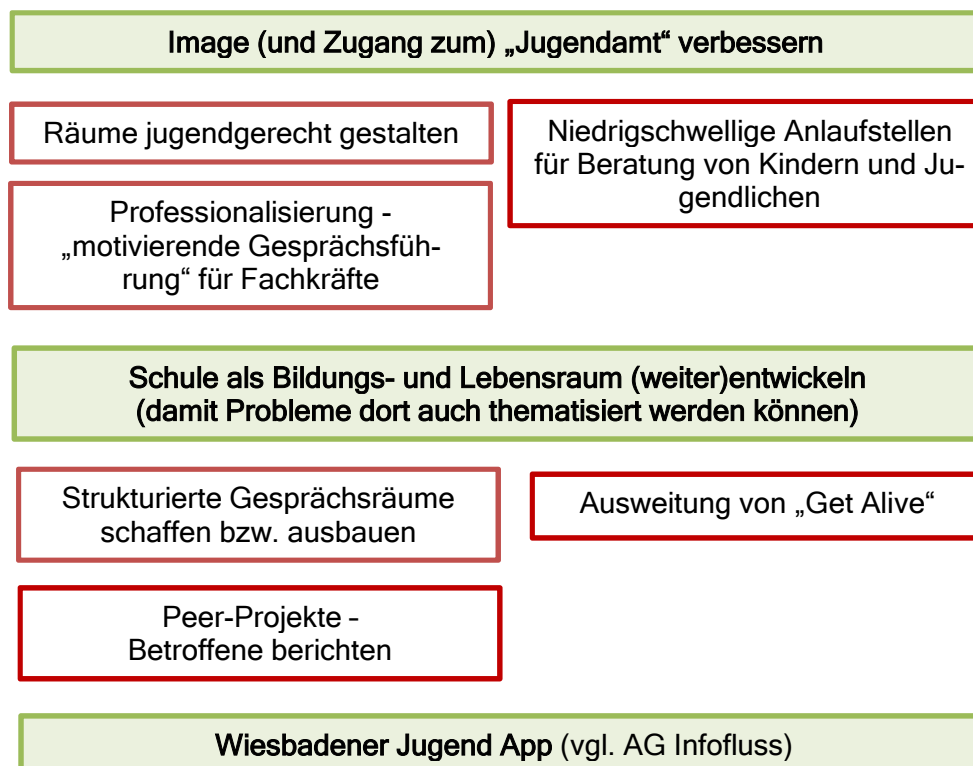
durch tiefergehende Analyse ...) inkl. Begründung!	
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen	• Wir benötigen Aussagen von diversen Jugendlichen, welche Angebote und Kommunikationsangebote sie nutzen würden. • Über welche Themen fällt es Jugendlichen schwer zu reden? • Was finden Jugendliche als gutes Mittel, um in Kontakt zu gehen und was braucht es dazu?
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen	Die Ergebnisse der Jugendstudie zeigen, dass sich Jugendliche bei Problemen hauptsächlich an Freundinnen und Freunde wenden, teilweise auch an die eigene Familie. Dies deckt sich mit den Aussagen befragter Jugendlicher. Voraussetzung hierfür ist ein entsprechender Freundes- oder Familienkreis. Doch selbst hier gibt es Themenbereiche, über die man mit Freunden oder Familie nicht sprechen möchte. Hierzu zählen z. B. Sexualität, psychische Probleme und emotional besetzte Themen, welche ein Gefühl von Schwäche und Ohnmacht abbilden. Die Hemmschwelle sich diesbezüglich an den Freundeskreis zu wenden, setzt sich noch intensiver im angedachten Austausch mit Erwachsenen fort. Die als sensibel und unangenehm erlebten Themen werden von einem Gefühl von Scham begleitet. Scham macht stumm und führt nicht selten zu innerer und auch äußerer Isolation. Die Angst, als wehrlos, schwach oder als sogenanntes „Opfer“ zu gelten, ist häufig so hoch, dass Jugendliche sensible Themen nicht im direkten Gespräch mit Freundinnen oder Freunden und schon gar nicht mit Erwachsenen im persönlichen Kontakt thematisieren. Um solche schambesetzten Themen überhaupt zu offenbaren, braucht es ein sehr niedrigschwelliges Angebot, welches von Anonymität geprägt ist. Die bevorzugte Kontaktaufnahme erfolgt über sogenannte Online-Angebote, die man in schriftlicher Form nutzen kann, um ein Erkennen der Person auszuschließen. (Siehe hierzu auch die Aussagen von Jugendlichen im Kurzfilm).
Weitere relevante Forschungsbefunde zu den Ausgangsfragen	Fachliche Recherche zum Thema Scham im Jugendalter: Die Funktion von Scham besteht in der Aufgabe von Schutz, Zugehörigkeit und Integrität. Dem Schutz eigener Grenzen, dem Gefühl nach Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und dem Gefühl, mit sich selbst eins sein zu können (vgl. Mark, 2009). Die Übergangsphase vom Jugendlichen zum Erwachsenen ist von vielen Veränderungen geprägt und führt somit fast zwangsläufig ein Gefühl von Unsicherheit mit sich. „Adoleszenz ist die seelische Auseinandersetzung mit den körperlichen und psychosozialen Veränderungen an der Schwelle zum Erwachsenwerden“ (Resch, 1999, S. 294). Die damit verbundene Unsicherheit erstreckt sich auch in den Bereich sozialer Beziehungen. Nicht selten entsteht im Jugendalter auch ein Gefühl „sozialer Angst“, das je nachdem, wie sicher die bisherigen sozialen Beziehungen verlaufen sind, mehr oder weniger stark ausgeprägt sein kann. Es ist davon auszugehen, dass bei sozial isolierten Jugendlichen das Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft nicht vorhanden oder gewünscht ist. Dies ist auf erfahrene Grenzüberschreitungen, mangelnde Anerkennung oder Mobbing zurück zu führen. Der Rückzug auf sich selbst gilt als Abwehrmaßnahme erlebter Scham im sozialen Miteinander. Nicht selten ist der soziale Rückzug mit einer Flucht in mediale Welten verbunden, welche eine neue Identität und damit einhergehend eine neue und eventuell machtvoll erlebte Rolle ermöglichen. Die erlebte Ohnmacht im sozialen Miteinander

	erlebt eine Form von Kompensation des schmerzlich erlebten Gefühls und ermöglicht positive Erlebnisse, welche wiederum die Isolation aus dem realen sozialen Gefüge vorantreibt. Umso wichtiger ist es, diese Jugendlichen an Orten zu erreichen, wo sie sich zwangsläufig hinbegeben müssen. Hierbei zählt der Ort Schule zu einem der Anlaufpunkte, um isolierte Jugendliche in Persona erreichen zu können. Direkte Ansprachen dürften hierbei eher kontraproduktiv wirken. Vielmehr sollte durch Themenschwerpunkte im Unterricht die Enttabuisierung von Scham erfolgen und zudem das Leben in medialen und realen Welten zum Thema werden, um diese Jugendlichen zu erreichen und nebenbei oder im Rahmen von Peer-Projekten mögliche Beratungs- und Anlaufstellen zu etablieren. Aus Input des stv. Klinikleiters Kinder- und Jugendpsychiatrie, Vitos: • Problemlagen der Jugendlichen unterscheiden sich nicht signifikant von denen früherer Jahre. • Mediale Welten bestimmen die Kommunikation; Jugendliche sind heute weniger auf ihre direkte Umwelt angewiesen. • Jugendliche, die sozial isoliert sind, sind oft eher unauffällig und gehen in ihrer „Isolation“ eher unter. • Haltung von „Multiplikatoren“ wichtig für die Inanspruchnahme von Hilfe/Image • Professionalisierung/Haltung/Fortbildung („Das Problem willkommen heißen.“); breitangelegte Fortbildung in Jugendämtern, Schulen Sozialwissenschaftlerin, Uni Frankfurt: • Für Kinder/Jugendliche ist mit Blick auf die Fachkräfte entscheidend, dass sie a) als Personen erst einmal vertrauenswürdig sind, b) im Dialog den Kindern/Jugendlichen Glauben schenken und c) danach etwas unternehmen, um dem Kind/Jugendlichen zu helfen. • Das Kind selbst muss drei Schritte vor der Inanspruchnahme von Hilfe bewältigen: 1) den eigenen Hilfebedarf erkennen, 2) die eigene Ohnmacht überwinden, 3) die eigene Abhängigkeit überwinden. • Deshalb gilt es niedrigschwellige Angebote zu installieren, welche den Kommunikationswegen von Kindern und Jugendlichen entsprechen (App für Kinder und Jugendliche zur Kontaktaufnahme). Psychologin „Nummer gegen Kummer“: • Große Mehrheit (66 %) der Jugendlichen, die sich an „Nummer gegen Kummer“ wenden (insg. 2017: 1.853 Beratungen), geben an, Probleme mit sich selbst zu haben (21 % mit anderen Kindern und Jugendlichen, 13 % mit Erwachsenen). • Kommunikationsverhalten hat sich geändert: Rückgang bei telefonischen Anfragen, aber auch bei E-Mail • Dringende Anpassung neuer Kommunikationswege in Form einer App für Kinder und Jugendliche; ist beim Bundesvorstand platziert • Jugendliche als Ansprechpartner werden von anrufenden Kindern und Jugendlichen als Gegenüber in der Beratung favorisiert. • Kontaktaufnahme über „Anmache“ oder „Scherzanrufe“, um Beratende zu testen - Hemmschwelle, auf eigene Bedürftigkeit adäquat zu reagieren • Jugendamt hat schlechten Ruf bei Kindern und Jugendlichen, die Gestaltung der Räumlichkeiten schafft Distanz und keine Nähe; dringender
--	---

	Bedarf eines kinder- und jugendfreundlichen optischen Auftretens; bessere Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in „motivierender Gesprächsführung“; Einführung eines Kinder- und Jugendbüros in ansprechendem Gebäude und Räumlichkeiten und speziell geschultem Personal • In öffentlichen Kontexten wie Schule bedarf es proaktiver Ansprache, um Hilfsangebote zu unterbreiten. Scham verhindert häufig den Gang zu Ansprechpersonen. Frage nach Möglichkeiten der Kontaktaufnahme (anonym). • Breitflächige Info an Schulen und intensivere Kooperation mit Beratungsstellen – größeres Interesse des Lehrpersonals an diesen Themen. Berater „Connect“: • <i>Connect Wiesbaden wird in Kooperation mit den beruflichen Schulen Schulze-Delitzsch-Schule, Louise-Schroeder-Schule, Kerschensteiner-Schule, Friedrich-Ebert-Schule und der Schulsozialarbeit Wiesbaden durchgeführt und dient der Beratung von Schülerinnen und Schülern.</i> • Angebot ist immer noch relativ unbekannt. Lehrpersonal steht Angebot überwiegend positiv gegenüber. • An der Schule gibt es keine Plakate oder aufmerksamkeitsbindende Aktionen, um auf das Angebot hinzuweisen. • Die erste Kontaktaufnahme erfolgt schriftlich und wird in einen Briefkasten geworfen. E-Mail-Kontakt ist nicht möglich. • Der Termin kann bei einer Person der Wahl platziert werden. • Insgesamt ist auffallend, dass es in Wiesbaden vielfältige Beratungsangebote gibt, welche jedoch ein „Inseldasein“ führen. Eine sinnvolle und aktiv betriebene Vernetzung existiert nicht.
Ergebnisse der weiteren Problemanalyse der AG	• Schule ist der Ort, an dem auch die sozial isolierten Jugendlichen, rein theoretisch, zu erreichen sind. • Individuelle Problemlagen sind, gerade in der Zeit von Pubertät, sehr schambesetzt. Es bedarf eines von Anonymität gekennzeichneten Kommunikationsweges, welcher sich als sehr niedrigschwellig ausweist und die Möglichkeit zu einer „Beratung“ zu diversen Themen bietet. • Image von Jugendamt, Psychiatrie und diversen Beratungsstellen ist eher negativ besetzt. • zu wenig Bekanntheit und Vernetzung von Beratungsangeboten in Wiesbaden
Auf Problemanalyse fußende Ziele	• Jugendliche fühlen sich in ihrer Übergangssituation und der damit verbundenen Thematik und Problematik wahrgenommen. • Schule als „Lebensraum“ bietet die Möglichkeit und den Raum für die Auseinandersetzung mit lebensweltorientierten Themen von Jugendlichen und ist entsprechend vernetzt. • Fachkräfte, die mit Jugendlichen täglich zu tun haben (z. B. Lehrkräfte), können psychosoziale Unterstützungsbedarfe erkennen und den Weg zu gezielter Beratung und Hilfe „ebnen“. • Schulsozialarbeit bietet Wege von niedrigschwelliger Kontaktaufnahme an und beachtet somit die Schamgrenze ihrer „Klientel“. • Jugendliche finden durch adäquate Kommunikationswege den Kontakt zu einer fachlich adäquaten/niedrigschwelligen und jugendorientierten Beratung. • Jugendamt, Psychiatrie und andere Anlaufstellen werden von den Jugendlichen als Orte der Unterstützung in Problemlagen wahrgenommen. • Gestaltung einer Plattform für Wiesbadener Jugendliche, welche einen Überblick über Beratungsangebote für Jugendliche bietet.

Auf Problemanalyse fußende Ziele	• Jugendliche fühlen sich in ihrer Übergangssituation und der damit verbundenen Thematik und Problematik wahrgenommen. • Schule als „Lebensraum“ bietet die Möglichkeit und den Raum für die Auseinandersetzung mit lebensweltorientierten Themen von Jugendlichen und ist entsprechend vernetzt. • Fachkräfte, die mit Jugendlichen täglich zu tun haben (z. B. Lehrkräfte), können psychosoziale Unterstützungsbedarfe erkennen und den Weg zu gezielter Beratung und Hilfe „ebnen“. • Schulsozialarbeit bietet Wege von niedrigschwelliger Kontaktaufnahme an und beachtet somit die Schamgrenze ihrer „Klientel“. • Jugendliche finden durch adäquate Kommunikationswege den Kontakt zu einer fachlich adäquaten/niedrigschwelligen und jugendorientierten Beratung. • Jugendamt, Psychiatrie und andere Anlaufstellen werden von den Jugendlichen als Orte der Unterstützung in Problemlagen wahrgenommen. • Gestaltung einer Plattform für Wiesbadener Jugendliche, welche einen Überblick über Beratungsangebote für Jugendliche bietet.
Handlungsvorschläge und Handlungsschritte der AG	Vgl. Abschnitt Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

8.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Produktive Problembewältigung



8.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen

Jugendamt/Image:

- Räumlichkeiten kinder- und jugendorientiert gestalten, Projektausschreibung „Willkommen im Jugendamt“ - Räumlichkeiten, die einladend wirken
- Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche - Kinder- und Jugendberatungsstelle mit entsprechend niedrigschwelligen Kommunikationswegen einrichten
- flächendeckende Fortbildung im Bereich „Motivierender Gesprächsführung“ - Professionalisierung und zugewandte Haltung im Kontakt mit Kindern, Jugendlichen und Eltern

Schule als Bildung- und Lebensraum:

- Schule als Ort, an dem sich Jugendliche zwangsläufig aufhalten müssen, birgt die Chance von Erreichbarkeit. Selbst sozial isolierte Jugendliche finden sich an diesem Ort ein. Diese Chance gilt es zu nutzen und Schule auch als Ort von Begegnung zu begreifen und die Jugendphase als Übergangsphase mit entsprechenden Problemlagen zu erkennen, bei gleichzeitigem Respekt für schambesetzte Themen. Das Ziel wäre die Etablierung eines strukturierten Gesprächsraumes für Jugendliche und ihre Themen im Schulsystem. Dies wäre z. B. in Form von „Themenstunden“ möglich, welche vom Lehrpersonal oder der Schulsozialarbeit in Kooperation mit Beratungsstellen gestaltet werden, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Vorstellbar wäre, dass sich Vertrauenslehrerinnen und -lehrer als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren entsprechendes Wissen aneignen und in Form von kollegialer Beratung/Schulung Wissen im Kollegium platzieren. Denkbar wäre diese Aufgabe mit erhöhtem Stundensatz auch durch die Schulsozialarbeit, wobei diese nicht an allen Schulformen vertreten ist. Die Studie zeigt jedoch auf, dass Problemlagen von Jugendlichen unabhängig von der Schulform beachtet werden wollen.
- In Themenstunden werden Anliegen des Jugendalters (Liebeskummer, körperliche Veränderungen, erster Sex, Mobbing, Selbstwert, Identität etc.) aufgegriffen und in attraktiver und ansprechender Form (Facebook-Profil, Kontaktbörsen, Filme etc.) thematisiert, ohne dass ein persönlicher Bezug zum Thema hergestellt werden muss. Dies ist als aktives Angebot an die Jugendlichen zu verstehen und erfolgt nicht auf Nachfrage, mit dem erklärten Ziel: Kommunikation fördern, Hemmschwellen abbauen, Informationsfluss forcieren, Angebote etablieren.
- Die Schulsozialarbeit könnte im Rahmen der Stufe 1 in Zusammenarbeit mit den Klassenlehrerinnen und -lehrern Themenstunden gestalten und den Prozess methodisch mitgestalten.
- Um ein diesbezügliches regionales Angebot zu etablieren, bedarf es der Stadt Wiesbaden, um im Gespräch mit dem Staatlichen Schulamt bzw. den Schulleitern Bedarfe aufzuzeigen und ein Konzept hinsichtlich der Umsetzungsmöglichkeiten zu erörtern und in die Umsetzung zu bringen. Hierzu könnte es ein Pilotprojekt an einer Schule unter dem Titel „take part“ geben, um Impulse zu sammeln, bevor man in eine flächendeckende Umsetzung geht.
- angedachte Peer-Projekte, „ehemalige Betroffene“ berichten in Schulklassen von individuellen Problemlagen und Bewältigungsstrategien (Migration, soziale Isolation, depressive Verstimmung, soziale Benachteiligung etc.)
- Kooperation mit Beratungsstellen und Ausweitung des Projektes „Get a life!“, Entwicklung einer Konzeption zu gezieltem Informationsfluss (Beratungsstellenverzeichnis auf Schulhomepage, Jahrgangsveranstaltungen in Kooperation mit Beratungsstellen, „Get a life“ jährlich für alle 8. Jahrgangsstufen). (https://www.wiesbaden.de/vv/medien/merk/31/AG_Impuls__112016.pdf)
- Schulsozialarbeit (nur teilweise vorhanden) bietet ein Angebot niedrigschwelliger Kontaktaufnahme für Kinder und Jugendliche in Form einer E-Mail-Adresse an Schulen an, perspektivisch für alle Schulformen, da die individuell empfundenen Problemlagen unabhängig von bestimmten Schulformen zu betrachten sind.

- einheitlicher Auftritt der Schulsozialarbeit auf der Homepage der jeweiligen Schule mit wichtigen Standards (Foto, persönlichen E-Mail-Adressen, Ansprache und Inhalte - informativ, vertrauenerweckend und einladend).

Stadtprojekt: Jugendfreundliches Wiesbaden Wiesbadener Jugend-App

- moderne Plattform für Jugendliche mit der Bündelung wichtiger Themen zu Events, Freizeitangeboten, Ausbildung/Beruf und Beratung
- niedrigschwelliges Angebot für Jugendliche an Info/Austausch und Unterstützung
- Kooperationspartner aus Wirtschaft und Handwerk
- Praktikums- und Ausbildungsbörse
- regionale Orientierung und konkrete Ansprechpersonen bei benötigter Hilfestellung
- breite Kommunikation durch Peer-Projekte an Schulen sowie finanzierte Werbeprojekte durch Kooperationspartner

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Vorbemerkung zum Kommentar:

- Die Handlungsempfehlung **Stadtprojekt: Jugendfreundliches Wiesbaden, Wiesbadener Jugend-App** wird im Kontext der AG Informationsfluss bearbeitet.
- Die Handlungsempfehlungen sprechen allgemein vom Jugendamt. Wir nehmen an, dass tendenziell die Bezirkssozialarbeit gemeint ist, übertragen die Anregungen aber auf andere Angebote des Amtes für Soziale Arbeit wie Jugendzentren/Stadtteilzentren, Schulsozialarbeit sowie die Betreuenden Grundschulen als Schulsozialarbeit an Grundschulen.
- Ein großer Teil der Verantwortung für die Umsetzung der Handlungsvorschläge liegt auch bei den Schulen selbst; die Schulen bzw. das Staatliche Schulamt wurden im ersten Schritt noch nicht an der Kommentierung beteiligt, aber über den Prozess und Ergebnisse informiert und um Ideen zu möglichen Umsetzungsschritten gebeten.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

1.1. Image Jugendamt

Mit der Interpretation der Ergebnisse der Jugendstudie darf zunächst davon ausgegangen werden, dass der Großteil der Jugendlichen bei Problemen das Elternhaus, die in Beziehung stehenden Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und Lehrkräfte sowie die Angebote der Bezirkssozialarbeit nutzt. Dies korrespondiert zumindest mit den Fallzahlen der Schulsozialarbeit sowie der Bezirkssozialarbeit. Dennoch besteht Konsens, dass wir uns besonders um die Wenigen kümmern müssen, die trotz der reichhaltigen Angebote den Weg zur Unterstützung nicht finden, und dass eine Auseinandersetzung erfolgen muss, wie die Angebote innerhalb und außerhalb des Jugendamtes noch sichtbarer werden und eine adäquate Ansprache der Kinder und Jugendlichen nachhaltig sichert.

Bezogen auf die Bezirkssozialarbeit sind die von der AG aufgeworfenen Ideen und Fragestellungen in einem aktuellen Organisations-Entwicklungs-Prozess bereits identifiziert, bislang wurden aber keine Haushaltsmittel zur Lösung bereitgestellt.

Entsprechend werden die Handlungsempfehlungen in den Fachabteilungen Schulsozialarbeit, Sozialdienst, Jugendarbeit und Betreuende Grundschulen aufgegriffen und auf Umsetzung überprüft. Zusätzlich soll geprüft werden, ob in den Einrichtungen der Abteilungen noch einmal besonders auf das niederschwellige Beratungsangebot „Nummer gegen Kummer“ aufmerksam gemacht werden könnte. In den beruflichen Schulen erfolgt schon in diesem Jahr der besondere Hinweis auf das Beratungsangebot CONNECT.

Die Räumlichkeiten, in denen Kinder und Jugendliche besonders in Krisensituationen empfangen werden, werden auf eine ansprechende Atmosphäre überprüft und bei Zusetzung von Haushaltsmitteln neu gestaltet.

Weiterhin besteht ein hohes Interesse, niedrigschwellig und gut in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen zu kommen. Das erhöht die Chance, rechtzeitig auf Probleme reagieren zu kön-

nen. Dadurch erhöhen sich die Interventionsmöglichkeiten. Vor allem für die Bezirkssozialarbeit ist es besonders schwierig, aufgrund der differenten Aufträge Vertrauen bei Eltern und Kindern aufzubauen (Hilfe zur Erziehung versus Wächteramt bei Kindeswohlgefährdung, Jugendhilfe im Strafverfahren, etc.) und bedarf besonders sensibles Vorgehen in der Fallbearbeitung. Hier müssen durch die rechtliche Situation bei Jugendlichen immer auch die Eltern mitgedacht werden, was den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu den Jugendlichen noch einmal schwieriger machen kann.

Eine hohe Priorität wird daher in geeigneten **Weiterbildungen aller BSA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter zum Thema Gespräche mit Kindern und Jugendlichen** gesehen. Oft entscheidet sich im Erstkontakt, ob eine gute Arbeitsbeziehung entstehen kann.

Darüber hinaus könnte eine **Jahrestagung für Kolleginnen und Kollegen der niedrigschwelligen Angebote (Schulsozialarbeit, Jugendzentren, Betreuende Grundschulen)** entwickelt werden, die die Lotsenfunktion zu den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirkssozialarbeit herstellen und verbessern könnte, um weiterhin Hemmschwellen abzubauen und „warme“ Übergänge zu schaffen.

1.2. Schule als Bildungs- und Lebensraum

Die Ideen der Arbeitsgruppe (wie z. B. Etablierung eines strukturierten Gesprächsraumes für Jugendliche und ihre Themen im Schulsystem, „Themenstunden“, Schulsozialarbeit bietet ein Angebot niedrigschwelliger Kontaktaufnahme für Kinder und Jugendliche in Form einer E-Mail-Adresse an Schulen, einheitlicher Auftritt der Schulsozialarbeit auf der Homepage der jeweiligen Schule, etc.) werden in der Konzeptentwicklung der Schulsozialarbeit, aber auch in anderen Fachbereichen überprüft.

1.3. Angedachte Peer-Projekte

Die Idee, „ehemalige Betroffene“ berichten in Schulklassen von individuellen Problemlagen und Bewältigungsstrategien, werden aus fachlicher Sicht als bedenklich angesehen.

1.4. Eine Ausweitung des Konzeptes „Get Alive“

Ist nicht machbar, da viele Einrichtungen mitwirken. Das Projekt Get Alive wird jedoch jährlich reflektiert und weiterentwickelt.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Zu den Handlungsvorschlägen gibt es nur Erfahrung zum Punkt „Gesprächsführung“. Hier wurde die Erfahrung gemacht, dass es nicht ausreicht, eine einmalige Veranstaltung zum Thema „wie spreche ich mit Kindern“ zu machen.

Von der notwendigen positiven Haltung, den Weg der verbesserten Kommunikation, Transparenz und Kooperation zwischen den Fachabteilungen des Amts für Soziale Arbeit, aber auch externen Unterstützungsangeboten in Wiesbaden, kann ausgegangen werden

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

- 1.1. Hoch
- 1.2. Mittel
- 1.3. Niedrig
- 1.4. Niedrig

4. Kostenabschätzung

Einmalig: **100.000,00 €** (zusätzliche Ressource), um Räumlichkeiten besonders in den Standorten der Bezirkssozialarbeit einladend zu gestalten.

Laufend: **20.000,00 € pro Jahr** (zusätzliche Ressource) für nachhaltige Fortbildungsangebote zu den Themen Gesprächsführung und Vernetzung.

8.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld

Image (und Zugang zum) "Jugendamt" verbessern	
Räume jugendgerecht gestalten	wichtig
Professionalisierung - "motivierende Gesprächsführung" für Fachkräfte	wichtig
Niedrigschwellige Anlaufstellen für Beratung von Kindern und Jugendlichen	wichtig
Schule als Bildungs- und Lebensraum (weiter-)entwickeln (damit Probleme dort auch thematisiert)	
Strukturierte Gesprächsräume schaffen bzw. ausbauen	wichtig
Peer-Projekte - Betroffene berichten	wichtig
Ausweitung Get Alive	wichtig

Weitere Ideen der Jugendlichen beim Youth Statement:

Nicht in einer App.

Ich fände eine App gut.

Summe A + B
Einmalig 100.000 €
lfd. 20.000 €

8.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld

Übersicht Handlungsfeld produktive Problembewältigung		
Ausgangspunkt(e)	Ziele	Maßnahmen (M = Zeilennummer Übersichtsliste Kap. 13) (Kostenübersicht vgl. dort)
Ein Fünftel der Jugendlichen erklärt, dass sie sich bei Ärger und Problemen an niemanden wenden, was bedeutet, dass sie auf kein stützendes soziales System zurückgreifen können oder wollen. Etwa ein Zehntel der Jugendlichen fühlt sich „subjektiv benachteiligt“ bzw. mit Blick auf ihr Leben und ihre Zukunftsaussichten (sehr) unzufrieden. Mehr als jede/r vierte Jugendliche in Wiesbaden verbringt seine Freizeit überwiegend alleine, bei den Jugendlichen, die mit ihrem Leben derzeit unzufrieden sind, sind es 46 %.	Jugendliche fühlen sich in ihrer Übergangssituation und der damit verbundenen Thematik und Problematik wahrgenommen. Schule als „Lebensraum“ bietet die Möglichkeit und den Raum für die Auseinandersetzung mit lebensweltorientierten Themen von Jugendlichen und ist entsprechend vernetzt. Fachkräfte, die mit Jugendlichen täglich zu tun haben (z. B. Lehrkräfte), können psychosoziale Unterstützungsbedarfe erkennen und den Weg zu gezielter Beratung und Hilfe „ebnen“. Schulsozialarbeit bietet Wege von niedrigschwelliger Kontaktaufnahme an und beachtet somit die Schamgrenze ihrer „Klientel“. Jugendliche finden durch adäquate Kommunikationswege den Kontakt zu einer fachlich adäquaten/niedrigschwelligen und jugendorientierten Beratung. Jugendamt, Psychiatrie und andere Anlaufstellen werden von den Jugendlichen als Orte der Unterstützung in Problemlagen wahrgenommen. Gestaltung einer Plattform für Wiesbadener Jugendliche, welche einen Überblick über Beratungsangebote für Jugendliche bietet.	A) als <u>besonders wichtig</u> priorisiert*: Räume (im Jugendamt) jugendgerecht gestalten (M 35) - Professionalisierung - „motivierende Gesprächsführung für Fachkräfte (M 36) - Niedrigschwellige Anlaufstellen für Jugendliche (M 37)
		B) als wichtig priorisiert*: Schule als Bildungs- und Lebensraum (weiter-)entwickeln, damit Probleme auch dort thematisiert werden können (M38-40)
		C) sonstige Prioritäten*: keine

* „besonders wichtig“: von mindestens zwei Gruppen als hoch bzw. wichtig priorisiert;

„wichtig“: von einer Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert; sonstige Prioritäten: höchstens mittlere Priorität.

9 Handlungsfeld Partizipation

9.1 AG Partizipation zur Jugendstudie - Prozessbegleitung

Prozessbegleitung: Sabine Vogt; in Grau: Texte aus dem Bericht der AG

Relevante Ausgangsbe- funde aus der Ju- gendstudie	<i>(vgl. S. 36 - 38 der Präsentation Jugendstudie sowie Kapitel 3.7.3 bis 3.7.6 des Jugendberichtes)</i> • Etwa ein Drittel der befragten Jugendlichen meint, es gäbe in Wiesbaden nicht genug Möglichkeiten, eigene Interessen und Ansichten einzubringen und etwas zu bewegen. • Nur 22 % haben den Eindruck, die Beteiligungsmöglichkeiten würden ausreichen. • Die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten sind den Jugendlichen nur zum Teil bekannt, und wenn sie bekannt sind, werden sie selten genutzt. • Nur 7 % der Jugendlichen gehen davon aus, Einfluss auf das Geschehen in der Stadt zu haben - 30 % fühlen sich machtlos. Vor allem Jugendliche, die ihre Einkommenssituation schlecht bewerten, haben den Eindruck machtlos zu sein (50 %).
Ausgangsfragen	• Welche Relevanz sollen in Wiesbaden Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche haben? Wie können Jugendliche in den sie betreffenden Fragen auf jugendgerechtem Weg gehört und miteinbezogen werden? • Können die Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher in ihrem Stadtteil und ihrer Lebenswelt (Schule, Ausbildung, Freizeit) ausgeweitet werden? Was braucht es hierfür? • Es gibt Beteiligungsmöglichkeiten in Wiesbaden, aber sind das die richtigen Formate? Könnten sie verbessert werden? • Wie kann bei politischen Entscheidungen der Blickwinkel Jugendlicher miteinbezogen werden? • Wie könnte besser über Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden?
Anzahl der Sit- zungen/ AG-Termine	vier
Regelmäßig mit- wirkende AG-Mit- glieder	• Evang. Stadtjugendpfarramt/Dekanatsjugendreferent • Evangelisches Stadtjugendpfarramt • Amt für Soziale Arbeit, Jugendarbeit, Beauftragte für Kinder- und Jugendbeteiligung • Stadtjugendring/Jugendbildungsreferentin • Dez. I/OB, Stabsstelle Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung (WIEB) (2 Personen)
Einbezogene Ex- pertinnen und Ex- perten	keine (außer den Projektgruppen-Mitgliedern)
Schwerpunkt-set- zungen bei den Fragestellungen (durch die Gruppe, mit Hilfe der Expertinnen	Hypothese: Die Wiesbadener Jugendlichen fühlen sich schlecht/wenig beteiligt, weil es an einem ganzheitlichen Konzept zur Jugendbeteiligung in Wiesbaden fehlt. Es gibt zwar institutionelle Formen und viele situative Projekte, jedoch sind diese meist nicht miteinander vernetzt und den Jugendlichen bekannt.

und Experten, durch tiefergehende Analyse) inkl. Begründung	
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen	In der Projektgruppe hat keine Jugendbeteiligung stattgefunden. ³⁰
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen	
Weitere relevante Forschungsbe-funde zu den Ausgangsfragen	• Broschüre „jungbewegt - Dein Einsatz zählt.“/Bertelsmann Stiftung • Broschüre „mitWirkung! in der Praxis“/Bertelsmann Stiftung • Dokumentation des Nürnberger Jugendpartizipationsmodells „laut“ • Bestandsaufnahme kommunaler Kinder- und Jugendförderpläne in NRW • Broschüre: Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) • Dokumentation „In Zukunft mit uns“ - Jugendbeteiligung in der Kommune/Baden-Württemberg Stiftung • Artikel: Politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen/Deutsche Jugend, 66. Jg, 2018 • Artikel: „So den kleinen Revolutionär in mir rauskitzeln“/Deutsche Jugend, 66. Jg., 2018
Ergebnisse der weiteren Problemanalyse der AG	• Die verschiedenen Akteure haben wenig Gesamtüberblick. • Es gibt keinen Gesamtplan. • Was funktioniert an Partizipation (und was nicht) ist bislang nicht systematisch ausgewertet worden. • ...
Auf Problemanalyse fußende Ziele oder: Was ist der zu verändernde Zustand?	siehe Anlage
Handlungsvorschläge und Handlungsschritte der AG	Vgl. Abschnitt 9.3

³⁰ Hier weiter diskutieren!

9.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Partizipation

Aktionsplan Jugendbeteiligung (mit Kick-off-Veranstaltung)

Fachstelle Jugendbeteiligung

Jährliche Jugendkonferenz

9.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen

Die Projektgruppe empfiehlt die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes/Aktionsplanes zur Beteiligung von Jugendlichen in Wiesbaden.

Dabei sind Jugendliche zwischen 14 - 18 Jahren maßgeblich im Fokus, anlassbezogen jedoch auch 12 - 21-Jährige gemeint.

Ziel des Aktionsplans ist die Verbesserung der Beteiligung und der Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in Wiesbaden.

Teilziele

- Eine Gesamtschau über die Wiesbadener Jugendbeteiligungsmöglichkeiten ist erstellt, bekannt und kann von Jugendlichen und Fachkräften genutzt werden. Diese wird regelmäßig aktualisiert.
- Die Beteiligungsmöglichkeiten sind beschrieben und anhand fachlicher Kriterien evaluiert.
- Mehr Jugendliche in Wiesbaden fühlen sich beteiligt.
- Mehr Jugendliche in Wiesbaden beteiligen sich.
- Bei allen Vorhaben der Stadt(verwaltung) wird Jugendbeteiligung mitgedacht, geprüft und, sofern sinnvoll umgesetzt.
- Die Jugendbeteiligungsmöglichkeiten in Wiesbaden nehmen qualitativ und quantitativ zu.
- Die Beteiligungsrechte von Jugendlichen sind umgesetzt.

Ausgangslage

Die „Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ regeln seit 2016 per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung frühzeitige, freiwillige Beteiligungsprozesse in den Projekten der Verwaltung.

Die Leitlinien sehen vor, dass entsprechend dem Vorhaben von den jeweiligen Fachämtern (unterstützt durch die Stabsstelle Bürgerbeteiligung) individuelle und zielgruppenorientierte Beteiligungskonzepte erstellt werden sollen. Eine besondere Schwierigkeit und Herausforderung stellen dabei schwer erreichbare Zielgruppen dar, die durch Beteiligungsangebote nicht oder nur selten erreicht werden können (oder wollen). Zu diesen schwer erreichbaren Zielgruppen können auch Jugendliche gezählt werden.

Ein umfassendes Beteiligungskonzept für Jugendliche ist in Wiesbaden nicht vorhanden. Jede Einrichtung, Institution oder Verein arbeitet nach eigenen Kriterien und Methoden, ohne sich mit Partnerinnen und Partnern über sinnvolle und erprobte Herangehensweisen, aktuelle Projekte u. ä. austauschen zu können. In den vorhandenen Projekten kann nur ein geringer Teil von Jugendlichen teilhaben. Die Ausarbeitung eines Konzeptes zur Jugendbeteiligung in Wiesbaden erscheint daher unumgänglich.³¹

³¹ Hier hat die AG einige gesetzliche Grundlagen von Kinder- und Jugendbeteiligung beispielhaft angefügt:

UN-Kinderkonvention

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Stadtöffentliche Auftaktveranstaltung „kick off“ für den Aktionsplan Jugendbeteiligung unter Einbezug folgender Akteurinnen und Akteure:

Stadtverwaltung:

- Amt für Soziale Arbeit (51.11 Grundsatz; 5104 Jugendarbeit; Schulsozialarbeit)
- Stadtplanungsamt
- Tiefbauamt
- Grünflächenamt
- Stabsstelle WIEB
- Schulamt/Schulen
- Sportamt

Sonstige:

- Stadtjugendring
- Jugendparlament
- Stadtschülerrat
- Jugendliche (nicht organisiert)
- Jugendpolitische Sprecherinnen und Sprecher der Parteien

Artikel 3 [Wohl des Kindes]

(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

Artikel 31 [Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben; staatliche Förderung]

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit an, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben.

(2) Die Vertragsstaaten achten und fördern das Recht des Kindes auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben und fördern die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung.

Hessische Gemeindeordnung**§ 4c Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Die Gemeinde (der Landkreis) soll bei Planungen und Vorhaben, die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde (der Landkreis) über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner (Kreisangehörigen) hinaus, geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

§ 8c Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Beiräten, Kommissionen und Sachverständigen

Kindern und Jugendlichen kann in ihrer Funktion als VertreterIn von Kindern und Jugendinitiativen in den Organen der Gemeinde und ihren Ausschüssen Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeit eingeräumt werden.

SGB VIII

Das SGB VIII weist in verschiedenen Paragraphen auf Beteiligungsmöglichkeiten bzw. Wahlmöglichkeiten junger Menschen hin. z. B.:

§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.

§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Baurecht - BauGB**§ 1 Aufgabe, Begriff und Grundsätze**

(5) (...) Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen (...)

3. die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen und alten Menschen und der Behinderten, die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung,...

§ 3 Beteiligung der Öffentlichkeit

(1) Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Auch Kinder und Jugendliche sind Teil der Öffentlichkeit im Sinne des Satzes.

- Hochschule Rhein- Main
- Vertreterinnen und Vertreter der Einrichtungen der Jugendhilfe
- Deutscher Kinderschutzbund

Aus dieser Gruppe soll eine „**Fachgruppe Partizipation**“ hervorgehen, bestehend aus Expertinnen und Experten der oben genannten Felder, die das weitere Vorgehen für einen Aktionsplan Jugendbeteiligung plant und konzeptioniert und begleitet.

Weiterhin könnten hier kurz- und langfristige Entwicklungsziele für Jugendbeteiligung formuliert, Handlungsempfehlungen ausgesprochen sowie Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung in Wiesbaden erarbeitet werden.

Für diese Fachgruppe ist eine externe Moderation und **Prozessbegleitung** erforderlich.

In den „Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ soll dem Thema Jugendbeteiligung ein größerer Stellenwert eingeräumt werden: Die Projektgruppe Partizipation empfiehlt daher, dass die Leitlinien dahingehend ergänzt werden, dass bei jedem Vorhaben speziell das Thema Jugendbeteiligung mitgedacht und geprüft wird. Das bedeutet konkret, dass, sofern sinnvoll, ein Jugendbeteiligungskonzept erstellt und umgesetzt wird.

Darüber hinaus/parallel zur Fachgruppe wird für eine gesamtstädtisch vernetzte Jugendbeteiligung die Einrichtung einer Fachstelle Jugendbeteiligung/einer zentralen Interessenvertretung für Jugendbeteiligung als maßgeblich erachtet.

Mögliche Inhalte/Aufgaben einer **Fachstelle Jugendbeteiligung** wären dabei:

- Sammlung, Evaluation und Bekanntmachung von Beteiligungsmöglichkeiten (Gesamtchau erstellen und kontinuierlich pflegen)
- Fachberatungs- und Qualifizierungsfunktion für die einzelnen Projekte, Institutionen, Stadtverwaltung, Politik
- Organisation und Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen für Hauptamtliche und Jugendliche in Beteiligungsprojekten
- gemeinsam mit der Fachgruppe Partizipation ein langfristiges Beteiligungskonzept für Jugendliche in Wiesbaden erarbeiten und Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung in Wiesbaden verfassen
- Jugendbeteiligung in Wiesbaden kontinuierlich und aufeinander abgestimmt vor dem Hintergrund der Gesetzeslage und geltender Beschlüsse überprüfen; in Hinblick auf die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen „Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ sorgt die Fachstelle Jugendbeteiligung dafür, dass für jedes Vorhaben eine Jugendbeteiligung mitgedacht und geprüft wird. Die Fachstelle Jugendbeteiligung koordiniert die Abstimmung zwischen den entsprechenden Ämtern sowie die Erstellung eines spezifischen Jugendbeteiligungskonzeptes und dessen Umsetzung.
- Rahmenbedingungen der Projekte sichern
- Bereitstellen von Informationen aller Art, z. B. zu überregionalen Fachkongressen, Fördermöglichkeiten, etc.
- Enger Einbezug von Jugendlichen
- Schnittstellenmanagement zu allen Akteurinnen und Akteuren der Jugendbeteiligung, z. B. Kommune, Verbände, freie Träger, Beteiligungsprojekte, Hochschule, ...
- Ergänzung von „dein.wiesbaden.de“ (=Beteiligungsplattform der Landeshauptstadt Wiesbaden) um die Rubrik „Jugendliche“: Auf der Plattform können sämtliche Informationen für Jugendliche gebündelt werden und Online-Beteiligungstools zur Verfügung gestellt werden. Die Gestaltung/Aufbereitung der Projektseite für Jugendliche sollte zusammen mit Jugendlichen erfolgen, um die Zielgruppe auch hier bereits zu beteiligen.
- Unterstützung der Akteurinnen und Akteure bei der Beantragung von Zuschussmitteln, Akquise von Drittmitteln
- Ansprechperson für neue Beteiligungsinitiativen

- Initiatorin/Initiator für neue Beteiligungselemente (z. B. Jugendcheck als kommunales Modellprojekt)
- Koordination und logistische Unterstützung bei der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- Netzwerkarbeit auf Landes- und Bundesebene
- Beratung und Mitarbeit bei der Erstellung eines Jugendförderplans für Wiesbaden

Als weitere, neu zu erprobende Methode der Jugendbeteiligung in Wiesbaden empfehlen wir eine jährliche **Jugendkonferenz/Jugendforum**.

Kommentierung Amt für Soziale Arbeit:

Vorbemerkung zum Kommentar:

Das vorgelegte Konzept „Aktionsplan zur Beteiligung von Jugendlichen in Wiesbaden“ steht seit längerem auf der Agenda der Jugendarbeit.

Bislang gab es viele Überlegungen und einzelne Initiativen, die jetzt durch die vorliegende Handlungsempfehlung der Projektgruppe Partizipation zur Jugendstudie als Gesamtkonzept aufgegriffen werden sollten. Die Handlungsempfehlung dient dabei als Startschuss.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Wir sehen die Umsetzung des Aktionsplanes mit den beschriebenen Maßnahmen als große Chance für die Beteiligung der Wiesbadener Jugendlichen an. Seit mehreren Jahren arbeitet die Abteilung Jugendarbeit an einem ähnlichen Konzept. Das vorgelegte Gesamtkonzept geht in bestehende Planungen der Jugendarbeit über.

So wurde beispielsweise zeitgleich ein Antrag beim Deutschen Kinderhilfswerk zur Projektförderung gestellt. Die Projektförderung beträgt 20.000 €, die Zusage der Projektförderung ist Ende Oktober 2018 erfolgt. Zurzeit werden die Arbeiten zur Erstellung des Konzeptes wie Sachstandserhebung und Weiterführung der Arbeit der Projektgruppe aufgenommen.

Die Umsetzung des hier beschriebenen Konzeptes bietet die große Chance der Arbeit am Thema Partizipation innerhalb der Stadtverwaltung als auch mit freien Trägern und Initiativen. Hier besteht die **Chance im Aufbau eines nachhaltig wirkenden Netzwerkes**. Der Anfang ist hierbei durch die Zusammenarbeit in der Projektgruppe Partizipation bereits gemacht. Alle dort beteiligten Träger/Ämter/Dezernate haben bereits die Bereitschaft zur gemeinsamen Weiterarbeit signalisiert. **Weitere mögliche Partner sind zu eruieren.**

Das vorgelegte Konzept berücksichtigt die entscheidenden Akteurinnen und Akteure und nennt eine aus unserer Sicht sinnvolle Vorgehensweise.

Wir gehen bis zur Fertigstellung eines Gesamtkonzeptes Jugendbeteiligung von einem Zeitrahmen von rund 1,5 bis 2 Jahren aus.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

In Wiesbaden selbst bislang nicht. Beispielgebend ist das Jugendbeteiligungskonzept „laut“ der Stadt Nürnberg.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Hohe Priorität

4. Kostenabschätzung:

Für die Erarbeitung des stadtweit vernetzen Konzeptes sehen wir im ersten Schritt (in den kommenden zwei Jahren) zunächst einmalig Kosten in Höhe von rund 20.000 € vor allem für die externe Prozessbegleitung sowie die Durchführung der jährlichen Jugendkonferenzen. Hier kann die Finanzierung bei Zusage der Projektförderung „Jugendgerechte Kommune“ sichergestellt werden.

Es gibt in der Abteilung Jugendarbeit ca. eine halbe Stelle für Partizipation³². Diese Stelle könnte andere Aufgaben übernehmen, müsste aber zusätzlich mit einer halben Stelle aufgestockt werden.

Kosten 0,5 Stellen Koordination Partizipation: 42.000 €.

Kommentierung Stabsstelle Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung:

Die Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung sind von der Stadtverordnetenversammlung 2016 beschlossen worden und bilden die einvernehmliche Grundlage für die Konzipierung und Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen in Wiesbaden. Die Leitlinien befinden sich bis Mitte 2019 in einer Erprobungs- und Evaluierungsphase. Es können demnach im Rahmen der Abschluss-Evaluierung **Anpassungen** der Leitlinien angeregt werden. Dadurch besteht die Chance, das Thema der Jugendbeteiligung auf dieser Ebene stärker zu legitimieren.

In den Leitlinien ist festgelegt, dass auch schwer erreichbare Zielgruppen stärker beteiligt werden sollen. Zu diesen zählen bspw. Jugendliche. Um den Stellenwert der Jugendbeteiligung zu stärken, kann daher im Rahmen der Anpassung der Leitlinien vorgeschlagen werden, dass explizit festgelegt wird, dass bei jedem Vorhaben eine Jugendbeteiligung geprüft werden soll. Wenn diese bei einem Projekt sinnvoll ist, soll ein spezifisches Jugendbeteiligungskonzept erstellt werden.

Die Beteiligungsplattform dein.wiesbaden.de ist ein städtisches Angebot rund um Bürgerbeteiligung. Es handelt sich um eine interaktive Plattform, auf der Informationen, Blogbeiträge, Veranstaltungstermine und Hintergrundinformationen veröffentlicht werden können. Außerdem können bei Bedarf bzw. projektspezifisch verschiedene Online-Beteiligungstools zugeschaltet werden, z. B. Online-Befragungen, kartenbasierte Ideenplattformen, Online-Sprechstunden, etc.

Registrierte Nutzer können sich aktiv beteiligen.

Die Webseite ist seit August 2017 in Betrieb, hat sich seitdem kontinuierlich weiterentwickelt und an Bekanntheit gewonnen. Sie unterscheidet sich deutlich von dem Internet-Auftritt www.wiesbaden.de und ist optisch moderner, übersichtlicher und vor allem thematisch fokussierter.

Es besteht hier die Chance, sich mit einer Rubrik „Jugendbeteiligung“ an ein bestehendes System anzudocken und die o.g. Funktionen mitzunutzen, ohne eine neue Webseite aufbauen zu müssen. Hier entstehen Synergieeffekte, wenn die ohnehin bestehende Beteiligungsplattform auch für (und gemeinsam mit) Jugendlichen für deren Bedarfe weiterentwickelt wird.

9.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld

Aktionsplan Jugendbeteiligung (mit Kick-off-Veranstaltung)	wichtig
Fachstelle Jugendbeteiligung	unentschlossen
Jährliche Jugendkonferenz	nicht so wichtig

Weitere Ideen der Jugendlichen beim Youth Statement: Aufklärung über Beteiligung

³² Aktuell werden mit der vorhandenen Ressource die Bereiche politische Jugendbildung, Beteiligungsprojekte, der Weltkindertag sowie die Organisation des von Jugendlichen organisierten Jugendkulturfestivals umgesetzt.

**Summe A + B
einmalig 20.000 €
lfd. 42.000 €**

9.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld

Übersicht Handlungsfeld Partizipation		
Ausgangspunkt(e)	Ziele	Maßnahmen (M = Zeilennummer Übersichtsliste Kap. 13) (Kostenübersicht vgl. dort)
Etwa ein Drittel der befragten Jugendlichen meint, es gäbe in Wiesbaden nicht genug Möglichkeiten, eigene Interessen und Ansichten einzubringen und etwas zu bewegen. Nur 22 % haben den Eindruck, die Beteiligungsmöglichkeiten würden ausreichen. Die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten sind den Jugendlichen nur zum Teil bekannt, und wenn sie bekannt sind, werden sie selten genutzt. Nur 7 % der Jugendlichen gehen davon aus, Einfluss auf das Geschehen in der Stadt zu haben - 30 % fühlen sich machtlos. Vor allem Jugendliche, die ihre Einkommenssituation schlecht bewerten, haben den Eindruck machtlos zu sein (50 %).	Ziel: Verbesserung der Beteiligung und der Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in Wiesbaden. Teilziele: • Eine Gesamtschau über die Wiesbadener Jugendbeteiligungsmöglichkeiten ist erstellt, bekannt und kann von Jugendlichen und Fachkräften genutzt werden. Diese wird regelmäßig aktualisiert. • Die Beteiligungsmöglichkeiten sind beschrieben und anhand fachlicher Kriterien evaluiert. • Mehr Jugendliche in Wiesbaden fühlen sich beteiligt. • Mehr Jugendliche in Wiesbaden beteiligen sich. • Bei allen Vorhaben der Stadt(verwaltung) wird Jugendbeteiligung mitgedacht, geprüft und, sofern sinnvoll, umgesetzt. • Die Jugendbeteiligungsmöglichkeiten in Wiesbaden nehmen qualitativ und quantitativ zu. • Die Beteiligungsrechte von Jugendlichen sind umgesetzt.	A) als <u>besonders wichtig</u> priorisiert: - Aktionsplan Jugendbeteiligung (mit Kick-off) (M 41) - Fachstelle Jugendbeteiligung (M 42)
		B) als <u>wichtig</u> priorisiert:: - Jährliche Jugendkonferenz (M 43)
		C) sonstige Prioritäten*: keine

10 Handlungsfeld Engagement

10.1 AG Engagement zur Jugendstudie

Prozessbegleitung: Michael Weinand; in Grau: Texte aus dem Bericht der AG

Relevante Ausgangsbefunde aus der Jugendstudie	Die Hälfte der befragten Jugendlichen engagiert sich weder in Vereinen/Organisationen noch im Alltag. Die wichtigsten Gründe, die sie nennen, sind wenig Zeit oder andere Interessen - aber etwa jeder achte der Jugendlichen sagt auch, er/sie hätte noch nicht das Passende gefunden und/oder wüsste nicht, wo er/sie was machen könnte.
Ausgangsfragen	• Wie könnten Jugendliche gut angesprochen und informiert werden? • Wie können Jugendliche darin unterstützt werden, ihre Interessen und Fähigkeiten zu formulieren und an den richtigen Stellen einzubringen? • Braucht es andere, jugendgerechtere Engagement-Formen? • Engagement braucht auch zeitliche Freiräume. Wie könnten Jugendliche sich zeitliche Freiräume (zurück)erobern? Könnte es außerdem eine Alternative sein, sich vermehrt im Rahmen des Schulalltages oder der Ausbildung für andere zu engagieren?
Anzahl der Sitzungen/ AG-Termine	Die Gruppe traf sich zu insgesamt sieben Workshops zwischen dem 21. November 2017 und 20. Juni 2018, jeweils zwischen zwei und drei Stunden.
Regelmäßig mitwirkende AG-Mitglieder	• Ev. Jugend - Jugendleiter, • Ev. Stadtjugendpfarramt - FSJ • Stadtjugendring (SJR) - Praktikantin • Stadtjugendring - erweiterter Vorstand • ehem. Jugendparlament-Mitglied • Kana - die Jugendkirche - Praktikantin • Amt für Soziale Arbeit, Schulsozialarbeit (2 Personen) • Casa e. V • Freiwilligen-Zentrum: Engagement-Lotse
Einbezogene Expertinnen und Experten	Mitarbeiter Amt für Statistik und Stadtforschung, Stadt Wiesbaden Social Media-Experte (selbständig) - Ideen der weiteren und konkreten Zusammenarbeit sind hinterlegt. Darüber hinaus waren sporadisch Teil der Gruppe zwei Expertinnen und Experten der Stadtverwaltung, die für unsere Gruppe wichtige Informationen liefern und Zusammenhänge herstellen konnten: Leitung der Abteilung Jugend im Amt für Soziale Arbeit, Stadt Wiesbaden. Stabstelle Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung, Stadt Wiesbaden
Schwerpunktsetzungen bei den Fragestellungen	Im Folgenden möchten wir die Ergebnisse unserer Workshop-Gruppe vorstellen. Doch zunächst möchten wir uns einleitend an die zentralen Fragestellungen erinnern, die der Gruppe von Seiten der Autorinnen und Autoren des Berichtes im Rahmen der Auftaktveranstaltungen zum Arbeitsprozess am 21. November 2017 mit auf den Weg gegeben wurden, ergänzt um diejenigen Fragen, die sich die Gruppe zu Beginn ihrer Arbeit selbst stellte. Und wir möchten kurz beschreiben, wie wir die Fragestellungen für uns bewertet, eingeordnet und bearbeitet haben - immer mit dem Ziel, konkrete Antworten zu finden und diese in konkrete und greifbare Maßnahmen zu übersetzen. Während der Auseinandersetzung mit den zentrale Fragen haben wir festgestellt, dass wir im laufenden Prozess einige Fragen eher bei anderen Handlungsfeldern verortet sehen. Dabei ging es vor allem um die beiden

	Fragen: „<i>Wie können wir Jugendliche unterstützen, ihre Interessen und Fähigkeiten zu formulieren und an den „richtigen“ Stellen einzubringen?</i>“ und „<i>Wie können Wünsche von Jugendlichen zeitnah umgesetzt werden?</i>“. Wir gehen davon aus, dass sie in den Handlungsfeldern „Informationsfluss“ und „Partizipation“ beantwortet wurden. Allerdings bieten diese zum Einstieg eine gute Möglichkeit deutlich zu machen, dass sich die verschiedenen Fragestellungen in den jeweiligen Handlungsfeldern durchaus ähneln, ja sogar überschneiden können. Dies hatte konkret zur Folge, dass wir uns in unserer Arbeit auch immer wieder rückversichern mussten, dass wir nicht eine Parallelstruktur zu einem anderen Handlungsfeld aufbauten. Insbesondere bezogen auf die Fragen: „<i>Wie können Jugendliche gut angesprochen und informiert werden?</i>“ und „<i>Wie können vorhandene Angebote interessanter gestaltet werden?</i>“ gab es eine intensive Abstimmung, die zu einer klaren Differenzierung führte, dass wir ausschließlich über die Frage einer „Werbekampagne oder Marketingkampagne zur Gewinnung von neuen jugendlichen Ehrenamtlichen“ beraten. In fünf verschiedenen Bereichen haben wir insgesamt zehn konkrete Maßnahmen entwickelt, die zum Ziel haben, auf die weiteren Fragen, die hier nur bezüglich ihrer Themenschwerpunkte aufgezählt werden, greifbare Antworten zu finden, wie „der Kitt“ der Gesellschaft auch bei Jugendlichen wieder viel mehr angerührt werden könnte. Und bezüglich der Erwartungen und Wünsche der Workshop-Teilnehmerinnen und -teilnehmer standen auch die Motivation, die Wertschätzung und die bedarfsgerechte Information für die Jugendlichen im Vordergrund. Demnach stimmte der Kern der Fragestellungen mit den Motivationen der Workshop-Teilnehmenden überraschend stark überein. Dass „Schule“ grundsätzlich eine besondere Bedeutung in der Erziehung aller Kinder und Jugendlichen zukommt ist kein Geheimnis. Ebenso ist es aber auch keines, dass die kommunalen Einflussmöglichkeiten hier sehr beschränkt sind. Auch wenn wir uns die Fragen stellen „<i>wie Schule (außer-schulisches) ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen fördern kann/soll/muss?</i>“ oder „<i>wie Schule Ehrenamt bedingt oder hemmt?</i>“ und natürlich, dass Schule Partnerin sein muss, und wir auch gerne mit Schule ins Gespräch kommen möchten, haben wir uns doch eher darauf konzentriert, was wir unserer Meinung nach wirklich beeinflussen können. Aber natürlich findet sich unter Punkt 3 eine konkrete Idee der Zusammenarbeit. Das Thema „Wertschätzung“ als eines der wichtigsten Bereiche behandeln wir dafür mit einigen Maßnahmen ausführlich und verbinden dabei direkt auch weitere Facetten der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen mit den Bereichen „Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung“, „Motivation“ und „praktische Unterstützung durch hauptamtliche Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in einigen Wiesbadener Jugendorganisationen“ als Modellprojekt. Abschließend möchten wir gerne einige Annahmen des Autoren Karl-Heinz Simon zitieren (siehe auch Punkt: „... Forschungsbefunde ...“), die unserer Meinung nach dahingehend überprüft werden müssen, als dass sich die Entscheidungsträgerinnen und -träger in Kommunalpolitik und -verwaltung immer wieder selbst die Frage stellen müssen, welche konkreten Beiträge
--	---

	sie dazu leisten können, dass die Entwicklung von ehrenamtlichem Engagement in Wiesbaden, insbesondere von jungen Menschen, gelingen kann. Herr Simon ist der Meinung erkannt zu haben, dass es kein „hinreichend offenes und soziales Klima für bürgerschaftliches Engagement in Wiesbaden gibt“. Er ist der Ansicht, dass „die Informationsdefizite beträchtlich sind, zudem Anreize für die Aktivierung von mehr Engagement fehlen und die öffentliche Anerkennung sowie Wertschätzung von Engagement entwicklungsbedürftig sind.“ Er kommt zu dem Schluss, dass „es in Wiesbaden eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber eigenständigem sozialen Engagement mit politischen Ansprüchen gibt und nicht nur in der Kommunalpolitik, sondern auch in der Verwaltung Strukturen existieren, die mehr Engagement eher nicht fördern, sondern blockieren und abwehren.“ Wir sind der Meinung, dass zu einem offenen Dialog und zur Entwicklung und Erprobung von neuen Maßnahmen auch immer wieder gehört, die bestehenden Strukturen dahingehend zu überprüfen, ob sie ein Gelingen von Maßnahmen begünstigen oder eher verhindern. Dazu sind wir alle gemeinsam angehalten. Im Folgenden werden wir wie erläutert neun konkrete Vorschläge zur Gewinnung von jugendlichen Engagierten unterbreiten, die unserer Meinung nach nur im Zusammenspiel auch ihre gesamte Wirkkraft entfalten können. Sie bauen teilweise aufeinander auf, bieten die Möglichkeit der Vernetzung, ja sogar der Ressourcenbündelung. Doch nicht eine dieser Maßnahmen wird Wirkung erzielen, wenn nicht zwingend die allererste umgesetzt wird. Es muss eine kontinuierlich aktuelle Datenbank vorliegen, wann sich Jugendliche welchen Alters und Geschlechtes wo, wie, mit wem und für wen ehrenamtlich engagieren können. Angebote müssen gesammelt, intelligent verwaltet und klug transportiert werden, um Jugendlichen Lust zu machen und ihr Interesse zu wecken, unsere Stadt mitzugestalten. Dies ist die Basis für alle weiteren Handlungsempfehlungen.
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen	Gruppenbefragungen in Gruppen und Klassen (sehr unterschiedliche Gruppen) mit folgendem Fragenkatalog: • Welche Inhalte konsumiert ihr über welches Medium? • Welches digitale Medium ist euer Lieblingsmedium und warum? • Wenn ihr dieses Medium nutzt, was spricht euch konkret an? Kurze oder lange Videos? Bilder? Kurze oder lange Texte? • Durch was würdest du dich in deinem Ehrenamt wertgeschätzt fühlen? • Wie kann dich welche Wertschätzung noch mehr motivieren bei deinem Ehrenamt dabei zu bleiben? ODER Wie kann dich welche Wertschätzung motivieren, ein Ehrenamt auszuüben?
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen	Ergebnisse bislang (aus Befragung im Rahmen Neujahrsempfang Jugendring): • Instagram wird mit Abstand am häufigsten genutzt von den Jugendlichen. • An Inhalten interessieren v. a. Veranstaltungsinfos. • Ehrenamt basiert auf Hilfsbereitschaft und dem Willen, sich zu engagieren. Wertschätzung ist also nicht unwichtig, aber eher sekundär. („Ich tue das, was ich tue, sehr gerne und die genannten Punkte sind ein ‚Bonbon‘, was mich bei Entscheidungen in Bezug auf Freizeitaktivitäten

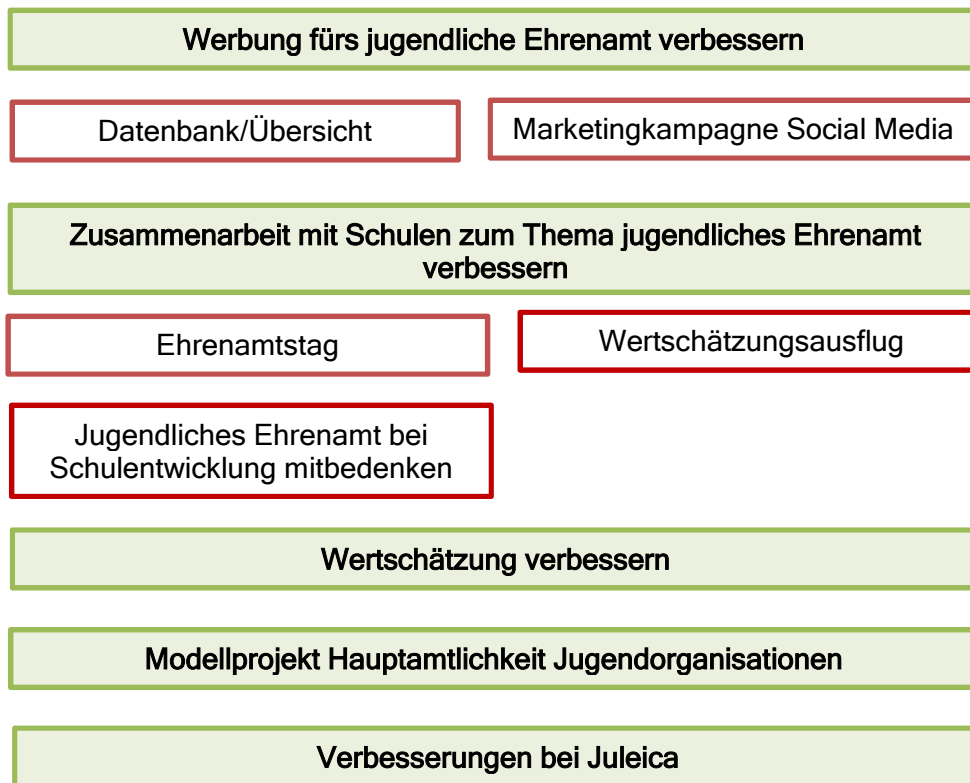
	von 90 % auf 100 % für mein Ehrenamt bringen kann. Außerdem ist es eine greifbare Anerkennung.“)
Weitere relevante Forschungsbe-funde zu den Ausgangsfragen	Input Herr Simon, Mitarbeiter Amt für Statistik und Stadtforschung: Engagement wie folgt definiert: freiwillig, unbezahlt, längerer Zeitraum, in einem Verein, einer Gruppe, ei-nem Verband o. ä. organisiert Es ist unklar, ob das Engagement von Jugendlichen schon einmal größer war, da keine verlässlichen Vergleichszahlen im Zeitverlauf vorliegen. Folgende Umfragen wurden in den letzten Jahren in Wiesbaden durchge-führt: • <u>2009 - per Telefon - 1.002 Menschen - Engagementquote: 36 %</u> 14 - 19-Jährige = 18 % - 20 - 29-Jährige = 35 % Quelle: LETTKO, B.: Bürgerschaftliches Engagement in Wiesbaden. Umfra-geergebnisse 2009. Wiesbaden August 2009 (Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 27) https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/WI_Stadt-analyse_Nr_27.pdf • <u>2009 - per Telefon - 1.716 Menschen - Engagementquote: 34 %</u> 14 - 19-Jährige = 28 % - 20 - 29-Jährige = 43 % Quelle: LETTKO, B./SIMON, K.-H.: Bürgerschaftliches Engagement in Wies-baden 2014. Wiesbaden November 2014 (Wiesbadener Stadtanalysen Nr.68) https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/Stadtana-lyse_Buergerengagement_in_Wiesbaden_2014.pdf • <u>2009 - schriftliche Mehrthemenbefragung - 2.526 Menschen - Engage-mentquote: 27 %</u> 18 - 29-Jährige = 24 % Quelle: SIMON, K.-H./METZGER, F./WILHELM, C.: Leben in Wiesbaden 2016: Politikinteresse, Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement. Wiesba-den Mai 2017 (Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 89) https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/WI_Stadt-analyse_LIW_2016_Politikinteresse_Buergerbeteiligung_Buergerengagement.pdf • <u>2017 - persönlich - 1.060 Jugendliche - Engagementquote: 23%</u> Quelle: Jugendbefragung Wiesbaden 2017. https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/stadtportrait/wiesbaden-in-zahlen/content/publikationen.php Hier wurden allerdings andere Formulierungen verwendet und z. B. abge-fragt: Mitgliedschaft im Verein (23 %) und Engagement außerhalb von Verei-nen (10 %). Zur Intensität des Engagements wurden keine Fragen gestellt. Schlussfolgerung 1: • keine lange Zeitreihe verfügbar, keine genau vergleichbaren Fragestel-lungen, kein exakt gesichertes Wissen! • aber begründete Anhaltspunkte auf Basis vorliegender Befragungen in Wiesbaden

	• Nach eigenem Verständnis der jeweils Befragten sind zwischen 18 und 28 % der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren engagiert (also zwischen knapp einem Fünftel und gut einem Viertel der Jugendlichen in Wiesbaden. • Zwischen 82 % (2009) und 67 % (Jugendbefragung 2017) sind nicht engagiert. <u>Darüber hinaus gibt es Vergleichszahlen aus dem Freiwilligensurvey des Bundes:</u> Engagementquote der 14 - 19-Jährigen: • 1999 38 % • 2009 36 % • 2014 52 % • 2019 kommt die nächste Befragung 2014 wurde die Befragung allerdings von einem anderen Institut durchgeführt und dabei mit gewissen politischen Wünschen (Stichwort „Erfolgsbericht“) untermauert. Es wurde zudem nach einer komplett anderen Methodik befragt. Schlussfolgerung 2: • Exakte Vergleichbarkeit von Fragestellungen und Ergebnissen liegt nicht vor! • Lokale Unterschiede und Besonderheiten haben Einfluss und spielen eine gewisse Rolle. • Auch zeitliche Kontextbedingungen sind zu beachten (politische Situation, soziales Klima, Flüchtlinge etc.). • Trotz aller Vergleichsprobleme: ein relativ geringes Niveau des Engagements von Jugendlichen in Wiesbaden • Zwei Drittel bis vier Fünftel der Jugendlichen sind nicht engagiert. Zu den Ursachen und Gründen vgl. die Ergebnisse der Jugendbefragung. Annahmen des Experten: • Es gibt besondere und/oder zusätzliche Einflussfaktoren, die in Relation stehen zu anderen Städten. • Es gibt kein hinreichend offenes und soziales Klima für Bürgerschaftliches Engagement (BE) in Wiesbaden. Die Informationsdefizite sind beträchtlich, es fehlen zudem Anreize für die Aktivierung von mehr Engagement, und die öffentliche Anerkennung und Wertschätzung von Engagement sind entwicklungsbedürftig. • Es gibt auch eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber eigenständigem sozialen Engagement mit politischen Ansprüchen. • Es gibt nicht nur in der Kommunalpolitik, sondern auch in der Verwaltung Strukturen, die mehr Engagement eher nicht fördern, sondern blockieren und abwehren. Es gibt sehr viele andere Städte, in denen fraktionsübergreifend Einigkeit darin besteht, BE stärker zu fördern und kontinuierlich neue und wirksame Methoden für mehr BE einzusetzen. A) Informationsfluss! (Können Sie bestimmte Hinweise erkennen, welche Jugendlichen in welcher Form idealerweise informiert werden wollen? Welche Informationsquellen
--	--

	<i>und Informationsformen halten Sie für zielführend, um Jugendliche zu erreichen, die sich für ehrenamtliches Engagement interessieren? Gibt es „best practice“-Beispiele aus anderen Städten, die Sie persönlich überzeugen? Welche sind das konkret, und halten Sie es für möglich, diese in Wiesbaden zu etablieren? Was würde das kosten? Wer sollte es umsetzen?)</i> • offensichtlich sehr relevant: soziale Medien/Internet, aber kein gesichertes Wissen über ihre Wirksamkeit (wahrscheinlich wenig!) • Lehrkräfte usw., aber die Zusammenarbeit gestaltet sich meistens äußerst schwierig (Schulleitungen, Kollegium, Schulverwaltung bis zum Ministerium). • hoher Wirkungsgrad: „Mund zu Mund“ (engagierte Jugendliche werben Gleichaltrige) • Hochschule RheinMain (HSRM): Versuche im Bereich „Service Learning“ bisher weitgehend gescheitert • Printmedien: eher irrelevant • Best practice gibt es z. B. bei Bertelsmann Stiftung, Miteinander in Hessen, Bundesverband BE (BBE), LAG Freiwilligenagenturen, BAG Freiwilligenagenturen
Ergebnisse der weiteren Problemanalyse der AG	Um die zentralen Fragestellungen und auch (teilweise miteinander verbundenen) Problemstellungen kurz und knapp zu beschreiben, stellen wir zentrale Handlungsfelder in den Raum: 1. Jugendliche müssen wissen, wo sie sich in welchem Rahmen engagieren können und müssen diese Informationen verlässlich in jugendgerechter Form abrufen können. 2. Jugendliche, die sich engagieren, müssen auf hauptamtliche Unterstützung zurückgreifen können und im Netzwerk der Jugendorganisationen bedarfsgerechte und wertschätzende Aus- und Weiterbildungen sowie spannende Netzwerkprojekte erleben und gestalten können. 3. Egal wie und wo sich Jugendliche engagieren, es muss für sie eine kontinuierliche und sichtbare Wertschätzung in der Stadt geben, die immer wieder den gesellschaftlichen Wert von ehrenamtlichem Engagement in allen seinen Facetten herausstellt.
Auf Problemanalyse fußende Ziele oder: Was ist der zu verändernde Zustand?	Die sich zu verändernden Zustände leiten sich daraus ab und werden im Folgenden auch kurz und knapp dargestellt: 1. Kindern und Jugendlichen muss ehrenamtliches Engagement „auf der Straße“ begegnen, in der Schule, im Elternhaus und natürlich in allen öffentlichen Einrichtungen. 2. Kinder und Jugendliche müssen dabei das ehrenamtliche Engagement nicht als Bürde oder Zwang kennen lernen, sondern als Freude das „WIR“ in der Stadt mitgestalten zu können/dürfen. 3. Ehrenamtlich engagierte Jugendliche müssen sich kontinuierlich und verlässlich in wertschätzende Beziehungen zu hauptamtlichen Bildungsreferentinnen und -referenten begeben können, mit deren Rat, Unterstützung und/oder Begleitung ihr Ehrenamt mehr Freude macht, verwalterische Prozesse erleichtert werden, Wertschätzung erfahren wird, und auch ein Scheitern erfolgreich begleitet werden kann. 4. In der Stadtverwaltung, in der Schule, in Betrieben und Unternehmen sowie an so vielen Orten wie möglich, muss das ehrenamtliche Engagement aktiv gefördert, gewertschätzt und positiv begleitet werden.
Handlungsvorschläge und	Es werden zehn Maßnahmen in von uns überlegten fünf Bereichen vorgestellt.

Handlungsschritte der AG	Diese sind in den grauen Kästen in Abschnitt 10.3 nachzulesen. Dabei werden diejenigen Konzepte, die umfangreicher sind und im Detail ausgearbeitet wurden, lediglich in Stichpunkten dargestellt. Im Anhang (vgl. Kapitel 14 dieses Berichtes) können die Konzepte in vollem Umfang gelesen werden. Nicht aus jedem Bereich sind ausführliche Konzepte im Anhang zu finden.
Noch nicht geklärt/Was bleibt zu tun?	Die Gruppe empfindet die zehn Maßnahmen als guten Anfang und ggf. auch als ausreichend, je nachdem was die Ergebnisse während und nach der Umsetzung der Maßnahmen zeigen. Demnach haben wir nichts zu klären. Zu tun bleibt, für eine politische Entscheidung zu werben, die eine Umsetzung der Maßnahmen auch möglich macht. Wir möchten abschließend allerdings gerne erneut betonen, dass eine grundsätzliche Entscheidung dafür, das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen zu steigern und zu fördern, immer nur mit einer grundsätzlichen Entscheidung dafür einhergehen muss, ausreichend Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen, kontinuierlich und aktuell die Möglichkeiten, wie und wo sich Jugendliche engagieren können, über eine Jugendlichen verständliche Sprache auf eine Weise zu kommunizieren, dass es die Jugendlichen auch erreicht. Dies müssen neue soziale Medien sein, aber auch die klassische Peer-To-Peer-Begegnung im Rahmen von zwei Unterrichtsstunden in der Schule.
Anmerkungen	Wir als Workshop-Gruppe können uns glücklich schätzen, dass wir so viele Jugendliche gefunden haben, die sich bereiterklärt haben, mit uns zu arbeiten, die aktiv, bestimmt und kreativ eigene Ideen eingebracht haben und andere ehrlich bewertet haben. Dieser offene und geschützte Rahmen muss unweigerlich immer und immer wieder bereitgestellt werden, um echte Partizipation von Jugendlichen zu garantieren. Darüber hinaus muss unserer Meinung nach die Kooperation mit den „Erwachsenen“ institutionalisiert werden. Dafür eignet sich das „Jahr des Engagements 2018“ sehr gut als erster Aufschlag zur Identifizierung derjenigen Bürgerinnen und Bürgern und Trägerinnen und Trägern, die bereit sind, gemeinsam und konstruktiv zu arbeiten. Hier sind konkret Vorschläge zur gemeinsamen Arbeit von Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und Wirtschaft/Wissenschaft entstanden, die zwingend beachtet werden sollten, damit keine parallelen Handlungsstränge entstehen. Immer mit der Prämisse, dass die Ideen und Wünsche von Jugendlichen im Zweifel sowohl für sich selbst stehen dürfen als auch ausprobiert werden müssen.

10.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Engagement



10.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen

Im Folgenden werden die zehn angekündigten Maßnahmen in von der AG überlegten fünf Bereichen vorgestellt. Dabei werden diejenigen Konzepte, die umfangreicher sind und im Detail ausgearbeitet wurden, lediglich in Stichpunkten dargestellt. Im Anhang dieses Berichtsteils können die Konzepte in vollem Umfang gelesen werden. Nicht aus jedem Bereich sind ausführliche Konzepte im Anhang zu finden.

Block 1: Werbung für das jugendliche Ehrenamt verbessern

Maßnahme 1: Datenbank/Übersicht

„Voraussetzungen schaffen!“

Gewinnung von jugendlichen Ehrenamtlichen mit Werbung und Vermittlung durch FWZ (oder ggf. andere Trägerinnen und Träger)

Zunächst muss sich eine kluge Strategie überlegt werden, wie Jugendliche über Werbemaßnahmen und Marketingkampagnen für das Ehrenamt (EA) interessiert werden könnten. Dann sollte geklärt werden, ob die Leistungen des Freiwilligenzentrums (FWZ) auch für Jugendliche gelten.

Wenn dies so ist - 1.: Kann die Methode der „Clearinggespräche“ des FWZ auch mit Jugendlichen durchgeführt werden, oder bedarf es hier einer Anpassung, und wer könnte das FWZ dabei unterstützen?

Wenn dies so ist - 2.: Kann das FWZ eine Abfrage bei all seinen Kooperationspartnerinnen und -partnern machen, welche konkreten Möglichkeiten es für Jugendliche gibt, sich ehrenamtlich zu engagieren?

Wie werden diese Angebote dokumentiert und mit denjenigen der Abteilung Jugendarbeit, ggf. vielen weiteren Angeboten diverser Abteilungen des Amtes für Soziale Arbeit sowie den Angeboten der Wiesbadener Jugendorganisationen (Infos über SJR möglich) in ein gemeinsames, umfassendes Angebotsportfolio übertragen?

Wenn alles möglich gemacht wurde: Wie erfahren die Jugendlichen dann konkret von den Angeboten des FWZ? Dies wird unter dem nächsten Punkt behandelt und muss zwingend auch in das „Gesamtkonzept Informationsfluss“ eingearbeitet werden.

Selbstverständlich muss aber sein, dass es auch einen „Online-Check“ geben muss, dass Vorschläge für Jugendliche per Online-Matching erstellt und auch online übermittelt werden können müssen. Idealerweise werden sie mit einer persönlichen Einladung zu einem Gespräch untermauert.

Kosten: *Mit der Bitte um Kalkulation durch das Amt 51*

Kommentar Freiwilligenzentrum:

Vorbemerkung:

Diese Handlungsempfehlung setzt in unseren Augen etwas zu stark voraus, dass Wiesbadener Einrichtungen (neben den „klassischen“ Jugendorganisationen wie Pfadfindern, Jugendfeuerwehr, etc.) bereits genügend Engagementmöglichkeiten für Minderjährige anbieten und dahingehend auch personell so ausgestattet haben, dass sie dieser Zielgruppe mit ihren speziellen Bedürfnissen an Begleitung und ggf. Betreuung gerecht werden können. In unserer Erfahrung ist dies außerhalb des Jugendsektors, der mehr oder weniger ausschließlich mit Jugendlichen selbst arbeitet, jedoch momentan noch nicht gegeben. D. h. dass Pfadfinder, Jugendfeuerwehr, etc. natürlich bereits viele Angebote für Minderjährige und Jugendliche im ehrenamtlichen Bereich bereitstellen, Einrichtungen und Institutionen im Kultur-, Umwelt-, Senioren-, Sozial- und sonstigen Bereichen in unserer Erfahrung jedoch noch nicht viele Plätze für Jugendliche anbieten. Ggf. sollte daher vor jeglicher Ansprache Jugendlicher das Angebot

an Einsatzmöglichkeiten für Jugendliche ausgebaut werden, um hier genügend Plätze auch außerhalb des etablierten und gut ausgebauten Jugendsektors zu schaffen und Einrichtungen für diese Zielgruppe zu sensibilisieren.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Das Freiwilligen-Zentrum ist seit fast 20 Jahren zentrale Anlaufstelle für Engagementsuchende aus allen Stadtteilen und Altersgruppen - aus Gründen der Einheitlichkeit und Effizienz sollte bei dieser Zielgruppe der Jugendlichen keine Ausnahme gemacht werden. Natürlich können speziell auf die Jugend ausgerichtete Träger und Projekte ebenfalls Beratungsinstanz für ehrenamtliches Engagement sein, jedoch sollte dies immer in gegenseitigem Informationsfluss und lockerer Abstimmung geschehen, um Ressourcen zu sparen und Verwirrung bei Engagementsuchenden zu verhindern.

Die in der 1. Empfehlung angesprochenen „Clearing“-Gespräche finden bereits jetzt erfolgreich mit Jugendlichen und jungen Menschen statt, wenn bei öffentlichen Veranstaltungen oder in unserer Geschäftsstelle sich Jugendliche für ein Engagement interessieren. Ggf. müsste hier die ein oder andere Beraterin auf FWZ-Seite für die Interessen und Vorlieben dieser Zielgruppe nachgeschult werden.

Eine Abfrage unter den knapp 350 Kooperationspartnerinnen und -partnern bzgl. ihrer Angebote für Jugendliche stellt neben zusätzlicher Personalressourcen technisch und organisatorisch kein Problem für das Freiwilligen-Zentrum dar. Allerdings möchten wir auf unsere obige Vorbemerkung zu der Anzahl an Angeboten für Jugendlichen verweisen. Noch sind erst wenige Angebote speziell für Jugendliche und Minderjährige beim Freiwilligen-Zentrum aufgegeben worden - man müsste hier sicherlich noch einen Schritt früher ansetzen und die Kooperationspartnerinnen und -partner auf diese Zielgruppe hinweisen bzw. etwaige Bedenken in Informations- und Aufklärungsveranstaltungen im Vorfeld einer anvisierten Umfrage aus dem Weg räumen. Neue Angebote für Jugendliche sollten in der zentralen Angebotsdatenbank des Freiwilligen-Zentrums aufgenommen werden, in der bereits über 500 aktive, teils ruhende Angebote Wiesbadener Einrichtungen veröffentlicht wurden. Diese werden interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und via Internet (hier auf insgesamt drei Onlineplattformen, zwei davon hessenweit) vorgestellt. Gerne können die Gesuche anderer Trägerinnen und Träger (z. B. Mitgliedsorganisationen des SJR) von diesen direkt als zusätzliche Möglichkeit zur Findung von engagierten Jugendlichen in unsere Online-Datenbank eingetragen werden, um eine einheitliche Anlaufstelle für das Thema Ehrenamt in Wiesbaden weiter zu gewährleisten.

Stichwort Informationsfluss: Jugendliche sollten auf zielgruppengerechten Veranstaltungen (in Jugendorganisationen, Schulen, etc.), Formaten (Service-Learning) und natürlich vor allem digital über die Angebote informiert werden. Nötige Kanäle bei den aktuellen Social Media-Programmen könnten bei ausreichenden Personalkapazitäten sehr kurzfristig und problemlos eingerichtet und mit Angeboten ausgestattet werden. Wir machen z. B. die Erfahrung, dass wir auf unserem Facebook-Account gezielt auch jüngere Personen für unsere Veranstaltungen und Angebote interessieren können. Für die persönliche Ansprache bei öffentlichen Veranstaltungen ist das Freiwilligen-Zentrum momentan in Planung von neuen, modernen Präsentationselementen für das Themenfeld Ehrenamt und hat sein Beraterinnen-Team auch gezielt „verjüngt“.

Stichwort Online-Check und Matching-Möglichkeiten: Schon jetzt kann in der Datenbank des Freiwilligen-Zentrums online nach Angeboten einzelner Engagementfelder gezielt gesucht werden. Diese Maske kann unproblematisch von einem Programmierer überarbeitet und für diese Zielgruppe ergänzt werden. Ein vorgeschalteter Online-Check ist unseres Wissens nach bereits an anderen Stellen³³ in Nutzung und könnte sicherlich auch z. B. auf einer eigenen Internetseite Wiesbadener Jugendlichen angeboten bzw. natürlich auch auf den Seiten des Freiwilligen-Zentrums eingebaut werden.

³³ Einen Online-Check zum passenden Ehrenamt findet man z. B. hier: <https://www.caritas.de/spendeundengagement/engagieren/ehrenamt/engagementstypen/test-engagementstypen>

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Wie bereits erwähnt führen unsere Mitarbeiterinnen und Beraterinnen bereits die in der Maßnahme genannten „Clearinggespräche“ mit Jugendlichen – hierzu versuchen wir gezielt, besonders geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen und zielgruppengerechte Angebote vorzustellen.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird folgendermaßen bewertet:

Hoch: Das Freiwilligen-Zentrum möchte und sollte unbedingt die übergeordnete zentrale Anlaufstelle für alle Wiesbadener sein, bei der sie sich zielgruppengerecht und niedrigschwellig über ehrenamtliches Engagement beraten lassen können. Dazu sollten im Freiwilligen-Zentrum alle Gesuche für jugendliche Engagierte zentral zusammenlaufen und in Projekten aus diesem Maßnahmenplan nur zusätzlich gelistet und verbreitet werden, um Verluste bei deren Projektende zu verhindern.

4. Kostenabschätzung:

Auch wenn großes Interesse und noch größere Bereitschaft bei der gemeinsamen Umsetzung dieser Maßnahme besteht, so muss auch angemerkt werden, dass dies mit der derzeitigen hauptamtlichen Ausstattung leider nicht in diesem Umfang umsetzbar sein wird.

Wir würden zumindest eine Stelle auf 450 €-Basis für die zusätzlichen Aufgaben im Freiwilligen-Zentrum empfehlen, um die Angebote mit den Einrichtungen abzustimmen bzw. für die Zielgruppe aufzubereiten und die Kommunikation mit den anderen Maßnahmen-Verantwortlichen sicherstellen zu können. Wenn Angebote außerhalb der etablierten Jugendorganisationen geschaffen werden sollen, muss hier viel kontinuierliche Vorarbeit geleistet werden.

Zusätzliche Kosten:

$(450 \text{ €} \times 12 \text{ Monate}) = 5.400 \text{ €}$ plus 20 % Nebenkosten = ca. 6.500 € pro Jahr.

Maßnahme 2: Marketingkampagne Social Media**„Werbung und Marketing-Kampagnen!“****„Marketingkampagne über Social Media“**

Die Idee besteht darin, dass Jugendliche vor allem über Instagram (in Kombination mit Facebook und YouTube) konkret angesprochen werden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Diese Kampagne soll über mehrere Jahre laufen und sich dem Social Media-Verhalten der Jugendlichen anpassen.

Die Kampagne sollte zwei Handlungsstränge haben:

- Im 1. Handlungsstrang werden Jugendliche ausgebildet, ihre Peers anzusprechen und ihnen „Geschichten über das ehrenamtliche Engagement“ von sich selbst, aber auch anderen zu erzählen. Dies geschieht vor allem mit „Instagram-Stories“.
- Im 2. Handlungsstrang (je nachdem wie viel finanzielle Möglichkeiten existieren) sollten bekannte Wiesbadener YouTuberinnen und YouTuber und Influencerinnen und Influencer gefunden und gewonnen werden, um die Kampagne zu unterstützen.

Benötigte personelle und finanzielle Ressourcen (als Voraussetzung):

- Medienpädagogin/-pädagoge/Jugendbildungsreferentin/-referent
- idealerweise ca. 3 - 5 interessierte Jugendliche, die in verschiedenen ehrenamtlichen Bereichen tätig sind und die „Gesichter“ der Kampagne sein möchten
- Kooperation (die ggf. auch bezahlt werden müsste) mit Professoren der HSRM und ihren Studierenden
- Inanspruchnahme von Multiplikatorinnen/Multiplikatoren/bekannten Influencerinnen/Influencern
- kontinuierliche Beratung von Social Media-Expertinnen und -Experten über den gesamten Projektzeitraum, Schulungen der Jugendlichen, Unterstützung und Beratung für die Entwicklung, aber auch Weiterentwicklung eines Social Media-Plans
- Honorare in Schulung von Fertigkeiten wie z. B. Videodreh, Texten, Strategieentwicklung, Umgang im Detail mit z. B. Instagram usw.

Natürlich muss es Bestrebungen geben, dass aus dem Projekt eine Art „Peer-To-Peer-Beratungsprojekt“ entsteht, welches zum einen z. B. von Schulen eingekauft werden kann, zum anderen aber auch Wissen und Strategien in Träger der Kinder- und Jugendarbeit transferiert werden, um die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Handlungsfeld kontinuierlich zu professionalisieren.

Kosten: ½ Stelle TVöD SuE12 plus 30.000 € Sach- und Projektmittel

Kommentar Freiwilligenzentrum:**1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:**

Wir begrüßen eine groß angelegte, stadtweite digitale Kampagne auf einem zielgruppengerechten Format wie Instagram sehr. Auch die Einbindung bekannter und bei der Gruppe beliebter Influencerinnen und Influencer und Vorbilder kann sehr viel Ausschlag geben, dass sich junge Menschen mit einem Thema beschäftigen. Jugendliche sollten vor allem digital über das Themenfeld Ehrenamt informiert werden. Die passenden Kanäle bei den aktuellen Social Media-Programmen könnten zudem bei ausreichenden und geschulten Personalkapazitäten sehr kurzfristig eingerichtet und mit Angeboten ausgestattet werden.

Eine langfristige Kampagne mit authentischen Testimonials aus der eigenen Gruppe und aus allen Stadtteilen und allen Schulen bei Instagram könnte aufgrund der Identifikation noch größere Effekte bei Jugendlichen haben. Bei diesen Vorbildern sollten alle Bevölkerungsgruppen vertreten und in unterschiedlichen Ehrenämtern präsentiert werden - die Suche nach diesen könnte jedoch aufwendiger werden, wenn man auch außerhalb der etablierten Jugendorganisationen Engagierte präsentieren möchte.

Zudem braucht es technisches und mediales Fachwissen und viel zeitlichen Einsatz, um schnell auf Strömungen in den verschiedenen Kanälen reagieren und dann ggf. auch gegenläufig reagieren zu können. Der zu erwartende Personalaufwand darf hier nicht unterschätzt werden.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Es gibt bereits einige Instagram-Kanäle speziell zum Thema Ehrenamt - diese haben eine begrenzte Anzahl an Followerinnen und Followern und konzentrieren sich unter dem Hashtag #Ehrenamt auch vor allem auf die Arbeit bei den Rettungsdiensten laut den eingestellten Fotos.

Wir machen bereits die Erfahrung, dass wir auch auf unserem Facebook-Account gezielt jüngere Personen für unsere Veranstaltungen und Angebote interessieren können.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird folgendermaßen bewertet:

Mittel: Instagram ist ein sinnvoller und zielgruppengerechter Weg, um Jugendliche anzusprechen; inwieweit dort das Thema Ehrenamt für Jugendliche in Wiesbaden großflächig bekannt gemacht werden kann, muss mit passenden Testimonials und Influencerinnen und Influencern getestet werden.

4. Kostenabschätzung:

Bei der Umsetzung dieser Maßnahme muss aufgrund der Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren, die beteiligt sein werden - jugendliche Vorbilder, interessierte Jugendliche, Influencerinnen und Influencer, YouTuberinnen und YouTuber, Marketing-Agentur, Einsatzstellen für das Ehrenamt, ggf. IT-Experten - , unbedingt an eine hauptamtliche Koordination gedacht werden, wenn man diese Kanäle nachhaltig als Mittel der Kommunikation mit jugendlichen Wiesbaderinnen und Wiesbadenern implementieren möchte.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit zu Maßnahmen 1 und 2:

Die Vorhaben „Gewinnung von jugendlichen Ehrenamtlichen mit Werbung und Vermittlung durch das FWZ“ und das Vorhaben „Marketingkampagne über Social Media“ sollten zusammen betrachtet werden. Das Medienzentrum sollte damit beauftragt werden, eine Kampagne zu entwickeln, Jugendliche zum Engagement zu motivieren. Damit die Engagementbereitschaft auch irgendwo einmünden kann, muss parallel dazu das FWZ in die Lage versetzt werden, adäquate Engagementmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Schon vorhandene Formate wie der Freiwilligentag und die Aktionswoche Wiesbaden Engagiert sind in die Überlegungen einzubeziehen. Neben der Konzeption sind auch Pilotprojekte zu implementieren. Das Vorhaben soll zunächst auf zwei Jahre angelegt sein.

Kosten: ca. 50.000 € für zunächst zwei Jahre.

Priorität Verwaltung: mittel

Block 2: Zusammenarbeit mit Schulen zum Thema jugendliches Ehrenamt verbessern**„Zusammenarbeit mit Schule! Verantwortung von Schule!“****„Ehrenamtstag an Wiesbadener Schulen“**

Ähnlich aufgebaut wie z. B. der Girls' Day sollte es einen Tag im Jahr geben, an dem eine ganze Jahrgangsstufe - wir schlagen den Jahrgang 8 vor - einen Tag unterwegs ist, um sich darüber zu informieren, wie und wo ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen stattfindet und welche Möglichkeiten es gibt. Vielleicht muss es auch eine ganze Woche sein, damit nicht alle Schülerinnen und Schüler an dem gleichen Tag einen Platz finden müssen. Dies muss vorab geklärt werden.

An diesem Tag geht es im Jahrgang 8 nur um jugendliches Engagement. Zudem muss dieser Tag auch vorbereitet werden, indem das Thema in den Klassen grundsätzlich behandelt wird.

Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen zudem an diesem Tag eine Weiterbildung zum ehrenamtlichen Engagement von Jugendlichen erhalten.

Kosten: siehe Girls' Day (?) keine (?)

Kommentar Freiwilligenzentrum:

Um Jugendliche flächendeckend für das Ehrenamt zu begeistern und zu sensibilisieren, ist die Institution Schule ein unabdingbarer und sehr, sehr wichtiger Partner, der zukünftig unbedingt noch stärker mit an Bord geholt werden sollte. Dabei ist es in unseren Augen sehr wichtig, alle Schultypen miteinzubeziehen und vor allem auch Schulen in den äußeren Stadtbezirken einzubinden, die ggf. eine kleinere Auswahl an potentiellen Einsatzstellen für ihre Schüler im Umfeld haben. Wir unterstützen die Idee, die Schule als festen Kooperationspartner einzubinden, daher sehr.

Besonders erfolgsversprechend bei dieser Maßnahme ist auch die angedachte Schulung bzw. Sensibilisierung der beteiligten Lehrkräfte zum Thema Ehrenamt bei Jugendlichen. Für ein Gelingen der Maßnahme als Ganzes ist es unserer Ansicht nach mit das Wichtigste, die Lehrkräfte als Fürsprecher und Unterstützer dieses Aktionstages zu gewinnen.

Bei der Umsetzung muss der regelmäßige Kontakt zu den beteiligten Einrichtungen (diese sind schließlich nicht immer auf Hospitierende eingestellt und personell gut besetzt) und eine gute Schulung der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen im Vorfeld bedacht werden. Dies wird sicherlich einen größeren Koordinationsaufwand und ggf. viel Überzeugungsarbeit mit sich bringen.

Im Rahmen des bereits laufenden Projektes „Ehrenamt Schule“ im Freiwilligen-Zentrum arbeiten wir bereits erfolgreich mit ehrenamtlich Tätigen an verschiedenen Wiesbadener Schulen zusammen, mit denen gemeinsam engagierte Schülerinnen und Schüler identifiziert und angesprochen werden könnten. Zudem könnte das Projekt auch auf Schülerinnen und Schüler als Engagierte ausgeweitet werden.

1. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Man könnte für alle Klassen der Stufe 8 (in ganz Wiesbaden und in allen Schultypen) einen Einrichtungsbesuchstag einrichten, an dem sie 2 - 3 Einrichtungen als Gruppe kennenlernen können, in der man ehrenamtliches Engagement lebt. Dies würde den Koordinationsaufwand und die Betreuungsproblematik in den Einrichtungen sicherlich verringern.

Engagierte Jugendliche in der gleichen Schule könnten auch als Vorbilder für jüngere dienen, sodass ein ehrenamtliches Engagement auch in der einzelnen Schule allein mit jüngeren Schülerinnen und Schülern im Blick behalten werden sollte (als „Ehrenamtslotsen“ in der Schule einsetzen).

Auf eine Zusammenarbeit mit dem Projekt „Ehrenamt Schule“ wurde bereits hingewiesen - hier ergeben sich viele Schnittstellen und die Projektverantwortlichen stehen sehr gern für weiteren Austausch und Abgleich bereit.

2. Die Priorität (inhaltlich) wird folgendermaßen bewertet:

Mittel: Ehrenamtliches Engagement muss frühzeitig jungen Menschen nähergebracht und zu einer Selbstverständlichkeit gemacht werden. Jugendliche können im Rahmen von verpflichtenden schulischen Veranstaltungen für dieses Thema sensibilisiert und mit interessanten Engagementfeldern vertraut gemacht werden. Erfahrungen in anderen Ländern zeigen hier große Erfolge (z. B. Niederlande).

3. Kostenabschätzung:

Auch bei der Umsetzung dieser Maßnahme muss aufgrund der Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren, die beteiligt sein werden - Schulamt, Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Einrichtungen - an eine hauptamtliche Koordination gedacht werden, wenn man dieses Engagement an möglichst vielen Wiesbadener Schulen und dort möglichst vielen Lehrkräften vorstellen und implementieren möchte. Zudem sollte mit weiteren Kosten für Konzeption, Werbung und Dokumentation der Veranstaltungen kalkuliert werden.

Für die Etablierung eines Wiesbaden-weiten Engagement-Tages für Schülerinnen und Schülern an verschiedenen Schulen und in verschiedenen Einrichtungen möchten wir folgende grobe erste Schätzung für entstehende Kosten geben:

- mind. ½ Stelle zur Information (Erstellung Werbematerialien und Durchführung von Informationsmaßnahmen, Organisation der Schulungen für die Lehrkräfte, Einbindung relevanter Akteurinnen und Akteure), Ansprache und Akquise von Schulen und Einrichtungen und der Koordinierung am eigentlichen Aktionstag, Nachbereitung, allg. Verwaltung und Abrechnung entstandener Aktionskosten, etc.) für mind. drei Jahre zwecks nachhaltiger Implementierung;
- Maßnahmen und Kosten einer großangelegten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
- Schulungskosten für die Lehrer-Fortbildungen,
- ggf. Fahrtkostenerstattung der Klassen und anderer Akteurinnen und Akteure
- Erstattung von Kosten, die bei den Einrichtungen im Rahmen des Aktionstages entstehen (erhöhter Personalaufwand, Aktionskosten, Versicherung, etc.)

Dies ergibt in unserer Schätzung jährlich sicherlich Kosten von mindestens 35.000 bis 40.000 €, je nachdem wie großflächig Schulungen, Kostenerstattung und Werbemaßnahmen sowie der festgesetzte Umfang des Tages (z. B. Anzahl Schulen, Schülerinnen und Schüler, etc.) ausfallen sollen.

„Wertschätzungsausflug“

Vor den Sommerferien soll ein „Wertschätzungsausflug“ stattfinden. Anmeldefrist könnte der 31. Januar sein.

Anmelden können sich alle Schülerinnen und Schüler z. B. des Jahrgangs 9, die sich ehrenamtlich engagieren und dies durch eine Bestätigung ihres Vereins, eine Ehrenamtskarte oder eine Juleica (Jugendleitercard³⁴) nachweisen können.

Sie melden sich in ihren Sekretariaten an und erhalten dann vor den Sommerferien einen Tag schulfrei und bekommen einen Wertschätzungstag organisiert. Für die Organisation und ggf. auch das Sponsoring könnte die Wiesbaden Stiftung angefragt werden, die sich über den Leonardo Award so auch für die ehrenamtlichen Jugendleiterinnen und -leiter und engagierten Jugendlichen außerhalb von Schule einsetzen könnte.

³⁴ Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für einen Träger der Jugendhilfe tätig sind, können die Juleica beantragen, wenn sie mindestens 16 Jahre alt sind und die Teilnahme an einer den Richtlinien entsprechenden Ausbildung nachweisen können.

Die Koordination der Anmeldungen sollte allerdings beim städtischen Schulamt bleiben. Das Ziel ist, dass engagierte Jugendliche gemeinsam einen wunderschönen Tag erleben, sich wertgeschätzt fühlen, sich austauschen und auch vernetzen können und gemeinsam erleben, dass sich auch sehr viele andere Jugendliche in der Stadt engagieren. Ein partizipativer Prozess, was sich die Jugendlichen wünschen, ist zudem unbedingt notwendig.

Trotzdem soll es tolle Überraschungen und kleine Gutscheine geben. Die Platzzahl kann gedeckelt werden, um Kosten einschätzen zu können.

Kosten: 200 Plätze zu 100 € = 20.000 € (minus Einnahmen der Sponsorinnen und Sponsoren Wiesbaden Stiftung)

„Jugendliches Ehrenamt bei Schulentwicklung strukturell mitdenken!“

Um ehrenamtliches Engagement von (Kindern und) Jugendlichen zu fördern, muss gewährleistet werden, dass neue Ganztagsschulangebote und (Modell-)Projekte wie z. B. der „Pakt für den Nachmittag“ jugendliches Engagement nicht erschweren oder sogar verhindern. Demnach müssen die handelnden Personen zwingend miteinander vernetzt werden und Institutionen wie z. B. der Stadtschülerrat und der Stadt Elternbeirat in Entwicklungen dahingehend miteinbezogen werden, dass sie ihre Ideen und Meinungen einbringen können und sehr gut informiert werden über die Möglichkeiten, die Eltern und Jugendliche haben, trotz z. B. einer gebundenen Form der Ganztagsschule am Nachmittag an außerschulischer Jugendarbeit ehrenamtlich teilzunehmen oder diese zu verantworten.

Kosten: keine

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Zur Umsetzung der hier skizzierten Vorschläge müsste die Bereitschaft des Hessischen Kultusministeriums bewirkt werden. Da dies nach Einschätzung der Kommentatorinnen und Kommentatoren ein langwieriger Prozess sein wird, schlagen sie einen niedrigschwelligen Zugang vor. Das Amt für Soziale Arbeit geht auf das staatliche Schulamt mit dem Vorschlag zu, in Wiesbaden mit ausgesuchten Akteurinnen und Akteuren ein Modellvorhaben zu starten. Darin können die Vorschläge aus dem Handlungsfeld eingehen und eigene Ideen der Beteiligten aufgenommen werden.

Kosten: zunächst keine zusätzlichen.

Priorität Verwaltung: mittel

Block 3: Wertschätzung verbessern

„Wertschätzung von jugendlichem Engagement!“

a) „Wertschätzungs-Vergünstigungen-Fonds“

Die Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen muss eine Querschnittsaufgabe sein. Und sie muss von Jugendlichen selbst bestimmbar sein!

Deshalb schlagen wir vor, dass ein „Wertschätzungs-Fonds“ eingerichtet wird:

Wir haben in Wiesbaden 16 Gesellschaften und 26 Ämter (siehe Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden). Wenn jede Gesellschaft und jedes Amt je nach Größe und Budget zwischen 500 € und 5.000 € in einen „Wertschätzungs-Fonds“ einzahlen würden (42 x im Durchschnitt 2.750 € = 115.500 €), könnten so unzählige Vergünstigungen für Juleica-Inhaberinnen und -Inhaber geschaffen werden (inkl. Verwaltungskraft im SJR).

Die Verwaltung und Abrechnung kann über eine weitere Verwaltungskraft im Stadtjugendring erfolgen. Denn jede Firma, jede Einrichtung und jedes Café o. ä. muss eine monatliche Abrechnung einreichen, damit gesteuert werden kann, wie lange bestimmte oder alle Vergünstigungen aufrechterhalten werden können. Denn wenn das Geld ausgegeben ist, gibt es ab dem Zeitpunkt für das laufende Jahr keine Vergünstigungen mehr.

Kosten: 115.500 € aufgeteilt auf ca. 42 städtische Ämter und städtische Gesellschaften [Personal inkl.]

WICHTIGER HINWEIS: Alle weiteren Ideen fußen darauf, dass es finanzielle Mittel für die (selbstbestimmte) Wertschätzung von jugendlichem Engagement gibt!

b) „Wertschätzung durch Vergünstigungen!“

In einer vom SJR offen beworbenen AG werden nun Vergünstigungen überlegt, die Jugendleiterinnen und -leiter und andere engagierte Jugendliche interessieren und durch die sie sich wertgeschätzt fühlen. Die Vergünstigungen sollten immer max. die Hälfte einen Eintritts o. ä. betragen und sollten als einzelne den Betrag von 7,50 € nicht überschreiten.

Als **HIGHLIGHT** wird jedes Jahr auf der Jahreshauptversammlung des SJR über eine „Highlight-Vergünstigung“ abgestimmt, die dann einen vollen Eintritt, z. B. in die Kletterhalle oder ein Schwimmbad oder eine Minigolf-Bahn usw., betrifft. Dieses Highlight soll jedes Jahr noch einmal die Wertschätzung von Jugendleiterinnen und -leitern in ganz besonderer Form herausheben.

Kosten: keine, da sie über den „Wertschätzungs-Vergünstigungen-Fonds“ abgedeckt sind!

c) „Jugend-Ehrenamts-Café als ständig wechselnde Vergünstigung!“

Die Gruppe findet die Idee grundsätzlich super toll, dass jugendliche Ehrenamtliche die Möglichkeit haben, sich in einem tollen, schönen Café in der Innenstadt o. ä. zu treffen und auch dahingehend wertgeschätzt zu werden, dass sie sehr günstig beispielsweise ein Stück Kuchen und einen Tee erwerben können.

Allerdings findet die Gruppe es organisatorisch und bezüglich der Umsetzung sehr kompliziert und ggf. mit hohen Kosten verbunden, wenn ein NEUES Café dafür aufgemacht werden muss.

Deshalb entwickelt die Gruppe folgende alternative Idee:

- Es gibt über z. B. Social Media die Möglichkeit für Cafés, sich um das „Ehrenamts-Wertschätzungs-Café des Monats“ zu bewerben. Gleichzeitig können jugendliche Engagierte selbst Vorschläge machen.
- Dann wird mit dem Café verhandelt, ob es auch von sich aus eine Vergünstigung zur Verfügung stellen würde.
- Anschließend wird festgelegt, welche Vergünstigung(en) es für diesen Monat sein soll(en). Das Café bekommt dafür ein festes Budget und muss mindestens wöchentlich mit dem SJR abrechnen.

- Darüber hinaus gibt es eine Art „Stammtisch-Tischkunstwerk“, das im Café auf einen besonders schön gelegenen Tisch gestellt wird, damit die jugendlichen Ehrenamtlichen einmal erkennen, dass dieses Café diesen Monat eine Vergünstigung bietet und zudem eine Vernetzung stattfinden kann, wenn klar ist, dass alle engagierten Jugendlichen sich dann auch an diesen Tisch setzen.

Kosten: keine, da sie über den „Wertschätzungs-Vergünstigungen-Fonds“ abgedeckt sind!

d) „Wiesbadener Ehrenamtskarte für Wiesbadener Jugendliche“

Um auch Jugendliche wertschätzen zu können, die sich ehrenamtlich engagieren, aber keine Juleica besitzen und auch nicht die Anforderungen einer Ehrenamtskarte erfüllen, aber trotzdem wertvolle Beiträge leisten, muss eine neue „Karte“ entwickelt werden und zentral über das Amt für Soziale Arbeit, Abteilung Jugendarbeit ausgegeben werden.

Wie diese Karte aussehen kann, welche „Anforderungen“ an diese bzw. das Engagement von Jugendlichen gestellt werden müssen, und wie viel Geld hinterlegt werden muss, damit auch alle Vergünstigungen wie für Jugendleiterinnen und -leiter gewährt werden können, muss erarbeitet werden.

Kosten: Entwicklung und Druck der Karte = Bitte um Kalkulation an Amt 51 - Vergünstigungen wären über „Wertschätzungs-Fonds“ abgedeckt.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

a) „Wertschätzungs-Vergünstigungen-Fonds“

Die AG schlägt vor, oben genannten Fonds einzurichten. Er speist sich aus Beiträgen der städtischen Ämter und der Gesellschaften die Summen zwischen 500 und 5.000 € p. a. einzahlen. Die Kommentatorinnen und Kommentatoren sind der Meinung, dass dies nicht machbar ist, weil Ämter über zweckgebundene Haushaltsmittel verfügen, dazu gehören keine Mittel für die Bildung dieses Fonds. Gesellschaften verfügen häufig über Gebühren, die nur für die Zwecke verwandt werden dürfen, für die sie erhoben werden.

Im Prozess der Entwicklung des Handlungsprogrammes „Jugend ermöglichen“ muss vielmehr entschieden werden, ob es den Fonds geben soll, wenn ja sind die Mittel dafür im Haushalt 2020/2021 anzumelden. Kosten ggf. 120.000 € p. a.

b) und c) Umsetzung ist an den Fonds geknüpft.

d) „Wiesbadener Ehrenamtskarte für Wiesbadener Jugendliche“

Sollte organisatorisch bei der Wiesbadener Ehrenamtskarte angegliedert sein. Das trägt zur Transparenz für alle bei.

Priorität Verwaltung: niedrig

Block 4: Modellprojekt Hauptamtlichkeit in Jugendorganisationen

„Gewinnung von Ehrenamtlichen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Jugendorganisationen sowie Motivation und Qualifikation von schon engagierten Jugendlichen“

Modellprojekt: „Hauptamtliche Stellen für die Jugendorganisationen“

Die Auseinandersetzung mit der Thematik Hauptamtlichkeit bei Jugendorganisationen ist nicht neu. Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat im Rahmen seiner Weiterbildung im März 2017 das Thema an Priorität 2 für die Legislaturperiode 2017 - 2021 gesetzt und in seiner Sitzung am 31. Mai 2017 der Verwaltung und dem SJR den Auftrag erteilt, „die Umsetzung des Modellprojektes weiter vorbereiten und bearbeiten. Es soll an den JHA berichtet werden“.

Jüngste Recherchen des SJR haben ergeben, dass es keinerlei Forschungsprojekte sowie Publikationen zu konkreten Wirkungen von hauptamtlichen Jugendbildungsreferentinnen und -referenten gibt. Im Kontakt zur Uni Hildesheim hat sich jedoch ergeben, dass diese großes Interesse an einem Kooperationsprojekt zur Erforschung von hauptamtlichen Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in Jugendorganisationen hat. Dazu haben die Professoren Graßhoff und Schröer (Mitautor des letzten Kinder- und Jugendberichtes des Bundes) einen konkreten Vorschlag gemacht, der hier am Ende der Ausführungen der Gruppe angehängt ist.

In gemeinsamer Abstimmung mit der Uni Hildesheim und dem SJR schlägt die Workshop-Gruppe folgendes Modellprojekt vor, das eine Laufzeit von 2020 bis 2023 haben soll und innerhalb dieser vier Jahre möglichst viele Erkenntnisse über eine wirkungsvolle Förderung von Jugendorganisationen durch Hauptamtliche generieren soll.

Das erklärte Ziel ist auch hierbei, dass es ein ämterübergreifendes Projekt sein soll, welches möglichst alle Facetten traditioneller Jugendverbände aber auch neuer Engagementformen und selbstorganisierter Zusammenschlüsse von Jugendlichen erforschen muss. Dazu muss bedacht werden - wenn das Projekt beim SJR angesiedelt werden sollte - dass auch alle infrastrukturellen und verwalterischen Fragen mitgedacht werden müssen. Dazu werden selbstverständlich konkrete Vorschläge unterbreitet. Es ist uns nur wichtig, das an dieser Stelle deutlich zu erläutern.

Folgende wichtige Forderungen gehen u. a. mit dem Modellprojekt einher:

- Wir wünschen uns ein Modellprojekt mit insgesamt sechs Stellen für Jugendbildungsreferentinnen und -referenten.
- Davon sollen drei Jugendverbände mit vollen Stellen, vier mit halben Stellen und alle anderen mit einer vollen Stelle beim SJR profitieren. (Ein Vorschlag: Der SJR begleitet mit dieser Stelle themenbezogen die Jugendverbände und setzt gleichzeitig die Personalmittel ein, um die Projekte „Marketingkampagne über Social Media“ und „Juleica-Ausbildung international“ zu begleiten).
- Die Entscheidung über die Anstellung eines Hauptamtlichen trifft die demokratisch gewählte Vertretungsform der Jugendorganisation.
- Die Weisungsbefugnis für die Hauptamtlichen in den Jugendorganisationen muss zwingend bei der demokratisch gewählten Vertretungsform der Jugendorganisation liegen.
- Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten müssen sich ausdrücklich bereiterklären, sich in kollegialen Beratungsprozessen und Supervisionen kritisch und konstruktiv mit ihren Rollen, Herrschaftsstrukturen, Machtverhältnissen und Fähigkeiten zur partizipativen Arbeit auseinandersetzen.
- Eine Stelle einer Jugendbildungsreferentin/eines Jugendbildungsreferenten muss zudem über ein gewisses Budget für Infrastruktur, Sach- und Projektmittel verfügen.
- Teil des Stellenprofils muss zudem die Mitarbeit im SJR und die Vernetzung mit den anderen JuBiRefs in Wiesbaden, insbesondere zu folgenden Arbeitsbereichen sein:

- Netzwerkprojekte
- Juleica-Referentinnen und -Referenten
- Vollversammlungen
- sechsmal pro Jahr Coaching/Supervision/kollegiale Beratung durch externe Fachleute (Ergebnisse fließen in wissenschaftliche Begleitung ein)
- Die Uni Hildesheim arbeitet ausdrücklich in Kooperation und nicht im Auftrag der Stadt Wiesbaden oder des SJR und behält sich das Recht auf „freie Forschung“ vor.

Im Anhang wird ausführlich erläutert, welche Stellenumfänge für welche Jugendverbände angedacht sind. Dabei ist zu beachten, dass wir sozusagen über das „Genre“ der Jugendverbände nachgedacht und einen Vorschlag gemacht haben, aber im Zuge dieses Konzeptes nicht so weit gehen wollten, konkrete Jugendverbände zu benennen. Der SJR hat dazu allerdings schon konkrete Überlegungen angestellt.

Die Professoren der Uni Hildesheim sehen, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit grundsätzlich in einem Wandlungsprozess befindet. Im 15. Kinder- und Jugendbericht wird herausgestellt, dass die Jugendarbeit im Vergleich zu anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe vor vielen Herausforderungen steht.

Sowohl die Vermessung des Feldes der Kinder- und Jugendarbeit ist komplex als auch die Bedeutung für die Nutzerinnen und Nutzer empirisch vielfältig. Konsens aber besteht in der Einschätzung, dass Kinder- und Jugendarbeit als Sozialisationsinstanz für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen hoch bedeutsam ist. Vor allem die Jugendverbände leisten hier einen zentralen gesellschaftlichen Beitrag, jungen Menschen Erfahrungen von Teilhabe wie auch Selbstwirksamkeit zu ermöglichen.

Es ist in der Forschung zur verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit bekannt, dass das Hauptamt Auswirkungen auf die Förderung des Engagements von jungen Menschen insgesamt hat (Seckinger et al. 2009).

Partizipatorische Herangehensweise des Forschungsprojektes

In diesem partizipativ angelegten Projekt (Graßhoff 2018) wird die Weiterentwicklung der kommunalen Jugendverbandsarbeit in der Stadt Wiesbaden erforscht. Gemeinsam mit jungen Menschen wird die Frage geklärt, welche Gelingensbedingungen wie auch Hindernisse bei der Ausgestaltung der Stellen der hauptamtlichen Jugendbildungsreferentinnen und -referenten empirisch identifizierbar sind.

Das Grundverständnis des Forschungsprojektes kann dabei als eine Ongoing- oder formative (gestaltende) Begleitung verstanden werden. Im Gegensatz zu einem Implementierungsprojekt, in dem man sich eher auf einen konkreten Zielzustand beziehen kann, befinden sich hier die Beteiligten in einem gemeinsamen Gestaltungs- und Modellprozess.

Projektziele und Forschungsfragen

- Welche organisatorischen Rahmenbedingungen der hauptamtlichen Jugendverbandsarbeit fördern das Engagement von jungen Menschen in der Stadt Wiesbaden?
- Welche quantitativen wie auch qualitativen Kennzahlen können das Engagement von jungen Menschen insgesamt abbilden?
- Wie lassen sich die organisierten Formen der Jugendverbandsarbeit im Haupt- und Ehrenamt im Hinblick auf eine diversitätssensible „Personalentwicklung“ analysieren? Inwiefern entsprechen die Strukturen der Jugendverbandsarbeit der Heterogenität von jungen Menschen im Hinblick auf z. B. Geschlecht, Migration, Religion?

Kosten: 485.560.- Euro pro Jahr.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Zur Bearbeitung dieses Bereiches schlägt die AG Engagement die Einrichtung eines Modellprojektes vor, das mit sechs Bildungsreferentenstellen (JuBiRef), einer Verwaltungsstelle und einem Budget für die Begleitforschung von 40.000 € p. a. ausgestattet sein soll. Das Vorhaben soll eine Laufzeit von vier Jahren haben. Die Kommentatorinnen und Kommentatoren teilen die Auffassung, dass Ehrenamt Hauptamt braucht. Aber niemand weiß, wie viel Ehrenamt braucht wie viel Hauptamt. Um sich dem Thema weiter zu nähern, schlagen die Kommentatorinnen und Kommentatoren vor, den schon im JHA eingeschlagenen Weg zu beschreiten und gemeinsam mit der Feuerwehr und Jugendfeuerwehr das dort beschriebene Problem aufzugreifen und zu beschreiben, welche Tätigkeiten sinnvollerweise von einem Hauptamtlichen zu verrichten sind und gemeinsam zu entwickeln, wie das Vorhaben evaluiert wird.

Nach zwei Jahren sollte das Vorhaben ausgewertet werden und beschrieben werden, ob und wie es multipliziert werden kann. Es soll ein lernendes Vorhaben für Wiesbaden unter Einbeziehung der Kinder- und Jugendhilfeplanung implementiert werden. Kostenkalkulation: halbe Stelle Jugendbildungsreferentin/-referent (Eingruppierung S12, ca. 32.000 €), plus Büroausstattung und Budget für Assistenz, Budget für Auftragsevaluation³⁵ (ca. 20.000 €; Teilfinanzierung einer Stelle; max. ¼ Stelle), ca. 60.000 € p. a. insgesamt.

Folgende Ergänzung zur Maßnahme sehen wir als wichtig an:

In diesem Kontext schlagen die Kommentatorinnen und Kommentatoren vor, ein Vorhaben zu Förderung von „GEB-Gesellschaftlichem Engagement Benachteiligter in der offenen Jugendarbeit“ zu etablieren und es mit dem gleichen Budget auszustatten. Die Bertelsmann Stiftung hat dazu in den Jahren 2012 und 2013 im Rahmen ihres Programmes „jung bewegt“ ein Modellprojekt an der Universität Hamburg finanziert. An den Ergebnissen kann angeknüpft werden.

Kosten 60.000 € p. a. (1/2 Stelle für vier Einrichtungen = à 5 Std. pro Einrichtung plus 20.000 € zwecks Evaluation des Ansatzes)

Kosten: insgesamt 120.000 € p. a. zunächst befristet für zwei Jahre:

Priorität Verwaltung: hoch

Ergänzung Jugendhilfeausschuss / Fachausschuss Jugend und Planung:

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die Ressource für das Projekt „Hauptamtlichkeit...“ höher anzusetzen als im obigen Vorschlag des Amtes für Soziale Arbeit, im Vergleich zur ursprünglichen Kalkulation aber eher einen Mittelweg zu wählen. Es sind auf jeden Fall mehrere Jugendbildungsreferentenstellen im Modellprojekt vorzusehen. Diese Kalkulation soll in die Liste Handlungsprogramm übernommen werden.

Neue Kalkulation Amt für Soziale Arbeit: 3,5 Stellen (Vollzeitäquivalente/VZÄ) Jugendbildungsreferent/-in à ca. 64.000 € je VZÄ (= 224.000 € p.a.) plus ca. 8.000 € für Büro und Assistenz plus 20.000 € für die Evaluation, ergibt für die Verbände des Jugendrings eine Summe von 252.000 €; hinzukommen die o. g. Maßnahmen für Förderung des Engagements in der offenen Jugendarbeit (inkl. Evaluation) in Höhe von 60.000 €. Dies ergibt dann für das obige „Gesamtpaket Hauptamtlichkeit“ eine Summe in Höhe von 312.000 € p. a. für 4 Jahre.

³⁵ Die in der Anlage zum AG-Bericht genannten Forschungsfragestellungen gehen deutlich über das engere Evaluationsinteresse der Stadt Wiesbaden hinaus, sie müssten zum Teil aus anderen Quellen finanziert werden, auch um die Unabhängigkeit der universitären Forscherinnen und Forscher zu gewährleisten.

Block 5: Verbesserungen bei Juleica**1. „Juleica-Ausbildung international“****Ziele des Projektes:**

- Förderung von internationalen Begegnungen in Wiesbaden
- Förderung von bestehenden Städtepartnerschaften
- Nachwuchs finden für die Arbeit in den Partnerschaftsvereinen
- Förderung und Wertschätzung von engagierten Jugendleiterinnen und -leitern von Jugendorganisationen in Wiesbaden
- Schaffung von Möglichkeiten zur Begegnung von bildungsbenachteiligten Jugendlichen und Stärkung dieser Zielgruppe in der Zusammenarbeit mit Jugendleiterinnen und -leitern aus den Wiesbadener Jugendorganisationen

Die Idee zum Projekt „Juleica international“ ist aus drei Perspektiven entstanden:

- Geht es darum, jugendliches Engagement auf eine ganz besondere Art und Weise wertzuschätzen?
- Geht es darum, dass Jugendliche für internationale Kinder- und Jugendarbeit begeistert werden und demnach gleichermaßen für die Themen Friedensarbeit, Solidarität, Freundschaft und Demokratie?
- Sollen zudem die Partnerschaftsvereine Wiesbaden einen spürbaren Aufschwung erhalten?

Ganz konkret funktioniert das Projekt so, dass bis zu 18 Jugendliche aus max. neun Jugendorganisationen eine zehntägige Juleica-Ausbildung in den Sommerferien in einer Partnerstadt Wiesbadens erhalten, die für sie kostenfrei ist.

Kosten: ½ Stelle Sozialpädagogin/-pädagoge: 30.000 € plus eine Ausbildung pro Jahr: 15.000 €, plus Verwaltungskostenpauschale: 5.000 € = 50.000 € pro Jahr.

Eine weitere Idee dazu:

Dieses Projekt könnte in das „Modellprojekt Hauptamtlichkeit bei Jugendorganisationen“ integriert werden.

2. „Kostenfreie Juleica-Aus- und Weiterbildungen inklusive Aufbau eines Pools aus Teamerinnen und Teamern“

Der Stadtjugendring soll in die Lage versetzt werden, dass er mindestens zwei Juleica-Ausbildungen inkl. Erste-Hilfe-Kurs sowie zwei Verlängerungsseminare *kostenfrei* anbieten kann. Darüber hinaus soll erreicht werden, dass ein Pool aus Teamerinnen und Teamern aus Wiesbadener Jugendleiterinnen und -leitern zusammengestellt und begleitet wird. Diese Teamerinnen und Teamer sollen aus unterschiedlichen Jugendorganisationen kommen, sich auf bestimmte Module der hessischen Standards spezialisieren und über die Pauschale für Übungsleiterinnen und -leiter (ÜL) vergütet werden.

Sie führen in Teams die Juleica-Aus- und Weiterbildungen durch. Dadurch wird erreicht, dass Jugendleiterinnen und -leiter aus verschiedenen Jugendorganisationen stetig qualifiziert werden, sich vernetzen, sich besonderes Wissen aneignen und all dies wiederum in ihre Jugendorganisation einbringen. Dieses Konzept dient also auch zur Stärkung der Jugendorganisationen.

Kosten: ½ Stelle TVöD SuE12 für „Projektleitung“ sowie 10.000 € (ÜL-Pauschale Teamerinnen und Teamer, Arbeitsmaterial, Werbekosten, Verpflegung usw.)

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Der Vorschlag sollte aufgegriffen werden.

Zu 1.: Im Netzwerk Wiesbaden Weltweit wird über die Teamerqualifizierung in der internationalen Jugendarbeit diskutiert. In dieser Diskussion ist die Ausbildung Juleica International zu integrieren, zu vernetzen und zu finanzieren.

Zu 2: „Kostenfreie Juleica-Aus und Weiterbildungen inklusive Aufbau eines Pools aus Teamerinnen und Teamern“: Das Vorhaben wird dem Grunde nach nachvollzogen.

Kosten: ca. 80.000 €.

Priorität Verwaltung: niedrig

10.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld

Werbung fürs jugendliche Ehrenamt verbessern	
Datenbank / Übersicht	nicht so wichtig
Marketingkampagne Social Media	nicht so wichtig
Zusammenarbeit mit Schulen zum Thema jugendliches Ehrenamt verbessern	wichtig
Wertschätzung verbessern	wichtig
Modellprojekt Hauptamtlichkeit Jugendorganisationen	nicht so wichtig
Verbesserungen bei Juleica	wichtig

Weitere Ideen der Jugendlichen beim Youth Statement:

Der Wertschätzungsvergünstigungstopf soll nicht nur Juleicabesitzern offen stehen, sondern allen Jugendlichen, die sich engagieren

Die sollen einfach eine Juleica machen.

Bitte einen vergünstigten Auslandsaufenthalt für sozial und finanziell Benachteiligte (Sponsoren?!)

10.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld

Summe A + B
608.500 €

Übersicht Handlungsfeld Engagement		
Ausgangspunkt(e)	Ziele	Maßnahmen (M = Zeilennummer Übersichtsliste Kap. 13) (Kostenübersicht vgl. dort)
Die Hälfte der befragten Jugendlichen engagiert sich weder in Vereinen/ Organisationen noch im Alltag. Die wichtigsten Gründe, die sie nennen, sind wenig Zeit oder andere Interessen - aber etwa jeder achte der Jugendlichen sagt auch, er/sie hätte noch nicht das Passende gefunden und/oder wüsste nicht, wo er/sie was machen könnte.	1. Kindern und Jugendlichen muss ehrenamtliches Engagement „auf der Straße“ begegnen, in der Schule, im Elternhaus und natürlich in allen öffentlichen Einrichtungen. 2. Kinder und Jugendliche müssen dabei das ehrenamtliche Engagement nicht als Bürde oder Zwang kennen lernen, sondern als Freude das „WIR“ in der Stadt mitgestalten zu können/dürfen. 3. Ehrenamtlich engagierte Jugendliche müssen sich kontinuierlich und verlässlich in wertschätzende Beziehungen zu hauptamtlichen Bildungsreferentinnen und -referenten begeben können, mit deren Rat, Unterstützung und/oder Begleitung ihr Ehrenamt mehr Freude macht, verwalterische Prozesse erleichtert werden, Wertschätzung erfahren wird und auch ein Scheitern erfolgreich begleitet werden kann. 4. In der Stadtverwaltung, in der Schule, in Betrieben und Unternehmen sowie an so vielen Orten wie möglich muss das ehrenamtliche Engagement aktiv gefördert, wertgeschätzt und positiv begleitet werden.	A) als <u>besonders wichtig</u> priorisiert*: - Datenbank/Übersicht (Engagementmöglichkeiten Jugendliche) (M 44) - Zusammenarbeit mit Schulen zum Thema jugendliches Engagement verbessern (M46) - Wertschätzung verbessern (M 47) - Modellprojekt Hauptamtlichkeit in Jugendorganisationen (M 48) - Verbesserungen Juleica (M 49)
		B) als <u>wichtig</u> priorisiert*: - Marketingkampagne Social Media (M 45)
		C) sonstige Prioritäten*: keine

* „besonders wichtig“: von mindestens zwei Gruppen als hoch bzw. wichtig priorisiert;

„wichtig“: von einer Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert;

sonstige Prioritäten: wenn von keiner Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert (also höchstens mittlere Priorität)

11 Handlungsfeld Informationsfluss

11.1 AG Informationsfluss zur Jugendstudie

Prozessbegleitung: Marie Becker; in Grau: Texte aus dem Bericht der AG

Relevante Ausgangsbefunde aus der Jugendstudie	- Nur etwa ein Viertel der Jugendlichen fühlt sich gut informiert über Angebote und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. - Jugendliche, die mit der Freizeitsituation (sehr) zufrieden sind, fühlen sich zu 42 % ausreichend informiert. Diejenigen, die mit der Freizeitsituation sehr unzufrieden sind, fühlen sich nur zu 13 % ausreichend informiert, und 32 % von ihnen äußern Bedarf nach mehr Information. - Jugendliche sind (immer noch) am besten über persönliche Ansprache und persönliche Kontakte erreichbar, soziale Medien erweitern das Ansprache-Spektrum. Nicht unerheblich sind auch die Schulen, die insbesondere im Vergleich zu „journalistischen“ Medien weitaus bedeutsamer sind.
Ausgangsfragen	- Könnte es sinnvoll sein, Informationen für Jugendliche über Beteiligungsmöglichkeiten, Engagementformen, Ansprechpersonen und Freizeitaktivitäten zu bündeln? - Welche Art der Informationsvermittlung ist für diese Zielgruppe sinnvoll? - Kann das städtische Informationsangebot im Hinblick auf „jugendliche Informationsbedürfnisse“ angepasst und beworben werden?
Anzahl der Sitzungen/ AG-Termine	sechs
Regelmäßig mitwirkende AG-Mitglieder	- Amt für Soziale Arbeit, Schulsozialarbeit - Amt für Soziale Arbeit, Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren (2 Personen) - Stadtjugendring - Jugendinitiative Spiegelbild - Jugendliche
Einbezogene Expertinnen und Experten	- Mitarbeitende Jugendarbeit der Stadt Mainz, von www.jugend-in-mainz.de - Pressereferat Wiesbaden, Social Media - Wiesbaden Marketing GmbH
Wichtige Ergebnisse aus den Expertengesprächen	Aus den Erfahrungen des Kontextes Jugend-in-Mainz.de lässt sich ableiten, dass die Unterstützung der Stadt und Politik überaus wichtig ist. Die Webseite betreut ein städtischer Mitarbeiter mit einem (geringen) Stundenkontingent. Diese ist im Laufe der Jahre an Umfang nach den aktuellen Bedarfen gewachsen. Außerdem waren folgende Fragen, Tipps und Ideen gut für eine potentielle Webseiten-Entwicklung: - genaues Überlegen bzgl. Gästebuch, Chat-Möglichkeiten - auf Barrierefreiheit achten - Lesbarkeit auf Desktop und verschiedenen mobilen Endgeräten

	• Bewerbung der Seite über die Jugendzentren, Flyer, auf jedem Plakat der jugendspezifischen Einrichtungen, im Newsletter der Abteilungen, eigener Newsletter generiert aus den Inhalten der Webseite • Datenpflege per Zuruf, per Mail, am besten inkl. Bildern und ausformuliertem Text • Bei wem liegt die Verantwortlichkeit für die Inhalte? Kontrollorgane? • Logo-Wettbewerb für Jugendliche, Partizipationsmöglichkeiten suchen und anbieten • Von wem kommen die Inhalte? Expertinnen und Experten und/oder Jugendliche? • Zeitressourcen gut planen • (vgl. auch Details in der Anlage zum Protokoll 22.01.2018) Aus den Erfahrungen im Kontext Pressereferat der LH Wiesbaden sind ebenfalls gute neue Ideen und Erkenntnisse gewachsen. Folgendes ist für die Gruppe Informationsfluss wichtig: • unterschiedliche Funktionen der einzelnen Social Media-Kanäle: Facebook und Twitter eher für Informationen, Instagram eher für Bilder, Ästhetisches; dementsprechend unterschiedlich sind Zielgruppen und Möglichkeiten in der Nutzung • Zielgruppe der LH Wiesbaden bei Facebook sind 45 - 60-jährige Männer, weniger Jugendliche • Prinzipiell ist die Reichweite begrenzt, wenn Facebook ohne weitere Kosten genutzt wird. Aus den Erfahrungen im Kontext Wiesbaden Marketing GmbH: • Auf wiesbaden.de wird unter Gesellschaft und Soziales/Jugend/ Veranstaltungskalender aus dem „großen“ Veranstaltungskalender ein zweiter nur für Kinder und Jugendliche generiert. • Die Wiesbaden Marketing GmbH stellt die Möglichkeit zur Verfügung, auf der Seite für Jugendliche etwas zu installieren wie „Zehn Fragen von Jugendlichen“ und/oder eine Linksammlung zu jugendspezifischen Themen.
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen	Mini-Umfrage mit drei Fragestellungen, die an Jugendliche, Expertinnen und Experten, Eltern etc. weitergeleitet werden: • Welche Ideen hast du/haben Sie zum Thema Informationsfluss und Informationen für Jugendliche in Wiesbaden? • Welche Informationen brauchst du/brauchen Sie ganz konkret? • Welche Kanäle oder Wege nutzt du/nutzen Sie bisher?
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen	• Kommunikation der Jugendlichen über Freunde/Bekannte mit Social Media und WhatsApp • Form der Arbeitsweise jugendgerecht? (Sitzungen, Treffen) • Thema Informationsfluss weniger ansprechend als andere Themen • Entscheidungsfreiheit der Jugendlichen ernst nehmen (betrifft Gruppenzugehörigkeit bei den Handlungsfeldern)
Weitere relevante Rechercheergebnisse zu den Ausgangsfragen	• Hinweise zum Jugendinformationszentrum München: https://jiz-muenchen.de/ • Hinweise zu wienXtra: http://www.wienextra.at/

³⁶ nur zwei Antworten generiert, daher nicht nützlich

Auf Problemanalyse fußende Ziele oder: Was ist der zu verändernde Zustand?	Stadtweites freies WLAN für alle als garantierter Standard Leitsatz Die LH Wiesbaden stellt Infrastrukturen und Ressourcen (personell, finanziell, technisch) zur Verfügung, mittels denen sich Jugendliche offline und online informieren können. Diese sind an den Bedürfnissen und Lebenswirklichkeiten der Jugendlichen orientiert. Sie müssen regelmäßig evaluiert und angepasst werden. Grundvoraussetzungen • Akzeptanz und Toleranz für neue Medien und neuen Lebensstil • umfassende Informationen für alle und einfach zugänglich Ziele 1. keine Hürden, Niedrigschwelligkeit • technische Aufrüstung • freies Internet • alle Kanäle, z. B. Apps, Social Media • keine Benachteiligung durch fehlenden Medienzugang 2. zentraler Ort - digital und analog (Webseite und Raum) • ausreichend und kompetentes Personal • neutral • einheitliches Auftreten, gemeinsam, „Marke“ • unterschiedliche Wege, zielgruppengerecht • niedrigschwellige Beratungsangebote • Themen fixieren, inhaltlich • trägerübergreifend • Vernetzung in alle Richtungen 3. Leitlinien und verbindliche Standards • stadtweit - trägerübergreifend - plattformunabhängig • Transparenz der Standards • regelmäßige Evaluation der Standards, Entwicklung • LH Wiesbaden sieht sich in der Verantwortung • Nachhaltigkeit • Rolle von Massenmedien wird anerkannt (EU-Kinderrechtskonvention Art. 17) • keine restriktive Haltung, sondern medienbildnerisches Profil • Leitlinien entsprechen den Grundvoraussetzungen (siehe oben) 4. Medienkompetenz - Jugendliche - Eltern - Fachpersonal • politische Bildung für alle • Chancen eröffnen • Teilhabe und Möglichkeiten schaffen • digitale und analoge Welt miteinander vereinbar • Kommunikationswege einfach und sicher, in beide Richtungen
Handlungsvorschläge und Handlungsschritte der AG	Vgl. Abschnitt 11.3

11.2 Übersicht zu Handlungssträngen AG Informationsfluss



11.3 Die Maßnahmen im Einzelnen inkl. Kommentierungen

Block 1: Infozentrum

Informationszentrum - Haus der Jugendlichen (inkl. digitale Version)³⁷

- niedrigschwellig
- Themenvielfalt
- zentral gelegen
- viele Informationen für viele Bereiche
- Räume, Gruppenräume für Veranstaltungen (Klassenbesuche z. B.), Beratungsräume
- Einzelberatungsangebote
- Weiterbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, z. B. im Umgang mit sozialen Medien, digitalen Mitteln zur Nutzung im Unterricht
- Jugendliche beraten sich gegenseitig
- Infostand bei allen Festivals/Veranstaltungen in der Stadt/Events
- wie die Bibliotheks-Busse ein mobiles Zentrum, mobile Außenstelle
- von Jugendlichen für Jugendliche
- Verweis: Jugend-Scouts als Expertinnen und Experten auf gleicher Augenhöhe
- Informationen immer in alle Richtungen
- Schule als Informationszentrum?
- von Jugendlichen für Fachkräfte/Eltern
- ausreichend und angemessene Ressourcen (personell, finanziell, technisch)

³⁷ Vorläufige Projektideen/Sammlungen:

- Instagram-Projekt als Informationskanal
- große Öffentlichkeitskampagne
- Sollte es so etwas wie eine gemeinsame Webseite geben?
- Informationen im Sensor (freie Stadtzeitung), z. B. regelmäßiger Bericht über soziale Einrichtungen
- die zehn wichtigsten Fragen für Jugendliche auf wiesbaden.de (Jugend-Seite)
- statische Seite „Jugend in Wiesbaden“
- Schulkoooperationsprojekt mit unterschiedlichen Schulformen?
- Fortbildung: Wie erreiche ich Jugendliche in Wiesbaden?
- Newsletter

Kommentar Amt für Soziale Arbeit

Vorbemerkung zum Kommentar:

Ausgangspunkte der Forderung nach einem Informationszentrum inkl. digitaler Version waren die Tatsachen, a) dass sich viele Jugendliche nicht ausreichend informiert fühlen (z. B. im Bereich der Freizeitangebote) (AG Inflow) und b) dass sie sich bei Problemen zum Teil an niemanden wenden (AG Problembewältigung). Diese „Befunde“ sagen zunächst einmal nichts oder wenig darüber aus, ob tatsächlich das Informationsangebot für Jugendliche verbesserungsbedürftig ist. Es zeigt sich immer wieder (s. u. bei Risiken und Erfahrungen), dass es sich in vielen Fällen eher um Zugangsprobleme oder andere vorgelagerte Probleme handelt.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Da es bislang keine zentrale Stelle gibt, die für jugendgerechte und jugendbezogene Informationen zuständig ist, bietet ein Infozentrum sowie die dahinterliegende Struktur die Chance, hier eine klare Zuständigkeit und systematische Bearbeitung zu ermöglichen. Eine Chance besteht auch darin, „das Jugendamt“ hier einmal in einer anderen Form und über Sprechstunden auch an einem Ort den Jugendlichen zu vermitteln.

Das Risiko besteht darin, dass die zentrale Anlaufstelle zwar geschaffen wird und auch ganz gut aufgestellt wird, aber dennoch nur ein Bruchteil der Jugendlichen dort ankommt (und dann auch vielleicht nur die, die ohnehin auf anderem Wege auch an die Infos gekommen wären). In der digitalen Variante kann die Schnelllebigkeit der jugendlichen Nutzungsmoden sogar noch schneller zu einem Aus für ein an sich gutes Angebot führen.

2. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Eine zentrale Anlaufstelle für eine große Bandbreite an Fragen und Themen im von den AGs skizzierten Sinne gibt es so in Wiesbaden noch nicht. Allerdings gibt es mit dem „Job-Navi“ (Anlaufstelle für Jugendliche bei der Suche nach einem Praktikumsplatz und Unterstützung auf ihrem Weg in die berufliche Zukunft mit zentraler Stelle in der Fußgängerzone inkl. Facebook-Auftritt) und einem im Berufsschulzentrum neu eingerichteten niederschweligen Beratungsangebot namens „Connect“ die Erfahrung, dass es sehr lange Zeitläufe braucht, mit solchen Angeboten - trotz täglicher Öffnungszeiten - Jugendliche nachhaltig gut zu erreichen.

In München und Wien z. B. gibt es allerdings seit Jahren zentrale, gut funktionierende Jugendinfozentren, die auch die Seite digitaler Information mit abdecken. So hat das Münchener Infozentrum rund 22.000 Besuche/Kontakte pro Jahr³⁸ (davon 80 % im Laden (oder auf Außenterminen), 15 % Telefonate, 5 % E-mail) sowie 2017 1,5 Millionen Besuche der Website <https://jiz-muenchen.de/>). Der Erfolg beider Zentren basiert auf verschiedensten Faktoren, u. a. einer erheblichen Ressourcenausstattung beim Personal, einer guten („teuren“) Lage in der Innenstadt u. v. m.

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Eine Plattform für Jugendliche mit der Bündelung wichtiger (Jugend-)Themen (inkl. entsprechender Links) ist auch aus Sicht des Amtes für Soziale Arbeit wichtig und sinnvoll. Es kann auf Basis der Arbeitsergebnisse der AGs sowie eigener Erfahrungen derzeit aber noch nicht bestimmt werden, in welcher Form genau dies am sinnvollsten geschehen könnte. Vor diesem Hintergrund schlägt das Amt für Soziale Arbeit vor, im Rahmen einer **4-jährigen Modellphase** folgende Punkte zu bearbeiten:

- Unter Beteiligung von Jugendlichen und zuständigen Fachkräften ein **digitales Informationsportal** für Jugendliche aufbauen, das sich immer wieder den wandelnden Kommunikationsstrukturen Jugendlicher anpasst, zu mindestens folgenden (Jugend-)Themen:
 - Freizeitangebote, Events, inkl. Ferienangebote für Jugendliche
 - Orte für Jugendliche
 - Rechte von Jugendlichen

³⁸ Wenn man die Einwohnerzahl Münchens (rd. 1,4 Mio.) auf die Wiesbadener Einwohnerzahl (rd. 290.500) herunterbricht, dann müsste man in Wiesbaden von potentiell 4.600 Besuchenden ausgehen.

- Infos zu Beratungsangeboten für Jugendliche (zu mindestens folgenden Themen: Zusammenleben in der Familie, Stress in der Familie, Freundschaften, Partnerschaft, Beziehung, Sexualität, Schule/Lernen, Mobbing u. ä., Übergang Schule - Beruf (inkl. Freiwilligendienste), Auslandsaufenthalte, Konsum, Schulden, Überschuldung, Wohnung(ssuche), Sucht, Abhängigkeiten).
- Ermittlung der besten Möglichkeiten und Erprobung einer auch **räumlichen Verortung** eines zentralen „Informationsangebotes“ zu Jugendthemen
- Prüfung, ob und inwieweit bereits existierende städtische Beratungsangebote für Jugendliche sinnvoll ins Gesamtkonzept integriert werden könnten
- Erprobung von „Peer“-Projekten bei der Schaffung von Zugängen zum Informationsangebot

Nach zwei Jahren sollte überprüft werden, ob die Anfangsressource, die dem Aufbau der Struktur dient, so adäquat und ausreichend ist.

Sollte ein freier Träger bereit und in der Lage sein, diese Aufgabe zu übernehmen, so ist dies möglich. Ansonsten schlagen wir eine Verortung im Amt für Soziale Arbeit vor; von dort aus wäre eine Verknüpfung mit den verschiedenen Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch anderer städtischer Arbeitsbereiche gut zu bewerkstelligen.³⁹

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet: Hoch

5. Kostenabschätzung:

Kalkulationsbasis: 1,5 Stellen S12/Sozialarbeit verteilt auf zwei Personen (= rd. 100.000 € pro Jahr) sowie ein Sachmittelbudget für die Vergabe von Aufträgen für die digitale Variante (Informatiker und Webdesigner u. ä.) in Höhe von insg. 25.000 € (für zwei Jahre) sowie ca. 20.000 € jährlich für Büro und Büroausstattung.

Einmalig: keine

Laufend: 145.000 € für zunächst zwei Jahre (s. o.) (zusätzliche Ressource notwendig)

Danach Prüfung und Neukalkulation für weitere zwei Jahre.

Es wurde angenommen, dass in den ersten beiden Jahren keine Mietkosten für das Jugendinfobüro als räumliche Anlaufstelle entstehen.

³⁹ In der Abteilung Jugendarbeit beschäftigt sich eine Mitarbeiterin mit Peer-Education (17 h) und betreut zwei bestehende, gut funktionierende Peer-Projekte (zum Thema Liebe und Sexualität und Suchtprävention), die Youth Bank und berät zum Thema Peer-Projekte.

Block 2: Informationsführerschein

Informationsführerschein

- alle müssen hin wie bei der Fahrradschule
- Schulkontext/im Klassenverband
- mehrmals, unterschiedliche Bedarfe/Angebote abhängig vom Alter/Bedarf
- Nutzen für Lehrkräfte, Entlastung
- soziale Inhalte werden vermittelt (z. B. Mobbing, Gewalt) im Informationszentrum
- als Dienstleistung vom Informationszentrum

Block 3: Jugendscouts

Jugendscouts

- Jugendliche als Expertinnen und Experten wahrnehmen
- ehrenamtlich vs. honoriert? Geld als Anreiz?
- zwei bis drei Ansprechpersonen in jeder Schule?
- nicht an jeder Schule gibt es Schulsozialarbeiterinnen/-arbeiter
- Ausbildung im Informationszentrum
- z. B. wie Juleica-Schulungen
- eigene Öffnungszeiten im Informationszentrum für die Jugend-Scouts
- Influencerinnen und Influencer, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- verlässlichere Quelle, weil aus der eigenen Lebenswelt?
- gefilterte Informationen?
- Beteiligung der Jugendlichen auch am redaktionellen Teil, immer zwei Menschen: Jugendliche/Jugendlicher und Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter, Verweis auf soziale Medien

Kommentar Block 2 und 3 / Amt für Soziale Arbeit:

Das Thema Informationsführerschein und die Idee von Jugendscouts sind im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Jugendinfozentrums (vgl. Kommentar Block 1 in diesem Abschnitt) mitzubearbeiten, da sie stark von der Konzeption des Gesamtsystems abhängen. Da in beiden Fällen die Kooperation mit Schulen zentral ist, sollten hierbei die Schulen und - dort wo vorhanden - die Schulsozialarbeit ganz zentral bei der Diskussion und Gestaltung mitwirken.

Block 4: Social Media als Standard

Social Media als Standard denken

- Beauftragte/Beauftragter/Botschafterin/Botschafter/Stabsstelle Social Media (als gendergerechte Gruppe, männlich und weiblich besetzt, dazu zwei Jugendliche und zwei Fachkräfte)
- soziales Verteilen
- angesagtes Medium nutzen
- Hashtag muss bekannt werden!
- eigenes Marketing, z. B. über Fotowettbewerb mit zentralem Hashtag
- können alle nutzen
- wer entscheidet und wie?
- Kampagnen zu bestimmten Themen (Ehrenamt etc.)
- wir nutzen gemeinsam die eigenen Kanäle der Jugendlichen
- Jugendliche einbeziehen
- Jugendliche in der Nutzung qualifizieren
- Webseite/Blog „Was geht in Wiesbaden?“
- Sammlung von Ideen

- Veranstaltungskalender/wiesbaden.de auch mit Hashtags/Suchtags verknüpfen
- alte und neue Medien kombinieren
- Sticker, Plakate mit QR-Code, Hashtags auf Social Media
- Medienkompetenz-Schulungen

Kommentar Wiesbaden Marketing:

Ganz wichtig: Jugendliche müssen im Bereich „Social Media“ nicht geschult werden. Das ist ihr Medium, sie müssen die Möglichkeit bekommen, dieses zu nutzen, aber man sollte keine Vorgaben machen, nur die absoluten Grenzen setzen.

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

Man kann Jugendliche sicherlich durch den Einsatz von „Social Media“ für Themen begeistern/interessieren, denen sie sich normalerweise nicht öffnen würden. Aber: Jugendliche einbeziehen und zu schulen, ist der falsche Weg. Einbeziehen klingt schon wieder nach eng gesteckten Rahmen und wirkt absolut abschreckend. Und Schulen braucht man die Jugendlichen, die sich für das neue Medium interessieren, nicht. Man muss sie für die Themen begeistern und nicht in unsere Vorstellungen einbeziehen. Man muss ihnen Möglichkeiten einräumen und nicht schon zu viel vorgeben.

2. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

- Jugendliche einbeziehen - hoch
- Jugendliche in der Nutzung qualifizieren - niedrig
- Webseite - niedrig (nicht nötig - viel zu offiziell) - Blog - hoch. Dort können Jugendliche sich frei bewegen!!!
- Veranstaltungskalender wiesbaden.de - niedrig. Wir können gerne Inhalte einstellen/freigeben, aber Jugendliche suchen die Termine nicht in unserem Veranstaltungskalender.
- Alte und neue Medien verknüpfen - niedrig: Mit Zeitung, Flyern, etc. verschreckt man Jugendliche, die in den sozialen Medien kommunizieren eher.
- Sticker, Plakate - niedrig - Old School

3. Kostenabschätzung:

Wenn man sich rein auf die neuen Medien konzentriert, sollten dort keine großen Kosten anfallen. Die Nutzung von Facebook etc. ist kostenlos möglich und für den Blog (eine sehr gute Idee!!!*) gibt es kostenlose Software im Internet!

* Aber bitte die Jugendlichen sich hier frei entfalten lassen.

Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Die Anregung, Social Media als Standard zu denken, ist beim Aufbau und Konzeption des Jugendinformationszentrums zentral mitzubearbeiten.

Block 5: Freies WLAN

Die AG fordert - wie auch die AG Mobilität und Sicherheit - freies WLAN.

Vgl. hierzu den Kommentar der ESWE Verkehr in Abschnitt 6.3 .

Kommentar Kämmerei (Bereich Technik und Innovationsprojekte):

Für viele Menschen ist der mobile Zugriff auf das Internet ein wesentlicher Ausdruck ihrer persönlichen Freiheit und Lebensqualität. Auch wenn die Datentarife der Mobilfunkanbieter in den letzten Jahren deutlich erschwinglicher geworden sind, hat die Möglichkeit einer gut funktionierenden, kostenlosen Datenverbindung über ein öffentliches WLAN weiterhin eine hohe Priorität. Ein entsprechendes Angebot stellt für viele Menschen in Wiesbaden eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität dar und würde sich daher positiv auf Attraktivität der Stadt, auch in Bezug auf wirtschaftliche und touristische Belange, auswirken.

In Abgrenzung zu kommerziellen Angeboten sollte ein öffentlicher Internetzugang nach Möglichkeit kosten- und werbefrei sein und keine unnötigen Daten über die Nutzer sammeln.

Aufgrund der für die Kommune entstehenden Kosten und des technischen Aufwands ist ein flächendeckendes WLAN für das Stadtgebiet kurzfristig nicht wahrscheinlich.

Angestrebt wird deshalb zunächst ein Angebot auf zentralen öffentlichen Plätzen und in Einrichtungen im Stadtgebiet, wie dies z. B. auf dem Schloßplatz, dem Dern'schen Gelände und an einigen Verwaltungsstandorten bereits geschehen ist, und dies Stück für Stück auszubauen. Solche Insellösungen haben jedoch den Nachteil, dass zum einen die „mobile Nutzung“ eingeschränkt ist und zum anderen einzelne Hotspots zum Anziehungspunkt für ungewollt größere Personengruppen werden können.

1. Es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

Nach Einführung des öffentlichen Hotspots in der neuen Mediathek wurde die angrenzende Hochstättenstraße zum Anziehungspunkt größerer Personengruppen, auch in den Abend- und Nachtstunden. Der WLAN-Zugang musste daher zeitlich begrenzt werden, um (Ruhe-) Störungen zu vermeiden.

2. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

Alternativ zum freien öffentlichen Angebot könnte man sich darauf zurückziehen, dass es verstärkt kommerzielle Angebote durch Geschäfte, Cafés, etc. gibt. Durch diese Angebote ist ein diskriminierungsfreier Zugang jedoch nicht zwangsläufig gewährleistet.

3. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet:

Die WLAN-Projekte werden je nach der Verfügbarkeit finanzieller Mittel und technischer Realisierbarkeit priorisiert.

4. Kostenabschätzung:

Die Kosten für ein flächendeckendes Angebot sind zurzeit noch nicht abschätzbar, die Kosten für punktuelle Hotspots werden gerade ermittelt. Für Installation und Betrieb von Hotspots sind im aktuellen Haushalt keine Haushaltsmittel eingestellt.

Ergänzender Kommentar Amt für Soziale Arbeit:

Zum aktuellen Stand der Ausstattung von Plätzen mit freiem WLAN vgl. <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/stadtportrait/welan/index.php>. Die Wall GmbH wird danach im Auftrag der Stadt noch in 2018 im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen insgesamt an 15 Standorten in Wiesbaden kostenfreies und zeitlich unbegrenztes WLAN installieren, darunter am Platz der Deutschen Einheit, am Mauritiusplatz und am Wiesbadener Hauptbahnhof.

Außerdem hat die EU-Kommission eine befristete Aufforderung zur Einreichung von Anträgen im Rahmen der Initiative „WiFi4EU“ gestartet. Die Stadt Wiesbaden hat sich auf den europäischen Aufruf beworben. Nach dem „Windhund-Prinzip“ werden Fördergelder in Höhe von 15.000 € pro Gemeinde zur Verfügung gestellt. Auf die Rückmeldung, ob der Antrag erfolgreich war, muss noch ein bisschen gewartet werden.

Weiterhin gibt es Überlegungen, einen Masterplan zur Digitalisierung der Stadt zu erstellen. Eine ergänzende Machbarkeitsstudie soll dabei die Handlungsfelder sowie die Zielerreichung einschließlich der notwendigen Kosten aufzeigen.

Aus unserer Sicht geht dieses Thema weit über das Handlungsprogramm Jugend hinaus und sollte nicht in diesem Rahmen weiterbearbeitet werden. Wir priorisieren als Verwaltung deshalb die Maßnahme auch nicht.

11.4 Bewertungen der Jugendlichen zum Handlungsfeld

Infozentrum Haus der Jugendlichen (physisch und digital)	wichtig
Informationsführerschein	nicht so wichtig
Jugendscouts	nicht so wichtig
Social Media als Standard	wichtig
Freies WLAN	wichtig

Weitere Ideen der Jugendlichen beim Youth Statement:

Schüler- bzw. Schulzeitungen bzw. evtl. auch Infobildschirme in Schulen als Infomedium nutzen?

11.5 Zusammenfassung/Resümee zum Handlungsfeld

Summe A + B
145.000 €

Übersicht Handlungsfeld Informationsfluss		
Ausgangspunkt(e)	Ziele	Maßnahmen (M = Zeilennummer Übersichtsliste Kap. 13) (Kostenübersicht vgl. dort)
- Nur etwa ein Viertel der Jugendlichen fühlt sich gut informiert über Angebote und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. - Diejenigen, die mit der Freizeitsituation sehr unzufrieden sind, fühlen sich nur zu 13 % ausreichend informiert, und 32 % von ihnen äußern Bedarf nach mehr Information. <i>(vgl. auch die Ausgangspunkte der anderen AGs, u. a. AG Problembewältigung)</i>	Die LH Wiesbaden stellt Infrastrukturen und Ressourcen (personell, finanziell, technisch) zur Verfügung, mittels derer sich Jugendliche offline und online informieren können. Diese sind an den Bedürfnissen und Lebenswirklichkeiten der Jugendlichen orientiert. Sie müssen regelmäßig evaluiert und angepasst werden. Prämissen: niedrigschwellig/für alle zugänglich, analoger und digitaler Zugang, stadtweite Leitlinien und verbindliche Standards, medienkompetente Jugendliche, Eltern und Fachkräfte.	A) als <u>besonders wichtig</u> priorisiert*: Infozentrum „Haus der Jugendlichen“ (physisch und digital) (M 50 zusammen mit M 51/52)
		B) als <u>wichtig</u> priorisiert*: Social Media als Standard (M 53)
		C) sonstige Prioritäten*: freies WLAN (von Verwaltung nicht bewertet, da dies in anderen Kontexten bearbeitet wird)

* „besonders wichtig“: von mindestens zwei Gruppen als hoch bzw. wichtig priorisiert;

„wichtig“: von einer Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert;

sonstige Prioritäten: wenn von keiner Gruppe als hoch bzw. wichtig priorisiert (also höchstens mittlere Priorität)

12 Schlussbemerkung

Die vielen vorherigen Seiten zeugen nicht nur davon, dass viele Menschen, junge und ältere, sich sehr konkrete Gedanken darüber gemacht haben, was Jugendliche in Wiesbaden brauchen, um die Herausforderungen des Jugendalters gut zu bewältigen. Sie zeugen vor allem auch davon, dass es in den nächsten Jahren viel zu tun gibt.

Allen Mitwirkenden sei hier nochmals für ihr großes Engagement gedankt!

Der größte Dank an sie wäre, wenn die Wiesbadener Stadtverordneten das Programm „Jugend ermöglichen!“ beherzt aufgreifen würden und auch alle Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung die beschriebenen Herausforderungen und Maßnahmen ebenso engagiert in ihren jeweiligen Handlungsfeldern angehen und soweit als möglich umsetzen.

„Jugend ermöglichen!“, so hoffen wir, möge eine Leitlinie zumindest für das nächste Jahrzehnt werden.

13 Tabellenübersicht Handlungsprogramm

Vergleiche DIN A3 Ausklappblatt auf der folgenden Seite bzw. pdf-Anlage Übersicht Handlungsprogramm.

14 Anhang

14.1 Vorlage für die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen

Relevante Ausgangsbefunde aus der Jugendstudie	(wurde vorab ausgefüllt)	
Ausgangsfragen	(wurde vorab ausgefüllt)	
Anzahl der Sitzungen/ AG-Termine		
Regelmäßig mitwirkende AG-Mitglieder (inkl. Institution und Funktion)		
Einbezogene Expertinnen und Experten		
Schwerpunktsetzungen bei den Fragestellungen (durch die Gruppe, mit Hilfe der Experten, durch tiefergehende Analyse...) inkl. Begründung!		
Form der Jugendbeteiligung inkl. Fragestellungen		
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendbeteiligung, Schlussfolgerungen		
weitere relevante Forschungsbefunde zu den Ausgangsfragen		
Ergebnisse der weiteren Problemanalyse der AG		
Auf Problemanalyse fußende Ziele		
Handlungsvorschläge und Handlungsschritte der AG		
Noch nicht geklärt / Was bleibt zu tun?		
Anmerkungen (zum Verlauf...)		

14.2 Vorlage Kommentierungen

für Kommentare Verwaltung / städt. Verantwortliche zu AG-Ergebnissen Jugendstudie :

Handlungsfeld: Partizipation

Handlungsempfehlung / Maßnahme:

Aktionsplan Jugendbeteiligung mit Kick-Off Veranstaltung

Kommentierung / Bewertung durch:

Abteilung Jugendarbeit (Federführung) sowie xxx (beteiligte Abteilungen bzw. Sachgebiete ergänzen)

Rückfragen zur Kommentierung an: xxx

Evtl. Vorbemerkung zum Kommentar:

xxx

1. Folgende Chancen, aber auch Risiken bzw. Stolpersteine werden gesehen:

xxx

2. es gibt hierzu bereits folgende Erfahrungen:

(in Wiesbaden oder auch anderswo)

xxx

3. Folgende Alternativen zur Maßnahme wären denkbar:

xxx

4. Die Priorität (inhaltlich) wird von den o. g. Fachbereichen folgendermaßen bewertet

xxx **Angabe: hoch/mittel/niedrig evtl. inkl. Begründungssatz**

5. Kostenabschätzung (soweit als möglich; evtl. auch nur grob / „Hausnummer“)

Einmalig: xx € (☐ innerhalb des Budgets umsetzbar, ☐ zusätzliche Ressource notwendig)

Laufend: xx € (☐ innerhalb des Budgets umsetzbar, ☐ zusätzliche Ressource notwendig)

xxx (Erläuterung bei Bedarf)

14.3 Ausführliche Konzepte zu den Maßnahmen der AG „Engagement“

„Werbung und Marketing-Kampagnen!“

„Marketingkampagne über Social Media“

Zunächst muss eine Kampagne Kontinuität und einen klaren Plan haben. Die Kampagne darf kein „Strohfeuer“ sein, muss akribisch geplant werden können und Zeit zur Umsetzung und Entwicklung bekommen. Demnach plädieren wir eher für vier Jahre.

Benötigte fachliche und grundsätzliche Vorarbeit (als Voraussetzung):

- Datenbank: Wo können sich Jugendliche in Wiesbaden überall ehrenamtlich engagieren (Jugendorganisationen, Träger, Einrichtungen, Vereine usw.)?
- Entwicklung eines Systems zur kontinuierlichen Aktualisierung der Datenbank
- Weiterbildung in Social Media-Kampagnen und dem notwendigen „Handwerkszeug“ zur Umsetzung

Konkrete Ideen zur Umsetzung:

Die Kampagne sollte auf mindestens drei Social Media zurückgreifen: Instagram, Facebook und YouTube. Allerdings sollte die Entwicklung anderer Social Media weiter verfolgt werden. Die genannten drei müssen in einem klugen Zusammenspiel genutzt werden, sich ergänzen und keine Konkurrenz sein sowie immer den aktuellen Trends folgen.

- Die Kampagne sollte zwei Handlungsstränge haben:
 - Im 1. Handlungsstrang werden Jugendliche ausgebildet, ihre Peers anzusprechen und ihnen „Geschichten über das ehrenamtliche Engagement“ von sich selbst, aber auch anderen zu erzählen. Dies geschieht vor allem mit „Instagram-Stories“.
 - Im 2. Handlungsstrang (je nachdem wie viel finanzielle Möglichkeiten existieren) sollten bekannte Wiesbadener YouTuberinnen und YouTuber sowie Influencerinnen und Influencer gefunden und gewonnen werden, um die Kampagne zu unterstützen.

Notwendig ist demnach allerdings ein klarer Plan, wie die beiden Handlungsstränge koordiniert werden, wer wann was „postet“ und welche gemeinsamen # benutzt werden.

Das Ziel muss sein, auf spannende, jugendgerechte Art und Weise dafür zu werden, dass ein Ehrenamt Spaß macht sowie erfüllend und cool ist.

- Es muss selbstverständlich einen zentralen positiv besetzten # geben, der wiederum viele weitere im Schlepptau hat, um die Kampagne bekannt zu machen: #gutsein - #gutfuehlen - #bringdichein - #ehrenamtrules - #jugendengagiert - #wirgefuehl - #chillenistcoolengagierencooler
- Das wichtigste Ziel muss sein, kontinuierlich coole Bilder und Videos zu produzieren, die auf vielfältige Art und Weise auf die spannenden Möglichkeiten aufmerksam machen, die Wiesbadens unzählige Ehrenämter für Jugendliche bieten.

Benötigte personelle und finanzielle Ressourcen (als Voraussetzung):

- Medienpädagogin/-pädagoge/Jugendbildungsreferentin/-referent = ½ Stelle TvÖD SuE12
- idealerweise ca. 3 - 5 interessierte Jugendliche, die in verschiedenen ehrenamtlichen Bereichen tätig sind und die „Gesichter“ der Kampagne sein möchten
- Aufwandsentschädigungen für diese Jugendlichen = 10.000 € pro Jahr
- Kooperation (die ggf. auch bezahlt werden müsste) mit Prof. Gschwendter (HSRM) und ihren Studierenden = 5.000 €
- Honorare zum Einkauf von Multiplikatorinnen/Multiplikatoren/bekannten Influencerinnen/Influencern = 5.000 €
- Honorare Beratung Social Media-Expertinnen und Experten (z. B. Tobias Scheffel) über den gesamten Projektzeitraum, Schulungen der Jugendlichen, Unterstützung und Beratung für die Entwicklung, aber auch Weiterentwicklung eines Social Media-Plans = 5.000 €

- Honorare Schulung von Fertigkeiten wie z. B. Videodreh, Texten, Strategieentwicklung, Umgang im Detail mit z. B. Instagram usw. = 5.000 €

Natürlich muss es Bestrebungen geben, dass aus dem Projekt eine Art „Peer-To-Peer-Beratungsprojekt“ entsteht, welches zum einen z. B. von Schulen eingekauft werden kann, zum anderen aber auch Wissen und Strategien in Träger der Kinder- und Jugendarbeit transferiert wird, um die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Handlungsfeld kontinuierlich zu professionalisieren.

Kosten: ½ Stelle TVöD SuE12 plus 30.000 € Sach- und Projektmittel

„Gewinnung von Ehrenamtlichen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Jugendorganisationen sowie Motivation und Qualifikation von schon engagierten Jugendlichen“

Modellprojekt: „Hauptamtliche Stellen für die Jugendorganisationen“

Die Auseinandersetzung mit der Thematik von Hauptamtlichkeit bei Jugendorganisationen ist nicht neu. Der Jugendhilfeausschuss hat im Rahmen seiner Weiterbildung im März 2017 das Thema an Priorität 2 für die Legislaturperiode 2017 - 2021 gesetzt und in seiner Sitzung am 31. Mai 2017 (Protokoll Seite 9, 2. Absatz) der Verwaltung und dem Stadtjugendring Wiesbaden e. V. den Auftrag erteilt, „die Umsetzung des Modellprojektes weiter vorbereiten und bearbeiten. Es soll an den JHA berichtet werden“.

Im Rahmen der Workshops zu den identifizierten Handlungsfeldern, die im Rahmen der Jugendumfrage offensichtliche Defizite vorwiesen, wurde das Thema von Vertreterinnen und Vertretern des SJR erneut aufgegriffen. Jüngste Recherchen des SJR haben ergeben, dass es keinerlei Forschungsprojekte sowie Publikationen zu konkreten Wirkungen von hauptamtlichen Jugendbildungsreferentinnen und -referenten gibt. Im Kontakt zur Uni Hildesheim hat sich jedoch ergeben, dass diese großes Interesse an einem Kooperationsprojekt zur Erforschung von hauptamtlichen Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in Jugendorganisationen hat. Dazu haben die Professorinnen und Professoren Graßhoff, Noack und Schröer einen konkreten Vorschlag gemacht, der hier am Ende der Ausführungen der Gruppe angehängt ist.

Demnach schlägt der SJR folgendes Modellprojekt vor, das eine Laufzeit von 2020 bis 2023 haben soll und innerhalb dieser vier Jahre möglichst viele Erkenntnisse über eine wirkungsvolle Förderung von Jugendorganisationen durch Hauptamtliche bringen soll.

Das erklärte Ziel ist auch hierbei, dass es ein ämterübergreifendes Projekt sein soll, welches möglichst alle Facetten traditioneller Jugendverbände, aber auch neuer Engagementformen und selbstorganisierter Zusammenschlüsse von Jugendlichen erforschen muss.

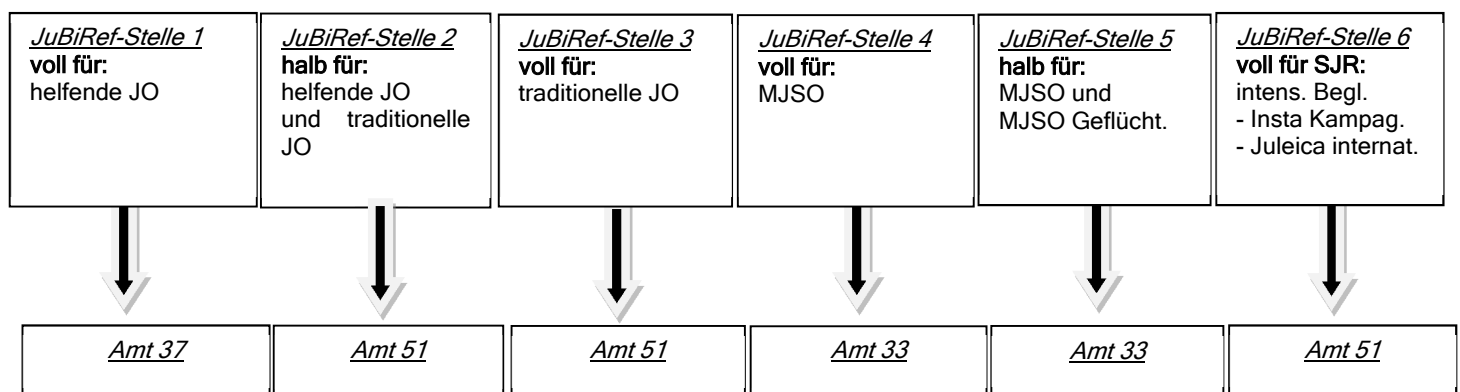
Dabei müssen für den SJR folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Es müssen Büroräume und eine Verwaltungskraft zur Verfügung gestellt werden, die mit einem Personaldienstleister und dem Leiter des SJR die Verwaltung des Projektes durchführt.
- Es müssen geeignete Räume gefunden und ausgestattet werden. Mindestens müssen acht Büroräume, ein Besprechungsraum, eine Teeküche und Toiletten zur Verfügung gestellt und ausgestattet werden.
- Die Uni Hildesheim arbeitet ausdrücklich in Kooperation und nicht im Auftrag der Stadt Wiesbaden oder des SJR und behält sich das Recht auf „freie Forschung“ vor.
- Die Entscheidung über die Anstellung eines Hauptamtlichen trifft die demokratisch gewählte Vertretungsform der Jugendorganisation.
- Die Weisungsbefugnis für die Hauptamtlichen in den Jugendorganisationen muss zwingend bei der demokratisch gewählten Vertretungsform der Jugendorganisation liegen.
- Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten müssen sich ausdrücklich bereiterklären, sich in kollegialen Beratungsprozessen und Supervisionen kritisch und konstruktiv mit ihren Rollen, Herrschaftsstrukturen, Machtverhältnissen und Fähigkeiten zur partizipativen Arbeit auseinandersetzen.
- Eine Stelle einer Jugendbildungsreferentin/eines -referenten muss zudem über ein gewisses Budget für Infrastruktur, Sach- und Projektmittel verfügen.
- Teil des Stellenprofils muss zudem die Mitarbeit im SJR und die Vernetzung mit den anderen JuBiRefs in Wiesbaden, insbesondere zu folgenden Arbeitsbereichen sein:
 - Netzwerkprojekte
 - Juleica-Referentinnen/-Referenten
 - Vollversammlungen
 - sechsmal pro Jahr Coaching/Supervision/kollegiale Beratung durch externe Fachleute (Ergebnisse fließen in wissenschaftliche Begleitung ein)
- Die wissenschaftliche Begleitung muss sowohl qualitativ (z. B. Interviews mit Vorständen o. ä., Jugendleiterinnen und -leitern, Teilnehmerinnen und Teilnehmern und den JuBiRefs

selbst beinhalten) als auch quantitativ (z. B. Teilnehmerzahlen vorher, zwischendrin und nachher; Zahlen Engagierte; Zahlen Jugendleiterinnen und -leiter mit Juleica) forschen. Darüber hinaus muss die Erkenntnis erfolgen, welche Bedingungen bzw. welches Handeln unter welchen Bedingungen/Voraussetzungen erfolgreich ist und welches nicht.

Folgende Stellenumfänge und -konstellationen schlagen wir vor:

- Eine JuBiRef-Stelle soll 39 Wochenarbeitsstunden umfassen. Sie ist durchschnittlich an TvöD-SuE12 orientiert. Ein erklärtes Ziel muss sein, nicht ausschließlich Berufsanfängerinnen und -anfänger für das Modellprojekt gewinnen zu können.
- Projektstellenkosten:
 - Personalkosten (sechs Vollzeitstellen zu TvöD-SuE12), Personal-Nebenkosten, Büroräume, Sach- und Projektmittel, Verwaltungskraft/Buchhaltung (1 Stelle TvöD E6), Räume (Warmmiete inkl. Parkplätze), Erstausrüstung Räume sowie WICHTIG: wissenschaftliche Begleitung (siehe unten)!



Kosten: Mit der Bitte um Kalkulation durch das Amt 51

Universität Hildesheim - Gunther Graßhoff, Tabea Noack, Wolfgang Schröer

Forschungsprojekt als wissenschaftliche Begleitung

Ehrenamt oder Verberuflichung? Eine Untersuchung zur Rolle des Hauptamtes bei der Weiterentwicklung kommunaler Jugendarbeit

Die Kinder- und Jugendarbeit befindet sich insgesamt in einem Wandlungsprozess. Im 15. KJB wird herausgestellt, dass die Jugendarbeit im Vergleich zu anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe vor vielen Herausforderungen steht.

Sowohl die Vermessung des Feldes der Kinder- und Jugendarbeit ist komplex als auch die Bedeutung für die Nutzerinnen und Nutzer empirisch vielfältig. Konsens aber besteht in der Einschätzung, dass Kinder- und Jugendarbeit als Sozialisationsinstanz für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen hoch bedeutsam ist. Vor allem die Jugendverbände leisten hier einen zentralen gesellschaftlichen Beitrag, jungen Menschen Erfahrungen von Teilhabe wie auch Selbstwirksamkeit zu ermöglichen.

Die Stadt Wiesbaden hat mit einer partizipativ angelegten Jugendbefragung den Prozess der Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen angeschoben. Aus den Ergebnissen sind zentrale Handlungsfelder identifiziert worden, die vor allem das Engagement und die Teilhabe von jungen Menschen in der Stadt befördern sollen. Die zusätzliche institutionelle Förderung von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Wiesbadener Jugendverbände wäre ein wichtiger Teil dieses Entwicklungsprozesses.

Es ist in der Forschung zur verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit bekannt, dass das Hauptamt Auswirkungen auf die Förderung des Engagements von jungen Menschen insgesamt hat (Seckinger et al. 2009). „Eines der zentralen Strukturmerkmale vor allem der verbandlichen

Kinder- und Jugendarbeit ist, sowohl von *freiwillig und ehrenamtlich Aktiven als auch von beruflich in der Kinder- und Jugendarbeit Tätigen gestaltet zu werden*. Dies macht ihre besondere Qualität aus und ist zugleich auch schon immer Anlass für Reibungspunkte z. B. hinsichtlich der Aufgaben und Verantwortungsbereiche.“ (KJB 2016, S. 403).

Gleichzeitig kann beobachtet werden, dass ein generationaler Wandel in der Gruppe der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland bevorsteht und damit eine (Neu-)Profilierung der Aufgabenbeschreibung einhergehen könnte und wird (Seckinger et al. 2016). Die aufgezeigten Veränderungen sind der Rahmen, in dem die (Neu-)Profilierung in Wiesbaden begleitet und erforscht werden kann. Es wird angenommen, dass mehr junge Menschen für die ehrenamtliche Arbeit in den Jugendverbänden gewonnen werden können. Als Wirkungen können damit auch die Stärkung von sozialen Kompetenzen wie auch das Erleben von demokratischen Strukturen erwartet werden.

Partizipatorische Herangehensweise des Forschungsprojektes

In diesem partizipativ angelegten Projekt (Graßhoff 2018) wird die Weiterentwicklung der kommunalen **Jugendverbandsarbeit** in der Stadt Wiesbaden erforscht. Gemeinsam mit jungen Menschen wird die Frage geklärt, welche Gelingensbedingungen wie auch Hindernisse bei der Ausgestaltung und der organisatorischen Einbettung der hauptamtlichen Jugendbildungsreferentinnen und -referenten empirisch identifizierbar sind.

Das Grundverständnis des Forschungsprojektes kann dabei als eine Ongoing- oder formative (gestaltende) Begleitung verstanden werden. Im Gegensatz zu einem Implementierungsprojekt, in dem man sich eher auf einen konkreten Zielzustand beziehen kann, befinden sich hier die Beteiligten in einem gemeinsamen Gestaltungs- und Modellprozess. Sie müssen sich in seinem Verlauf auf eine Auswahl von Aspekten und eine fortlaufende Präzisierung der Ziele und Konzepte einlassen, wie es bei derartigen Pionierprojekten nicht anders möglich sein kann. Die wissenschaftliche Begleitung wird insgesamt mit einem anerkennungsorientierten Zugang arbeiten. Wissenschaft und Praxis stehen in einem permanenten Dialog auf Augenhöhe. Anerkennung meint in diesem Verhältnis auch, dass man die Unterschiede als eine Chance von gegenseitigem Lernen und Entwicklung produktiv nutzen kann.

Fragestellungen möglicher empirischer Erhebungen werden in diesem Verständnis von wissenschaftlicher Begleitung gemeinsam in der Steuerungsgruppe festgelegt, um sie aus dem jeweiligen Stand des Entwicklungsprozesses herzuleiten.

Die wissenschaftliche Begleitung wird entsprechend in enger Abstimmung mit den Projektverantwortlichen in Wiesbaden durchgeführt.

- Grundlegend ist darum die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, in der die Ziele und der Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung, insbesondere mit den Jugendverbänden und Jugendlichen festgelegt werden. Diese Steuerungsgruppe wird während der Projektlaufzeit die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung diskutieren und die Zugänge dem Prozess anpassen.
- Zudem wird die wissenschaftliche Begleitung ebenfalls Weiterbildungselemente enthalten. Diese Weiterbildungen sind in der Form der reflexiven Weiterentwicklung von Praxis und der kollegialen Beratung angelegt. Es geht im Kern darum, über Weiterbildung transferfähige Perspektiven herauszuarbeiten.
- Entscheidend für die wissenschaftliche Begleitung ist, dass sie gleichzeitig Akteur in einem Organisationsentwicklungsprozess ist. Dies bedeutet, dass im Prozess Strukturen erarbeitet werden, die gleichzeitig erprobt werden - sie auch Perspektiven, z. B. der Jugendlichen einnimmt oder einbezieht, die mitunter in der Organisationsentwicklung übergangen werden. Neben die fachliche Perspektive der Hauptamtlichen tritt damit eine partizipatorische und multiperspektivische Grundhaltung der wissenschaftlichen Begleitung.

Projektziele und Forschungsfragen

- Welche organisatorischen Rahmenbedingungen der hauptamtlichen Jugendverbandsarbeit fördern das Engagement von jungen Menschen in der Stadt Wiesbaden?
- Welche quantitativen wie auch qualitativen Kennzahlen können das Engagement von jungen Menschen insgesamt abbilden?
- Wie lassen sich die organisierten Formen der Jugendverbandsarbeit im Haupt- und Ehrenamt im Hinblick auf eine diversitätssensible „Personalentwicklung“ analysieren? Inwiefern entsprechen die Strukturen der Jugendverbandsarbeit der Heterogenität von jungen Menschen im Hinblick auf z. B. Geschlecht, Migration, Religion?

• **Arbeits- und Zeitplan: Arbeitspakete im Überblick**

Arbeitspaket I	Bestandserhebung
Dauer	ca. 18 Monate
Zielsetzung	systematische Rekonstruktion der bestehenden Strukturen der Jugendverbandsarbeit, Rekonstruktion der vorherrschenden Deutungsmuster, Analyse der bestehenden Instrumente der Personalentwicklung
Methode	Dokumentenanalyse, zwei Gruppendiskussionen mit JBR, Experteninterviews mit relevanten Akteuren

Arbeitspaket II	Adressatenanalyse der Angebote Jugendverbandsarbeit
Dauer	ca. 24 Monate
Zielsetzung	Rekonstruktion der Nutzung kommunaler Jugendverbandsarbeit für die Nutzerinnen/Nutzer
Methode	Angebotstableau, Sekundäranalyse der Jugendbefragung, qualitative Nutzerbefragung zu unterschiedlichen Zeitpunkten

Arbeitspaket III	Evaluation und Zielentwicklung
Dauer	ca. 24 Monate
Zielsetzung	partizipative Identifikation von fördernden und hindernden organisatorischen Bedingungen bei der Weiterentwicklung der Jugendverbandsarbeit, Erarbeitung eines Diversity-Konzepts der Personalentwicklung
Methode	Zukunftswerkstatt, Workshops, qualitative Netzwerkanalyse

Arbeitspaket IV	reflexive Bestandserhebung und Transfer
Dauer	ca. 12 Monate
Zielsetzung	erneute Erhebung und Reflexion der Entwicklung in den vergangenen drei Jahren
Methode	Fragebogenerhebung und Workshops

Projektlaufzeit: 2020 - 2024 (vier Jahre)

Projektmonate	6	12	18	24	30	36	42	48
Arbeitspakete								
I	X	X	X					
II			X	X	X	X		
III				X	X	X	X	
IV							X	X

Zusätzliche Kosten für die wissenschaftliche Begleitung: 50 % Promotionsstelle für vier Jahre, Sachkosten = ca. 40.000 € jährlich

Literatur

- 15. Kinder- und Jugendbericht
- Graßhoff, G. (2018): Partizipative Forschung, in: Graßhoff, G./Renker, A./Schröer, W. (Hrsg.): Soziale Arbeit, Wiesbaden: Springer VS.
- Seckinger, M./Pluto, L./Peucker, Ch./Gadow, T. (2009): DJI-Jugendverbandserhebung. Befunde zu Strukturmerkmalen und Herausforderungen. Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel - Leistungen und Strukturen“. München. Verfügbar über: http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/64_11664_Jugendverbands_erhebung2009.pdf; (24.04.2018)
- Seckinger, M./Pluto, L./Peucker, Ch./Santen van, E. (2016): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme. Weinheim & Basel.

„Juleica-Ausbildung international“

Ziele des Projektes:

- Förderung von internationalen Begegnungen in Wiesbaden
- Förderung von bestehenden Städtepartnerschaften
- Nachwuchs finden für die Arbeit in den Partnerschaftsvereinen
- Förderung und Wertschätzung von engagierten Jugendleiterinnen und -leitern von Jugendorganisationen in Wiesbaden
- Schaffung von Möglichkeiten zur Begegnung von bildungsbenachteiligten Jugendlichen und Stärkung dieser Zielgruppe in der Zusammenarbeit mit Jugendleiterinnen und -leitern aus den Wiesbadener Jugendorganisationen

Ausgangspunkt der Überlegungen:

Internationale Begegnungen sind ein wichtiger Faktor für gelebte Vielfalt, Völkerverständigung und Friedenserziehung. Bildungsbenachteiligte Jugendliche in Peer-Education-Projekten einzusetzen, hat sich als größte mögliche Selbstwirksamkeitserfahrung herausgestellt.

Partnerschaftsvereine in Wiesbaden suchen oftmals vergeblich nach Nachwuchs zur Fortsetzung oftmals über Jahrzehnte gewachsener freundschaftlicher Beziehungen zu Partnerstädten.

Konkrete Umsetzung:

- Jedes Jahr findet eine wie folgt beschriebene Juleica-Ausbildung statt.
- Bis zu 18 Jugendliche (je 2 - 3 aus 6 - 9 verschiedenen Jugendverbänden) fahren in eine Partnerstadt von Wiesbaden, z. B. San Sebastián und lernen, wie internationale Begegnungen organisiert und durchgeführt werden.
- Begleitet, geschult und gecoacht werden sie dabei von:
 - a) Menschen aus dem Partnerschaftsverein San Sebastián (der sich idealerweise freut, seine Erfahrungen weiterzugeben und für Städtepartnerschaften zu werben und am Ende sogar Nachwuchs erhält)
 - b) Jugendlichen „der Abteilung Jugendarbeit“, die den Jugendleiterinnen und -leitern aus den Jugendverbänden im Ansatz der Peer-Education Skills vermitteln könnten wie z. B. „interkulturelle Sensibilität“, „coole Events und Ausflüge veranstalten“ und „Tricks und Kniffe zur Aufsichtspflicht“
 - c) erfahrenen Teamerinnen und Teamern aus den Wiesbadener Jugendorganisationen, die als Co-Teamerinnen und -Teamer agieren und für internationale Begegnungen begeistern
 - d) einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter oder zwei Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des SJR als Projektleiterin/-leiter bzw. Projektverantwortliche/-verantwortlicher
- Die Jugendleiterinnen und -leiter lernen zum einen, wie internationale Begegnungen organisiert werden müssen, gleichzeitig erleben sie sich selbst „in“ einer internationalen Begegnung und erleben drittens eine Wertschätzung ihres persönlichen Engagement

dadurch, dass ihnen eine besondere Wertschätzung (z. B. in Form von tollen Erlebnissen und Ausflügen) zuteil wird.

- Die Ausbildung ist kostenfrei!

Ziel:

- Jugendleiterinnen und -leiter fühlen sich wertgeschätzt.
- Jugendleiterinnen und -leiter kommen motiviert und mindestens zu zweit in „ihre“ Jugendorganisation zurück und begeistern ihre Freundinnen und Freunde, eine internationale Begegnung zu beginnen.
- Partnerschaftsvereine haben konkreten Zugriff auf Jugendliche, interessiert an internationalen Begegnungen, um für ihren Verein zu werben (jedes Jahr findet die Ausbildung in einer anderen Partnerstadt Wiesbadens statt, „reihum“)
- Jungendliches ehrenamtliches Engagement wird gefördert, gleichermaßen wie Demokratieverständnis, Völkerverständigung und Integration.

Kosten: ½ Stelle TVöD SuE12 für „Projektleitung“ sowie 20.000€ Sachmittel für die Durchführung einer Begegnung pro Jahr

15 Literatur

15. Kinder- und Jugendbericht „Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutscher Bundestag Drucksache 18/11050 2017

Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017, Band 1: Konzept und Ergebnisse. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Amt für Soziale Arbeit 2017

Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017, Band 2: Grundauszählungen und Fragebogen. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Amt für Soziale Arbeit 2017

Jugendhilfeplanung. Offene Kinder- und Jugendarbeit. Band 1 Fachliche Planung und Weiterentwicklung, Herausgeber: Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien - Jugendamt.

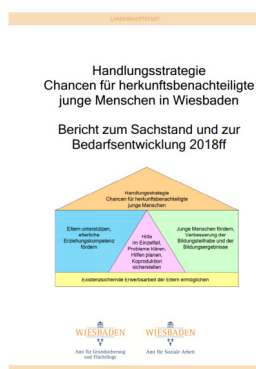
weiterführende Informationen zum Prozess Handlungsprogramm

vgl. www.wiesbaden.de/jugendbefragung



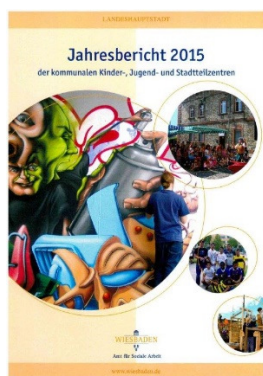
„Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017“

<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/jugend/content/jugendstudie.php>



Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen - Bericht zum Sachstand und zur Bedarfsentwicklung 2018ff

<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/jugendhilfeplanung.php#SP-tabs:3>



Jahresbericht 2015 der kommunalen Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren

<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/jugendhilfeplanung.php#SP-tabs:4>

